

# Sand im Getriebe 27

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.(6.11.2003)

2024: Website: [www.sand-im-getriebe.org](http://www.sand-im-getriebe.org)

E-Mail: [sand-im-getriebe@posteo.de](mailto:sand-im-getriebe@posteo.de)

## Gegen Besatzung! Solidarität mit den Friedensbewegungen

„Solidarität ist die schönste Blume der Menschheit“, meinte die israelische Rechtsanwältin Felicia Langer während einer Podiumsdiskussion auf dem Ratschlag von ATTAC Deutschland am 18. Oktober.

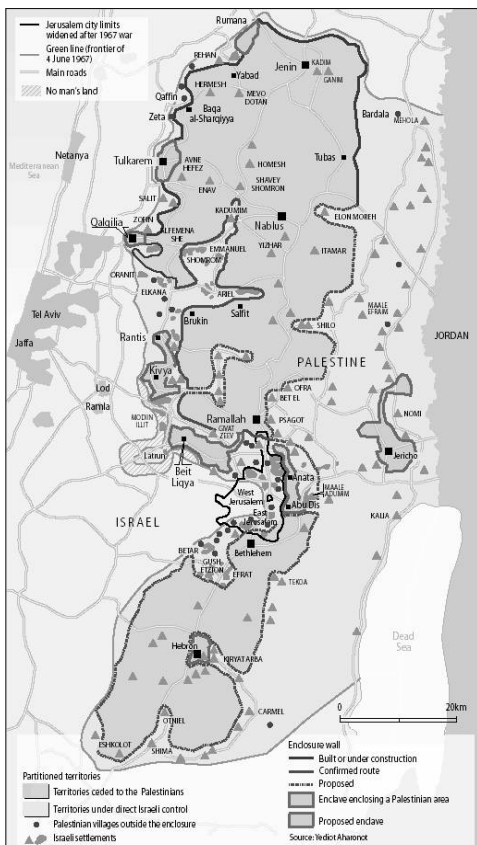
Solidarität – sie setzt die Anerkennung des Anderen voraus.

Solidarität – sie fängt schon mit der Bereitschaft an, den Blick nicht abzuwenden, sondern genau und voller Mitgefühl hinzuschauen, wie es anderen Menschen geht.

Solidarität – sie verlangt Einmischung, aber auch das Mitreißen von weiteren Menschen zu gemeinsamem politischem Handeln

„Solidarität mit den israelischen und palästinensischen Friedensbewegungen“ ist ein Grundsatz von ATTAC Deutschland, erklärte der **Ratschlag** am 19. Oktober (S.9) Wir dokumentieren zwei Beiträge zu Palästina von Thomas Seibert und Felicia Langer. (S. 9) Die israelische Friedensaktivistin stellte fest: „Wir sind seit 35 Jahren Besatzer und auch wir zahlen mit Blut dafür. Aber am meisten zahlen die Palästinenser.“ Der große palästinensische Philosoph **Edward Said**, um dessen Tod wir trauern, hat sich immer wieder solidarisch mit den Palästinensern und den Israelis erklärt, die gegen die israelische Besatzung kämpfen. Er kritisierte die **Osloer Verträge** und die **Roadmap**. (S. 23)

### Stoppt den Mauerbau!



Auf einen anderen Aspekt, nämlich auf die Wahrnehmung des Nahostkonflikts bei uns, geht **Michael Schneider** ein. Er fragt „**Seit wann ist die Okkupation zu relativieren?**“ und führt aus: „Auch das deutsch-jüdische Verhältnis blockiert eine Verständigung zwischen Israelis und Palästinensern“ (S.14). **Sophia Deeg** schlägt eine Begründung für die Positionierung von ATTAC D vor (S.16).

Auch in Israel weitet sich der Widerstand gegen die israelische Besatzung der palästinensischen Gebiete aus (S.20). Der Versuch der israelischen Regierung, ihre Herrschaft durch den Bau einer **Mauer** zu zementieren, ruft weltweit Proteste hervor (S.22); auf der UN-Vollversammlung haben 144 Staaten den Mauerbau verurteilt.

Und schließlich gibt es eine neue Initiative, das **Genfer Abkommen** zwischen palästinensischen und israelischen Persönlichkeiten (S.29): Die geplanten Zugeständnisse der Palästinenser an Israel rufen Kritiken hervor; Uri Avnery hingegen meint: „Es besteht die große Hoffnung, dass diese Initiative, wie die "Revolution der Piloten", das Ende einer Zeit der Verzweiflung darstellt.“

»Wir müssen die Initiative zurückerlangen. Nicht nur durch den Widerstand gegen den US-Imperialismus, nicht nur dadurch, weiterhin gegen soziale Ungerechtigkeiten der kapitalistischen Globalisierung [...] zu kämpfen, sondern indem wir die Verbindung zwischen beiden Gesichtern des Imperiums herstellen, dem ökonomischen und dem militärischen.« Jürgen Wagner analysiert in einem neuen AttacBasisText die **beiden Gesichter des Imperiums**, die geopolitische Strategie der US-Regierungen, die Widersprüche zum Rest der Welt, aber auch die Widersprüche im eigenen Lager. (S. 3) Fazit: Die ‚Pax Americana‘ kann nicht funktionieren. Der Widerstand im Irak zeigt es (**Tariq Ali: Die Wut**, S.8), aber auch der Widerstand in Cancun oder der Regimewechsel in Bolivien..

Inhalt:	Seite
<b><u>I. Globalisierung und Krieg</u></b>	
Jürgen Wagner Die beiden Gesichter des Imperiums.....	3
Tariq Ali Die Wut - Im Irak: Widerstand und Imperium.....	8
<b><u>II. Palästina/Israel</u></b>	
<b>1. Debatten</b>	
Erklärung des Ratschlags von attac Deutschland, 19.10.2003.....	9
Podiumsdiskussion mit Felicia Langer und Thomas Seibert: Auszüge aus ihren Reden.....	10
Christine Pfestroff Aussetzung des EU-Israel-Assoziierungsabkommens gefordert .....	13
Michael Schneider Seit wann ist Okkupation zu relativieren? .....	14
Sophia Deeg Vorschlag zur Positionierung von ATTAC Deutschland.....	16
<b>2. Ablehnung der israelischen Besetzung – auch in Israel</b>	
Uri Avnery Die prächtigen 27 .....	20
Yigal Bronner Die Wahrheit über die Mauer .....	21
Weltweite Kampagne gegen die Apartheidmauer .....	22
<b>3. Perspektiven</b>	
Edward Said Eine Road Map wohin? .....	23
Die Grundlagen des Zusammenlebens .....	25
Peter Schäfer "Erlaubnis zum Berichten" für Palästinenser .....	26
Uri Avnery: Der bi-nationale Staat "Da wird der Wolf beim Lamm wohnen" .....	27
Dominique Vidal Hoffnung in Genf .....	29
Einige Hinweise auf weitere Dokumente zur Situation in Palästina und Israel .....	31
<b><u>III. Sozialforen</u></b>	
Europäisches Sozialforum .....	31
Von Brasilien nach Indien / Weltsozialforum .....	32

Wir danken [coordinat@attac.org](mailto:coordinat@attac.org) und allen ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen, die die SiGs erst möglich machen.  
 Die Redaktion: Peter Strotmann, Marie-Dominique Vernhes (Attac Deutschland), Barbara Waschmann (Attac Österreich),  
 Gisela Burkhalter, Johannes Gruber, Karin Vogt (Attac Schweiz)

(2024: Neues Layout; die damaligen Webadressen sind veraltet: rtf/pdf-Version unter [www.attac.de/rundbriefe](http://www.attac.de/rundbriefe)  
 html-Version unter [www.attac-austria.org/sig/sig.php](http://www.attac-austria.org/sig/sig.php) ; email an die Redaktion: [sig@attac.de](mailto:sig@attac.de))



**Reader: Solidarische Gesellschaft oder neuer Manchesterkapitalismus?  
 Agenda 2010 - Die Globalisierung zeigt ihr Gesicht**

Der **wissenschaftliche Beirat von Attac** legt hier eine erste Sammlung von Diskussionsbeiträgen zu Agenda 2010 vor. Ein Schwerpunkt wurde dabei auf das Leitbild, die Wertorientierungen und die ideologischen Grundlagen des Projekts gelegt. Daneben enthält der Reader kritische Beiträge zu einzelnen Dimensionen des Projekts, wie das besondere Betroffensein von Frauen, Gesundheit, Renten, Arbeitsmarkt, Kündigungsschutz, Tarifhoheit und zu den Zusammenhängen zwischen Sozialabbau und innerer Sicherheit.

**Weitere Hinweise / Bestellung:** [https://www.attac-netzwerk.de/material/details/details\\_1329.php](https://www.attac-netzwerk.de/material/details/details_1329.php)

Jürgen Wagner  
**Die beiden Gesichter des Imperiums**  
Die „Pax Americana“ wird nicht funktionieren

»Wir müssen die Initiative zurückerlangen. Nicht nur durch den Widerstand gegen den US-Imperialismus, nicht nur dadurch, weiterhin gegen soziale Ungerechtigkeiten der kapitalistischen Globalisierung [...] zu kämpfen, sondern indem wir die Verbindung zwischen beiden Gesichtern des Imperiums herstellen, dem ökonomischen und dem militärischen.«<sup>46</sup> Mit diesem Anspruch soll im Folgenden die Bush-Doktrin kritisch analysiert und in den Kontext US-amerikanischer Globalstrategie eingebettet werden. Hierauf aufbauend werden die US-Interessen an dem Angriffskrieg gegen den Irak untersucht und abschließend das Gesamtkonzept US-amerikanischer Außenpolitik einer Kritik unterzogen.

Bei dieser Analyse handelt es sich um einen Auszug aus dem Buch „Globalisierung und Krieg“ von C. Haydt, T. Pflüger und J. Wagner, das in der Reihe „AttacBasisTexte“ im Verlag VSA Hamburg erschienen ist.

Von dem Zeitpunkt an, als George F. Kennan 1947 in *Foreign Affairs* unter dem Pseudonym »Mr. X« die Grundlagen der Containment-Politik darstellte,<sup>38</sup> verschrieb sich die Außenpolitik der Vereinigten Staaten vorwiegend einer Strategie: der Eindämmung der Sowjetunion. Dass diesem Konzept weder humane noch idealistische Ideen, sondern ausschließlich macht-politische Interessen zugrunde lagen, wurde von Kennan damals eindrucksvoll erläutert: »Die USA besitzen etwa 50 Prozent des Reichtums der Welt, machen aber nur 6,3 Prozent der Weltbevölkerung aus. In dieser Situation werden wir zwangsläufig mit Neid und Unmut konfrontiert werden. Unsere eigentliche Aufgabe in der vor uns liegenden Epoche ist es [...], diese Position der Ungleichheit zu erhalten. [...] Wir sollten aufhören, von so vagen und unrealistischen Zielen wie Menschenrechten, Anhebung des Lebensstandards und Demokratisierung zu reden. Der Tag ist nicht mehr fern, an dem unser Handeln von nüchternem Machtdenken geleitet sein muss. Je weniger wir dann von idealistischen Parolen behindert werden, desto besser.«<sup>39</sup> Folglich war das Ziel auch nicht die Eindämmung der Sowjetunion, sondern die siegreiche Beendigung des Kalten Krieges. Hierfür galt es, das kapitalistische System auszuweiten und sich der unangefochtenen Vorherrschaft innerhalb der westlichen Welt zu vergewissern.

Nachdem die USA aus der Blockkonfrontation als einzig verbliebene Supermacht hervorgingen, begann die Suche nach einer Nachfolgedoktrin. Die von US-Präsident George W. Bush am 20. September 2002 vorgelegte »Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten« (NSS), besser bekannt unter dem Namen »**Bush-Doktrin**«, soll nun den großen Wurf darstellen.<sup>40</sup> Mit ihr »übernahm der Präsident das Paradigma jener Befürworter einer hegemonialen [...], auf »militärische Stärke und moralische Klarheit« setzenden globalen amerikanischen Führungsrolle, die als beste Garantie für ein stabiles internationales System angesehen wird.«<sup>41</sup> Protagonisten dieser Ideologie sind die so genannten Neokonser-vativen, die, angeführt von Vizepräsident Dick Cheney und dem stellvertretenden Verteidigungs-minister Paul Wolfowitz, die derzeitige US-Außenpolitik nahezu im Alleingang kontrollieren. Sie nutzten die Terroranschläge des 11.9.2001 erfolgreich, um ein in seinen Grundzügen schon lange vorher entwickeltes Konzept zur künftigen Rolle der US-Außenpolitik, der

Öffentlichkeit in Form der Bush-Doktrin zu präsentieren und zur offiziellen Regierungspolitik zu erheben.

Die NSS lässt sich treffend als »die radikalste Neuordnung der amerikanischen Weltmachtspolitik seit Ende des Kalten Krieges« beschreiben.<sup>42</sup> Entscheidend ist jedoch, dass sich die **Grundintention** der US-Außenpolitik **nicht verändert** hat. Es fand lediglich eine Anpassung an die veränderten internationalen Machtverhältnisse statt. Das geben auch die Befürworter der neuen Strategie unumwunden zu: »Die Bush-Doktrin setzt eine Tradition fort, die bis zur Monroe- und Truman-Doktrin zurückverfolgt werden kann.«<sup>43</sup> Rainer Rilling kommt deshalb richtigerweise zu folgendem Schluss: »Das übergreifende Ziel dieser Strategie ist nicht der Kampf gegen terroristische Gruppen oder Staaten, sondern Erhalt und Ausbau der Ungleichheit zwischen Amerika und dem Rest der Welt und die Vollendung der weltweiten Durchsetzung des amerikanisch dominierten Modells.«<sup>44</sup>

### Vom Containment zur »Pax Americana

Es war der neokonservative Kolumnist Charles Krauthammer, der Anfang der 1990er Jahre den »unipolaren Moment« ausrief und damit die (publizistische) Debatte um den künftigen Kurs der US-Außenpolitik einleitete. Nach dem Ende der Sowjetunion und dem damit verbundenen Aufstieg der USA zur einzigen Weltmacht genieße Amerika eine Machtfülle, die beispiellos in der neueren Geschichte sei. Dies eröffne die Möglichkeit, die internationale Umgebung vorteilhaft zu gestalten, weshalb die augenblickliche Position unter allen Umständen gewahrt und ausgeweitet werden müsse.<sup>47</sup> Nach den Anschlägen des 11.9.2001 gewannen Vertreter dieser Position nochmals an Einfluss. Nur die verschärfte militärische Kontrolle und »Befriedung« weiter Teile der Welt könne amerikanische Bürger vor dem globalen Chaos bewahren.<sup>48</sup> Die Errichtung eines amerikanischen Imperiums und, damit verknüpft, die Verfolgung einer imperialen Strategie, wird nun von wichtigen Mitgliedern des außenpolitischen Establishments als *conditio sine qua non* amerikanischer Sicherheit und amerikanischen Wohlstands propagiert.<sup>49</sup> Zudem gewinnt ein akademisches Legitimationskonstrukt zunehmend an Einfluss, das die Zementierung amerikanischer Hegemonie nicht nur als Interesse der USA, sondern der gesamten



Staatengemeinschaft deklariert. Zusammengefasst wird hierbei folgendermaßen argumentiert: Ein **unipolares** System mit den USA an der Spitze sei die beste Möglichkeit, kriegerische Auseinandersetzungen zu vermeiden. Aufgrund der permanenten staatlichen Interessenskonflikte drohe ansonsten immer die Gefahr einer militärischen Austragung dieser Streitigkeiten oder einer erneuten Blockkonfrontation. Nur wenn ein Staat (die USA) übermächtig und nahezu unangreifbar ist, würden diese Interessenskonflikte friedlich (im Sinne der USA) gelöst und damit Kriege verhindert.

Zwar seien die Vereinigten Staaten augenblicklich der unangefochtene Hegemon des internationalen Systems, diese Position wäre allerdings permanent – z.B. wegen des Phänomens ungleicher Wachstumsraten – durch **potenzielle Rivalen** gefährdet, die ihrerseits alles daran setzen würden, die Vereinigten Staaten abzulösen. Jeder relative Machtverlust vergrößere somit nicht nur die Bedrohung der USA, sondern generell die Kriegsanfälligkeit des internationalen Systems und müsse deshalb unter allen Umständen verhindert werden.

Dieses Konstrukt erfordert und legitimiert den ständigen Ausbau der militärisch-ökonomischen US-Führungsposition und mündet ebenfalls in der Forderung nach einer Pax Americana bzw. einem US-Imperium. Gleichzeitig wird damit versucht, **eine im Wesentlichen egoistische Politik als pazifizierendes Element der Weltpolitik umzudeuten**, an dessen Verfolgung allen Staaten gelegen sein sollte.<sup>50</sup>

Derartig akademisch wie publizistisch sekundiert, wurde die Verewigung der US-Hegemonie bereits in der 1992 an die Öffentlichkeit geratenen »Defense Planning Guidance« gefordert. Sie wurde unter der Aufsicht des damaligen Verteidigungsministers Cheney verfasst und sollte für die nächsten vier Jahre als Grundlage der US-Außenpolitik dienen. Neben Paul Wolfowitz waren an der Erstellung auch Zalmay Khalilzad und Lewis Libby beteiligt, die heute ebenfalls Schlüsselpositionen<sup>51</sup> in der Bush-Administration einnehmen: »Es gibt andere Nationen oder mögliche Koalitionen, die in der entfernteren Zukunft strategische Ziele und militärische Fähigkeiten entwickeln könnten, die auf regionale oder globale Vorherrschaft hinauslaufen. Wir müssen unsere Strategie jetzt darauf konzentrieren, dem Aufstieg jedes möglichen Konkurrenten globaler Dimension zuvorzukommen.«<sup>52</sup>

	Kalter Krieg	21. Jahrhundert
Sicherheitssystem	Bipolar	Unipolar
Strategisches Ziel	Eindämmung der Sowjetunion	Sicherung der Pax Americana
Hauptsächliche militärische Aufgaben	Abschreckung des sowjetischen Expansionismus	Zonen des demokratischen Friedens die Entstehung eines neuen Großmacht-Konkurrenten verhindern; Schlüsselregionen verteidigen

Tabelle: **Neokonservatives Grundlagenpapier** (vor dem 11.9.!) zu strategischen Zielen der US-Politik (Quelle: *Rebuilding America's defenses*, September 2000, S. 14)

Seither zieht sich diese Forderung wie ein roter Faden durch neokonservative Veröffentlichungen. Im September 2000 unterstrich eine Studie,<sup>53</sup> an der neben Wolfowitz und Libby noch weitere heutige Regierungsmitglieder beteiligt waren, dass sich die gesamte US-Außenpolitik diesem Ziel unterzuordnen

habe und benannte, schon lange vor dem 11. September, die »Pax Americana« als strategisches Ziel der US-Politik und beschrieb die hierfür notwendigen militärischen Aufgaben.

Den neokonservativen Präferenzen entsprechend, sieht auch die NSS Washingtons vorrangige Aufgabe im Erhalt der US-Führungsposition: »Der Präsident beabsichtigt nicht, es irgendeiner anderen ausländischen Macht zu erlauben, den gewaltigen Vorsprung, der sich den USA seit dem Kalten Krieg eröffnet hat, aufzuholen.«<sup>54</sup> Der Rest des Dokuments dient primär der Umsetzung dieses Zieles und beschreibt, wie der hierfür erforderliche Ausbau der militärisch-ökonomischen Vormachtstellung der USA erreicht werden kann.

Diesen ambitionierten Zielen wurde im Oktober 2002 auch mit einer Umstrukturierung der US-Regionalkommandos Rechnung getragen: »Zum ersten Mal in der Geschichte gibt es kein Fleckchen Erde mehr, für das nicht eines der regionalen Kommandos der USA zuständig ist – auch nicht in der Antarktis. Schon darin spiegelt sich das veränderte Selbstverständnis Washingtons als einzige nach dem Kalten Krieg verbliebene Supermacht.«<sup>55</sup> Erstmals wurde ein Northern Command, zuständig für die Verteidigung der USA, eingerichtet. Russland wurde in den Zuständigkeitsbereich des European Command verlegt, die Antarktis in die des Pacific Command. Die gravierendste Neuerung dürfte die Zusammenlegung des Space Command mit dem Strategic Command darstellen: »Es soll alle Abwehrmaßnahmen koordinieren und durchführen und zugleich Vergeltungsangriffe mit konventionellen wie nuklearen Waffen planen können. Mehr noch: Es soll auch zu »defensiven Interventionen« befähigt sein, ein Euphemismus für präventive Angriffe.«<sup>56</sup>

Die schon lange geplante **Enttabuisierung atomarer Kriegsführung** wurde hiermit vollzogen.

Da dieser militärische Dominanzanspruch mit enormen Kosten verbunden ist, nimmt der US-Verteidigungshaushalt inzwischen absurde Dimensionen an. Er soll von heute 400 Mrd. Dollar auf 650 Mrd. Dollar bis zum Jahr 2007 steigen. Gleichzeitig entwirft die Bush-Doktrin ein Legitimationskonstrukt, das der Anwendung dieses Potenzials nahezu einen Blankoscheck erteilt.

## Krieg auf Verdacht

Laut NSS (S. 6) ist die Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln (Proliferation) nun das handlungsleitende Prinzip der US-Regierung. Angeblich hätten die Anschläge des 11. September belegt, dass die traditionellen Ansätze – Abschreckung, Eindämmung und Rüstungskontrolle – nach dem Kalten Krieg nicht mehr greifen: »Abschreckung, die allein auf einer Drohung mit Vergeltung basiert, funktioniert kaum gegen Führer von Schurkenstaaten, die eher bereit sind, Risiken einzugehen.« (NSS, S. 15) Hieraus leitet die Bush-Administration (NSS, S. 6) das Recht ab, künftig die »Gefahr zu beseitigen, bevor sie unsere Grenzen erreicht«, indem die USA »nicht zögern werden, wenn notwendig auch allein, durch präemptives Handeln ihr Recht auf Selbstverteidigung auszuüben.«

Die Argumentation der US-Regierung, es handle sich um eine **Präemption**, was eine völkerrechtlich legitimirbare militärische Reaktion auf einen nachweislich und unmittelbar bevorstehenden Angriff darstellt, täuscht. In Wirklichkeit ist **Prävention**, die Vorbeugung möglicherweise künftig entstehender, keineswegs sicher auftretender Gefahren, gemeint. Dies ist jedoch ein klarer Bruch des Völkerrechts und die **faktische Beendigung staatlicher Souveränität**, über die künftig in Washington entschieden wird.



Mit dem Angriffskrieg gegen den **Irak** wurde zwischenzeitlich ein **Präzedenzfall** geschaffen, der die Völkerrechtswidrigkeit der Bush-Doktrin zeigt, da es unbestritten ist, dass eine irakische Aggression zu keinem Zeitpunkt bevorstand. Selbst die US-Geheimdienste gehen davon aus, dass von Massenvernichtungsmitteln in Händen von »Schurkenstaaten« keine unmittelbare Gefahr für die USA ausgeht. Deren Motivation, an solche Waffen zu gelangen, speist sich eben nicht – wie die US-Regierung unterstellt – aus offensiven, sondern aus defensiven Absichten. Angesichts der ständigen Drohungen Washingtons betrachten sie ein Abschreckungspotenzial als einzige Möglichkeit, sich vor Angriffen schützen zu können. Genau dies wollen die USA mit ihrer militärischen Proliferationsbekämpfung verhindern. Es geht den USA demzufolge nicht um die Verhinderung von Aggressionen, sondern um die **Absicherung der eigenen Interventionsmöglichkeit**.

Zwar wird angegeben, nicht in allen Fällen präemptiv handeln zu wollen, allerdings vermisst man jegliche Kriterien, wann solche Einsätze legitim sein sollen. »Würden die USA das Interventions- und Präventionsprinzip künftig durchgehend anwenden, so ergäbe sich angesichts einer stets vorhandenen latenten Terrorismusgefahr eine geradezu permanente Interventionslage, mit den entsprechenden Gefahren für die internationale Stabilität.«<sup>57</sup> Der Anspruch, nahezu beliebig und frei von Restriktionen Staaten militärisch abstrafen zu können, ist offensichtlicher und integraler Bestandteil einer Pax Americana.

Die global destabilisierende Wirkung der NSS liegt auf der Hand. Wenn die USA auf bloße Anschuldigung hin ein militärisches Eingreifen androhen, motiviert dies andere Staaten, ähnlich vorzugehen. Russlands explizit mit dem Verweis auf die Bush-Doktrin erfolgte Drohungen gegenüber Georgien zeigen hier die ersten fatalen Folgen.<sup>58</sup> Noch schlimmer könnte es kommen, wenn beispielsweise Indien sich die US-Argumentation zu eigen macht und Pakistan wegen seiner Unterstützung des Terrorismus angreift. Um dem vorzubeugen dürfen laut NSS (S. 15) »Staaten Präemption nicht als Vorwand für Aggressionen benutzen.« Die Deutungsgewalt verbleibt allein in den Händen der einzigen Weltmacht, was wohl eines der zentralen Merkmale der neuen Doktrin darstellt. Deshalb verkündet die NSS (S. 1) auch einen »ausgeprägten amerikanischen Internationalismus«, der letztlich darauf hinausläuft, dass internationale Vereinbarungen nur dann Gültigkeit besitzen und angestrebt werden, wenn diese eindeutig US-Interessen befördern. Im Umkehrschluss hat die Bush-Administration ihre Bereitschaft, hinderliche Abkommen aufzukündigen, mehr als einmal unter Beweis gestellt. **Dieser aggressive Unilateralismus markiert eine deutliche Zuspitzung schon länger vorhandener Tendenzen.** Er gipfelte in den Auseinandersetzungen um eine UNO-Mandatierung des US-Angriffs auf den Irak. Die durch diesen Unilateralismus angestrebte Selbstermächtigung zur beliebigen Anwendung militärischer Gewalt soll zur Förderung der ökonomischen Interessen der USA ebenso genutzt werden wie zur Bekämpfung staatlicher wie substaatlicher Gefährdungen des US-dominierten kapitalistischen Systems.

## McDonald's und McDonnell Douglas

Die als Globalisierung bezeichnete Ausweitung des kapitalistischen Systems unter neoliberalen Vorzeichen ist ein wesentlicher Faktor für ein amerikanische Interessen beförderndes Umfeld. Der wichtigste Antreiber und Profiteur dieser Ausweitung sind wiederum die Vereinigten Staaten.<sup>59</sup> Wolfowitz ließ keinen Zweifel an dem Zusammenhang zwischen Globalisierung und US-Hegemonie: »Der wichtigste sozio-ökonomische Trend der Welt nach dem Kalten Krieg wird

häufig als ›Globalisierung‹ beschrieben und das Weltsystem internationaler Politik häufig als ›unipolar‹. Diese beiden Begriffe könnten lediglich unterschiedliche Beschreibungen des selben Phänomens sein, da sich die Globalisierung [...] im Kontext der globalen Dominanz amerikanischer ökonomischer und politischer Vorstellungen vollzieht.«<sup>60</sup> Oder mit den treffenden Worten von Henry Kissinger: Globalisierung ist »nur ein anderes Wort für die US-Herrschaft.«<sup>61</sup>

Deshalb irritiert der große Raum, den die Beschreibung von demokratischen Werten und Menschenrechten in der NSS einnimmt, nur auf den ersten Blick. George W. Bush schreibt im Vorwort der NSS (S. 1): Es gibt nur »ein einziges haltbares Modell für nationalen Erfolg: Freiheit, Demokratie und freies Unternehmertum.« Bei genauerem Hinsehen wird deutlich, dass damit lediglich versucht wird, die aggressive Ausweitung des neoliberalen Systems als Förderung demokratischer Werte zu verkaufen: »Das Konzept des ›freien Handels‹ war ein moralisches Prinzip, lange bevor es zu einer Stütze der Wirtschaft wurde«, heißt es in der NSS (S. 18). Folgerichtig wird dort (S. 21f.) weiter gefordert, »Gesellschaften für Handel und Investitionen [zu] öffnen. [...] Freie Märkte und freier Handel sind Schlüsselprioritäten unserer nationalen Sicherheitsstrategie.« Die Geschichte soll gewissermaßen mit der (gewaltsamen) Durchsetzung des neoliberalen Modells enden. »Es gibt nur eine Wahrheit, die der USA. Alternative Modelle sozialer und politischer Organisation sind nicht nur moralisch falsch, sondern auch eine unzureichende Basis der Weiterentwicklung. [...] Die spezielle Interpretation, der liberalen Religion, die der Präsident befürwortet, ist eine kreuzzüglerische. Die moralische Pflicht, den Liberalismus zu verteidigen und auszuweiten, kennt keine Grenzen. [...] Gesellschaften und Staaten sind nicht berechtigt, sich dem Liberalismus zu verweigern. Tatsächlich haben Staaten die moralische Pflicht, nicht nur selber den Liberalismus zu befürworten, sondern ihren Nachbarn Liberalismus aufzuzwingen.«<sup>62</sup>

## Pflicht zum Freihandel

Um die Ausweitung »demokratischer Zonen des Friedens« zur »militärischen Aufgabe« zu machen, wurde inzwischen die Ausweitung des Neoliberalismus zu einem nationalen Sicherheitsinteresse erhoben. Autoritär regierte, fehlgeleitete Staaten seien für die Zunahme des Terrorismus verantwortlich. Für *Foreign Affairs* liegt die Lösung auf der Hand: »Vom Sudan über Afghanistan nach Sierra Leone und Somalia. Wenn solche Machtvakuum in der Vergangenheit Großmächte gefährdeten, hatten diese eine schnelle Lösung parat: Imperialismus.«<sup>63</sup> Nur wenn diese Gebiete militärisch kontrolliert und ihnen anschließend die Segnungen des Neoliberalismus zuteil würden, könnten die Sicherheitsinteressen der USA gewahrt werden.<sup>64</sup> Insbesondere seit den Anschlägen des 11.9.2001 wird in Sicherheitskreisen eine hierauf abzielende »Freiheitsdoktrin« diskutiert. Diese erfordere »die Eliminierung der gegen die Freiheit gerichteten Kräfte, seien es Individuen, Bewegungen oder Regime. Danach kommt die Konstruktion pro-freiheitlicher Kräfte. [...] Schließlich kommt die Etablierung von Regierungen, die die Freiheit ihrer eigenen Bevölkerung ebenso schätzen und schützen, wie dies die Vereinigten Staaten tun.«<sup>65</sup>.

In einer Neuauflage des »humanitären Interventionismus« der 1990er Jahre wird ein weiterer Kriegsgrund etabliert, der die Möglichkeit eröffnet, Staaten gewaltsam in das US-Interessen befördernde Weltsystem einzubinden. Zudem reagiert man

hiermit sowohl auf die negativen Auswirkungen des Neoliberalismus und der Kontrollpolitik in den Schlüsselregionen, indem die hierdurch entstehenden, Terrorismus befördernden, Spannungen und sozialen Verwerfungen, den betroffenen Staaten in die Schuhe geschoben und als Kriegsgrund gewertet werden.

Mit dem Konzept einer auf dem militärischen Pfeiler basierenden Absicherung und Ausweitung des neoliberalen Systems, übernehmen die Vereinigten Staaten auch eine Art **Dienstleistungsfunktion für die kapitalistischen Interessen der restlichen westlichen Welt**. Aus diesem Grund findet die Idee des »liberalen Imperialismus« in Europa einflussreiche Befürworter.<sup>66</sup> Denn die Aufgabe des US-Militärs besteht darin, die Stabilität des Gesamtsystems sicherzustellen, notfalls also Gefährdungsfaktoren der kapitalistischen Ordnung zu eliminieren. Auf diesen grundsätzlichen Zusammenhang zwischen beiden Pfeilern der US-Hegemonialpolitik wies der außenpolitische Chefkorrespondent der *New York Times* und ehemalige Berater von Madeleine Albright, Thomas Friedman, hin: *Die Globalisierung beruht »auf der Macht der USA und ihrer Bereitschaft, sie gegen jene einzusetzen, die das globalisierte System bedrohen – vom Irak bis Nordkorea. Die unsichtbare Hand des Marktes kann ohne eine unsichtbare Faust nicht arbeiten. McDonald's kann nicht gedeihen ohne McDonnell Douglas, die für die US Air Force die F-15 bauen. Die unsichtbare Faust, die dafür sorgt, dass die Technologie des Silicon Valley blüht, besteht aus dem Heer, der Luftwaffe, der Marine und der Marineinfanterie der Vereinigten Staaten.«*<sup>67</sup>

Offenbar wird diese Ansicht von der Bush-Administration geteilt. Thomas Barnett, seit September 2001 Berater von US-Verteidigungsminister Rumsfeld und Professor am *U.S. Naval War College*, betont den richtungsweisenden Charakter des Irak-Krieges: *»Als die Vereinigten Staaten am Persischen Golf abermals in den Krieg zogen, ging es [um] einen historischen Wendepunkt – den Moment, in dem Washington von der strategischen Sicherheit im Zeitalter der Globalisierung tatsächlich Besitz ergreift.«* Laut Barnett wurde mit dem Krieg den Staaten, die sich nicht in das Schema der neoliberalen Globalisierung einpassen (lassen), verdeutlicht, dass die USA nicht gewillt sind, dies zu tolerieren: *»Wo soll also die nächste Runde von Auswärtsspielen des US-Militärs stattfinden? Das Muster, das sich nach dem Ende des Kalten Krieges herausgeschält hat, legt eine einfache Antwort nahe: in der Lücke. [...] Verliert ein Land gegen die Globalisierung oder weist es viele Globalisierungsfortschritte zurück, besteht eine ungleich höhere Chance, dass die Vereinigten Staaten irgendwann Truppen entsenden werden. Umgekehrt gilt: Funktioniert ein Land halbwegs im Rahmen der Globalisierung, dann sehen wir in der Regel keine Veranlassung, unsere Truppen zu schicken, um für Ordnung zu sorgen, oder eine Bedrohung zu beseitigen.«*<sup>68</sup>

Wenn auch die unmittelbaren Ziele des US-Angriffskrieges gegen den Irak direkt mit dem Faktor Öl zusammenhängen, werden Motivation und Aggressivität der US-Politik nur aus der zuvor beschriebenen imperialen Strategie erklärbar.

*[Hier folgen im Buch mehrere Kapitel zu den US-amerikanischen Interessen am Irak-Krieg und den weitergehenden Plänen einer Neuordnung des gesamten Mittleren Ostens, die an dieser Stelle ausgelassen werden.]*

## Mehr Clinton als Bush?

Die imperiale Politik der Bush-Regierung stößt, bis auf wenige Ausnahmen, kaum auf Kritik aus den Reihen der demokratischen Partei. Nahezu die komplette außenpolitische Elite

der USA vertritt den Standpunkt, die US-Strategie müsse sich darauf konzentrieren, keinen ebenbürtigen Rivalen zuzulassen. [...]

Falls also die Verewigung der US-Hegemonie weiterhin von der überwiegenden Mehrheit des außenpolitischen Establishments gefordert wird, besteht das Hauptproblem eben **nicht** darin, dass eine kleine Gruppe von Hardlinern **kurzzeitig** die US-Außenpolitik dominiert, sondern darin, dass sich die **Vereinigten Staaten unweigerlich auf Konfrontationskurs mit der restlichen Welt begeben** haben. Allerdings »gibt es ein Problem mit der rosigen Vision einer »Pax Americana«; sie wird nicht funktionieren.«<sup>106</sup>

Auf beiden Seiten des Atlantiks setzen Kritiker der US-Regierung meist bei deren aggressivem Unilateralismus an. Sie sehen in der allzu rigorosen Durchsetzung von US-Interessen – häufig auch gegen die europäischen Verbündeten – den Grund für den augenblicklich zu beobachtenden Prozess der Gegenmachtbildung. Die zentrale Forderung an die USA ist deshalb, sie sollten zu einer Politik der »**wohlwollenden Hegemonie**« zurückkehren. Washington müsse auf befreundete Staaten Rücksicht nehmen und sie angemessen an den Vorteilen des US-geführten Systems beteiligen.<sup>107</sup> Die Vorstellung einer »wohlwollenden Hegemonie« bezieht sich auf die Formierung eines US-geführten, **gesamtimperialistischen Blocks**.

Dieser soll, mit substanziellem (auch militärischem) Beitrag seitens der Europäer, das kapitalistische System gegen Gefährdungen verteidigen. Gleichzeitig geht es darum, die Tendenz der US-Regierung, auf einen Beitrag der Europäer ebenso wenig Wert wie auf deren Interessen zu legen, rückgängig zu machen. Ziel ist es, die Bush-Doktrin so zu modifizieren, dass die europäischen Staaten an der Umsetzung und den Vorteilen dieser imperialen Strategie **teilhaben** und Differenzen bei der Ausbeutung der restlichen Welt künftig nicht ausschließlich im Sinne Washingtons zu lösen.

## Ideeller Gesamtimperialist?

Überlegungen, die **NATO**, als zentrale Instanz westlicher Interessenswahrung, im Sinne eines »**liberalen Imperialismus**« einzusetzen, spiegeln dieses Konzept wider. Die Allianz solle, so forderte ein zentraler Artikel, sich einem neuen »Transatlantischen Projekt« widmen, nämlich der »Transformation des Mittleren Ostens«. Dies solle »auf eine neue Form der Demokratie hinauslaufen, auf ein neues Wirtschaftssystem, das den Menschen in der Region zu Arbeit und Würde verhilft.«<sup>108</sup> Natürlich wurde dieser Vorschlag im »alten Europa« begierig aufgegriffen.<sup>109</sup>

Die auf dem NATO-Gipfel in Prag im November 2002 erfolgte Entscheidung zur Aufstellung der ebenfalls auf Präventivkriege ausgerichteten »NATO Response Force«, impliziert die Übernahme der gesamten hinter der Bush-Doktrin stehenden Logik und steht damit für den Versuch einer gemeinsamen westlich-kapitalistischen Interessenswahrung. Deshalb wird für die künftige Entwicklung des transatlantischen Verhältnisses viel davon abhängen, wie sich der »widersprüchliche Doppelstatus der USA als Nationalstaat einerseits und als **ideeller Gesamtimperialist**« andererseits« entwickelt. Dieser »ideelle Gesamtimperialismus« steht und fällt mit Washingtons Bereitschaft, das »alte Europa« an der Aufrechterhaltung und Ausweitung »kapitalistischer Ordnung« zu beteiligen und hierfür aber auch angemessen zu entlohnen – burden und power sharing. »Mehr Clinton, weniger Bush« – damit endet in Europa meist die Kritik an der gegenwärtigen US-Politik.

Kommt die US-Regierung dieser Forderung nicht nach, so eine inzwischen gängige Position, müsse sich **Europa** auch militärisch von den Vereinigten Staaten emanzipieren, eigene Interessen wahrnehmen und einen Prozess der **Gegenmachtbildung** in Gang setzen. Nur so könne man Washington auf den Pfad der Tugend – gemeinsame Wahrung kapitalistischer Interessen – zurückzwingen. Der Anspruch, stets die Option aufrecht zu erhalten, die künftigen EU-Truppen militärisch wie politisch aus der Abhängigkeit Washingtons zu befreien, ist in diesem Kontext zu sehen.<sup>110</sup> Damit verbleibt man in **derselben**, von der Bush-Administration eindrucksvoll demonstrierten **Machtlogik** und realisiert nicht, dass man hiermit automatisch in eine militärisch untermauerte Rivalität mit den USA eintreten würde, die möglicherweise in eine neue Blockkonfrontation münden könnte. So wird Wasser auf die Mühlen derjenigen in den USA geleitet, die in der EU den nächsten großen Rivalen erblicken.

Ohnehin wäre mit einer US-Politik der »wohlwollenden Hegemonie« nichts erreicht. Denn dieses Konzept bleibt auf die westlich-kapitalistische Staatengemeinschaft beschränkt. Anderen Machtblöcken, vor allem Russland und China, wird der Eintritt in diesen exklusiven Club verwehrt bleiben. Genauso wenig kann ein US-geführter »ideeller Gesamtimperialismus« die vom neoliberalen System permanent produzierten Konflikte beseitigen. Allenfalls – und selbst dies scheint augenblicklich eine optimistische Prognose –, könnten hiermit die transatlantischen Rivalitäten vermindert werden.

Konfliktverhinderung ist auch nicht Sinn und Zweck beider Konzepte, sie folgen lediglich der Logik kapitalistischer Interessenswahrung, weshalb **Globalisierungskritik auch diese Logik angreifen muss**: »Die globale Expansion militärischer Macht durch den hegemonialen Staat des welt-kapitalistischen Systems ist ein integraler Bestandteil ökonomischer Globalisierung. Nein zu dieser Form militärischen Expansionismus zu sagen bedeutet gleichzeitig, Nein zu kapitalistischer Globalisierung und Imperialismus und somit zum Kapitalismus als solchem zu sagen.«<sup>111</sup>

Dabei ist die Vorherrschaft der USA keineswegs so unangefochten, wie es die Propagandisten des amerikanischen Imperiums gerne glauben wollen. Insbesondere im ökonomischen Bereich sind die Probleme unübersehbar.<sup>112</sup> »Die Pax Americana ist vorüber«, urteilt Immanuel Wallerstein. »Die Herausforderungen in Vietnam, auf dem Balkan, im Mittleren Osten bis hin zum 11. September haben die Grenzen amerikanischer Vorherrschaft offenbart. Werden die USA lernen, ruhig schwächer zu werden, oder werden die US-Konservativen sich widersetzen und dabei einen graduellen Niedergang in einen schnellen und gefährlichen Absturz verwandeln?«<sup>113</sup>

Mit der augenblicklich zu beobachtenden dramatischen Militarisierung der US-Außenpolitik versucht Washington dieser Entwicklung entgegenzuwirken und beschleunigt sie damit paradoxerweise noch weiter.

Anmerkungen:

<sup>38</sup> Mr. X: *The Sources of Soviet Conduct*, in: *Foreign Affairs*, July 1947, S. 566-582.

<sup>39</sup> Zit. nach Pitt, William Rivers/Ritter, Scott: *Krieg gegen den Irak*, Köln 2002, S. 25.

<sup>40</sup> *The National Security Strategy of the United States of America*, The White House, 17.9.02.

<sup>41</sup> Rudolf, Peter: *Die USA und die transatlantischen Beziehungen nach dem 11.9.*, in: *APuZ*, 25/02, S. 7-13, S. 8.

<sup>42</sup> Schwarz, Klaus-Dieter: *Amerikas Mission*, SWP-Aktuell, Oktober 2002, S. 1.

<sup>43</sup> Donnelly, Thomas: *The Underpinnings of the Bush Doctrine*, AEI, 1.2.03.

<sup>44</sup> Rilling, Rainer: »American Empire« als Wille und Vorstellung, *RLS Standpunkte*, 9/02, S. 4.

<sup>45</sup> *U.S. Imperial Ambitions and Iraq*, in: *Monthly Review Editorial*, December 2002.

<sup>46</sup> Tabb, William K.: *The Face of Empire*, in: *Monthly Review*, November 2002.

<sup>47</sup> Krauthammer, Charles: *The Unipolar Moment*, in: *Foreign Affairs*, Winter 1990/91, S. 23-33.

<sup>48</sup> Vgl. u.a. Boot, Max: *The Savage Wars of Peace*, New York 2002.

<sup>49</sup> Vgl. Golub, Phillip S.: *Westward the course of Empire*, in: *Le Monde Diplomatique* (english edition), September 2002; Eakin, Emily: »It takes an empire«, say several U.S. thinkers, *International Herald Tribune*, 2.4.02.

<sup>50</sup> Vertreter dieser Auffassung gibt es viele. Für den akademischen Bereich vgl. Wohlforth, William C.: *The Stability of a Unipolar World*, in: *International Security*, Vol. 24, No. 1 (Summer 1999), S. 5-41; Für eine Analyse und Kritik der Grundlagen der US-Hegemonialpolitik vgl. Wagner, Jürgen: *Das ewige Imperium*, Hamburg 2002.

<sup>51</sup> Khalilzad ist Mitglied im nationalen Sicherheitsrat, war kurzzeitig US-Afghanistan-Sonderbeauftragter und anschließend mit der Formierung der irakischen Opposition betraut. Libby ist Cheneys Stabschef und gilt als dessen wichtigster Geostrategie.

<sup>52</sup> »No Rivals«-Plan: Den Aufstieg konkurrierender Mächte in Europa und Asien verhindern: Auszüge aus dem neuen Leitlinien-Entwurf des Pentagon, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 4 (1992).

<sup>53</sup> *Rebuilding America's Defenses. A Report of The Project for the New American Century*, September 2000, S. II.

<sup>54</sup> Dieser Satz wurde kurz vor der Veröffentlichung noch aus dem Dokument entfernt. Vgl. Press Briefing by Ari Fleischer, Office of the Press Secretary, 20.9.02.

<sup>55</sup> Nassauer, Otfried: *Eine neue militärische Aufteilung der Welt*, *Frankfurter Rundschau*, 15.7.02.

<sup>56</sup> Ebenda.

<sup>57</sup> Kamp, Karl-Heinz: *The National Security Strategy*, Konrad Adenauer Stiftung, 25.9.02.

<sup>58</sup> Vgl. Baker, Peter: *Russia sees trade-off with Bush on Georgia*, *IHT*, 14.-15.9.02.

<sup>59</sup> Vgl. Friedman, Thomas L.: *Globalisierung verstehen*, München 2000, S. 454.

<sup>60</sup> Wolfowitz, Paul: *Statesmanship in the New Century*, in: Kagan, Robert/Kristol, William (eds.): *Present dangers*, San Fransisco 2000, S. 307-336, 316f.

<sup>61</sup> Zit. nach Biermann, Werner/Klönne, Arno: *Globale Spiele: Imperialismus heute – das letzte Stadium des Kapitalismus?*, Köln 2001, S. 25.

<sup>62</sup> Rhodes, Edward: *Onward, Liberal Soldiers?*, *Columbia International Affairs Online*, December 2002, S. 8.

<sup>63</sup> Mallaby, Sebastian: *The Reluctant Imperialist: Terrorism, Failed States, and the Case for American Empire*, in: *Foreign Affairs*, March/April 2002, S. 2-7, S. 2, 6.

<sup>64</sup> Vgl. Gaddis, John L.: *A Grand Strategy*, in: *Foreign Policy*, November/December 2002, S. 50-57.

<sup>65</sup> McFaul, Michael: *The Liberty Doctrine*, in: *Policy Review*, April-May 2002.

<sup>66</sup> Z.B. der engste Berater Tony Blairs, Cooper, aber auch der Grüne Politiker Fücks. Vgl. Cooper, Robert: *The new liberal imperialism*, *The Observer*, 7.4.02; Fücks, Ralf: »Ohne uns« reicht nicht, *Taz*, 3.1.03.

<sup>67</sup> Friedman 2000, a.a.O., S. 570f.

<sup>68</sup> Barnett, Thomas P.M.: *Die neue Weltkarte des Pentagon*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5/2003, S. 554-564.

<sup>106</sup> Mearsheimer, John J.: *Hearts and Minds*, in: *The National Interest*, (No. 69), Fall 2002.

<sup>107</sup> Vgl. u.a. Nye, Joseph S. Jr.: *The American national interest and global public goods*, in: *International Affairs*, vol. 78, no. 2 (2002), S. 233-244.

<sup>108</sup> Asmus, Ronald D./Pollack, Kenneth M.: *The New Transatlantic Project*, in: *Policy Review* 10/11-2002.

<sup>109</sup> Vgl. Massarat, Mohssen: *Vor den Karren gespannt*, Freitag 09/03.

<sup>110</sup> Vgl. Wagner 2002, S. 152ff.

<sup>111</sup> *U.S. Military Bases and Empire*, in: *Monthly Review Editorial*, March 2002.

<sup>112</sup> Vgl. Todd, Emmanuel: *Weltmacht USA: Ein Nachruf*, München 2003.

<sup>113</sup> Wallerstein, Immanuel: *Der Adler im Sturzflug*, "Sand im Getriebe" 19 (17.3.2003), [www.attac.de/rundbriefe](http://www.attac.de/rundbriefe)



# Tariq Ali: Die Wut

## Im Irak: Widerstand und Imperium

Unlängst wurden Pentagon-Mitarbeiter zu einer Vorführung eines alten Spielfilms geladen. Gezeigt wurde ihnen Gillo Pontecorvos Antikolonialismus-Klassiker „Die Schlacht von Algier“, der ursprünglich in Frankreich verboten war. Der Film sollte wohl als Lehre dienen. Frankreich hat damals die Schlacht gewonnen, doch den Krieg verloren.

Zumindest dem Pentagon ist klar, dass der Widerstand im Irak einem bekannten antikolonialistischen Muster folgt. In dem Film sind Aktionen zu sehen, die vor fast einem halben Jahrhundert vom algerischen Maquis verübt wurden. Die selben Szenen hätten eben so gut vorige Woche in den Straßen von Falludscha oder in den Alleen von Bagdad gedreht werden können. Damals wie heute bezeichnete die Besatzungsmacht sämtliche dieser Aktivitäten als „Terrorismus“. Damals wie heute wurden Menschen gefangen genommen sowie Häuser zerstört, die ihnen oder ihren Verwandten Schutz boten. Die Repressalien nahmen ständig zu. Am Ende musste Frankreich sich aus dem Land zurückziehen.

Seit die Zahl der amerikanischen Nachkriegsopfer im Irak die der Opfer während der Invasion übersteigt (bei der auch mindestens 15 000 Iraker ihr Leben ließen), ist in den USA so etwas wie eine Debatte in Gang gekommen.

Ein nennenswerter Wiederaufbau im Irak findet trotz aller Anstrengung nicht statt. Im Land herrscht Massenarbeitslosigkeit. Not und Elend bestimmen für viele den Alltag, da die Besatzer und ihre Helfer nicht einmal die Grundversorgung mit Strom und sauberem Wasser zu sichern vermögen. Den Irakern wird so wenig vertraut, dass asiatische und philippinische Gastarbeiter zur Säuberung irakischer Kasernen herangezogen werden. Amerikanische Unternehmen und diejenigen „befreundeter“ Verbündeter werden bei Auftragsvergaben bevorzugt. Selbst unter günstigsten Umständen kann ein besetzter Irak sich so allenfalls zu einer Oligarchie mit Vetternwirtschaft entwickeln, in der Firmen wie die US-Konzerne Bechtel und Halliburton die überlegenen Global-Players sind.

Es ist eine Kombination aus alledem, die den Widerstand im Irak anfacht und viele junge Männer zu Kämpfern für ihr Land werden lässt. Kaum jemand im Irak ist bereit, die Widerstandskämpfer zu verraten. Dies ist ein entscheidender Punkt, denn ohne stillschweigende Unterstützung durch die Bevölkerung wäre ein anhaltender Widerstand praktisch unmöglich. Durch diese irakischen Partisanen wird Bushs Position im eigenen Land geschwächt. Sie helfen den Demokraten in Amerika, ihre Regierung anzugreifen. Howard Dean ging sogar so weit, einen vollständigen Rückzug der Vereinigten Staaten innerhalb von zwei Jahren vorzuschlagen.

### Gaza und Guantanamo

Vor allem aber hat das Desaster im Irak weitere Kriegsabenteuer in Iran und in Syrien vorerst abgewendet. Einer der eher erheiternden Augenblicke der vergangenen Monate war, als US-Vizeverteidigungsminister Paul Wolfowitz bei einer seiner Pressekonferenzen in Bagdad meinte, das Hauptproblem im Irak seien die vielen Ausländer. Seltsam, dass nur wenige der anwesenden westlichen Journalisten darüber in Gelächter ausbrachen. Aus der Sicht vieler Iraker sind die wahren „ausländischen Terroristen“ keine anderen als die Armeen der Besatzer. Und warum? Weil man bei der Besetzung eines Landes zwangsläufig in die Rolle einer Ko-

lonialmacht gerät. Kommt es zu Widerstand, bleibt als einziger Weg eine Mischung aus Gaza-Streifen und Guantanamo Bay.

Länder, die zu den Besatzern des Irak zählen, sollten nicht darüber urteilen, unter welchen Bedingungen Iraker Widerstand leisten dürfen. Die Besetzung des Irak ist verwerflich, und entsprechend fällt die Reaktion aus. Über vierzig verschiedene, größere und kleinere Widerstandsgruppen haben sich im Irak gebildet. Unter anderem bestehen sie aus Anhängern der Baath-Partei oder aus kommunistischen Abwechtlern, welche die offizielle Kommunistische Partei des Irak wegen ihrer als Verrat empfundenen Unterstützung der Besatzer verabscheuen, darüber hinaus aus Nationalisten, aus Gruppen versprengter irakischer Soldaten und Offizieren sowie aus vorerst noch ziemlich kleinen religiösen Splittergruppen sunnitischen und schiitischen Ursprungs. Die irakischen Dichter Saadi Youssef und Mudhaffar al-Nawab, die einst von Saddam brutal verfolgt wurden und sich noch im Exil befinden, gelten heute als das Gewissen der Nation. Mit ihren wütenden Gedichten klagen sie die Besetzung des Irak an und schleudern Worte der Verachtung gegen die Kollaborateure. Youssef schreibt:

*„Ich spucke in die Gesichter der Kollaborateure. / Ich werde auf ihre Listen spucken. / Ich erkläre, wir sind das irakische Volk, / Wir sind der Stammbaum dieses Landes / und stolz unter unserem bescheidenen Bambusdach.“*

Und Al-Nawab schreibt:

*„Und vertraut niemals einem Freiheitskämpfer, / der ohne Waffen auftaucht. / Glaub mir, ich wurde in diesem Krematorium verbrannt. / Die Wahrheit ist, ihr seid nur so groß wie eure Kanonen. / Die, die nichts als Messer und Gabeln besitzen, / die haben nur Augen für ihren Magen.“*

Das Bezeichnende am derzeitigen Widerstand ist, dass er nicht zentral organisiert ist – die klassische erste Stufe des Guerillakampfes gegen eine Besatzungsmacht. Es bleibt abzuwarten, ob diese Gruppen eines Tages zur nächsten Stufe übergehen und eine Nationale Irakische Befreiungsfront errichten werden.

Der Gedanke an die Vereinten Nationen als „ehrlicher Makler“ kommt den meisten Irakern nicht mehr. Die UN gelten ihnen als Teil des Problems. Abgesehen von der UN-Geschichte als Verwalter der Sanktionen und Unterstützer anglo-amerikanischer Bombenangriffe, die zwölf Jahre lang gegen den Irak geflogen wurden, hat der Beschluss des Sicherheitsrats vom 16. Oktober 2003 die UN erneut in Misskredit gebracht, indem er die „positive Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf die Einrichtung eines provisorischen Regierungsrats in Bagdad, der breite Schichten der irakischen Bevölkerung repräsentiert“, begrüßte.

Dem charmanten Betrüger Achmed Tschalabi wurde ein Sitz als Vertreter des Irak bei den Vereinten Nationen angeboten. Hier drängt sich die Erinnerung daran auf, wie die Vereinigten Staaten und Großbritannien länger als ein Jahrzehnt darauf gedrungen hatten, Pol Pot nach seinem Sturz durch die Vietnamesen seinen Sitz bei den UN zu belassen. Für den UN-Sicherheitsrat kommt es vor allem auf die herrschaftssichernde Gewalt an, und derzeit gibt es nur eine Macht, die zu ihrer Anwendung in der Lage ist. Nicht zufällig setzen viele in der südlichen Hemisphäre und anderswo auf der Welt die UN mit den USA gleich.



Der Nahe Osten ist derzeit zweifach Schauplatz ausländischer Besatzung: in den Palästinensergebieten, die von Israel (unter Mithilfe der USA) besetzt sind, und im Irak. Anfangs waren die Palästinenser durch den Fall Bagdads demoralisiert, doch die Entwicklung des irakischen Widerstandes verlieh ihnen neuen Mut. Nach der Eroberung Bagdads riet der israelische Premierminister Ariel Scharon den Palästinensern, „zur Vernunft zu kommen, jetzt, da euer Beschützer verschwunden ist“ – als ob der Kampf der Palästinenser von einem Diktator wie Saddam oder irgend einer anderen Person abhinge. Die alte koloniale Vorstellung, Araber seien ohne Anführer verloren, wird derzeit in Gaza wie in Bagdad entkräftet. Wenn Saddam Hussein morgen ein toter Mann wäre, würde der Widerstand entgegen amerikanischer Vermutung eher zunehmen als schwinden.

Und die Zukunft? Früher oder später werden alle ausländischen Truppen den Irak verlassen müssen. Ziehen sie nicht freiwillig ab, werden sie dazu gezwungen werden. Ihre andauernde Präsenz (sowie die in ihrem Tross folgenden Konzerne) verleiht der Gewalt steten Auftrieb. Sobald die irakische Bevölkerung selbst über sich bestimmen kann, wird sie über die inneren Strukturen und die Außenpolitik des Landes entscheiden. Bleibt, trotz aller Gefahren des Chaos und des Zerfalls, die Hoffnung auf Demokratie und soziale Gerechtigkeit auch in diesem Land – eine Formel, deren Feuer einst ganz Lateinamerika erfasst hat. Die Iraker haben, im Unterschied zu Saddams Zeiten, schon heute etwas, worauf sie jenseits aller blutigen Auseinandersetzungen stolz sein können: eine echte Opposition.

Deutsch von Eva Christine Koppold (SZ 5.11.03)

Tariq Ali: „*Bush in Babylon: The Re-Colonisation of Iraq*“

## Ratschlag von Attac Deutschland

### Erklärung des Ratschlags zu Antisemitismus und zum Nahostkonflikt, 19.10.2003

*Anm. der Redaktion: ATTAC und Antisemitismus? Dieser unglaubliche Zusammenhang ist kürzlich in die öffentliche Diskussion geraten. Die von ATTAC gelebten Grundsätze der Frankfurter Erklärung aus 2002 stehen antisemitischem Denken diametral gegenüber. Um jedoch jeden möglichen Zweifel auszuräumen und sich zu der Situation in Palästina/Israel zu positionieren, verabschiedete der Ratschlag folgende Erklärung:*

Zur Diskussion um Antisemitismus und den Nahostkonflikt erklärt der Ratschlag von Attac:

1. Die Positionen von Attac sind nicht antisemitisch. Es gab und es gibt bei Attac keinen Platz für Antisemiten. Wir betrachten die Auseinandersetzung mit Antisemitismus, Rassismus, Nationalismus und anderen reaktionären Ideologien als eine ständige Aufgabe.
2. Dabei sehen wir weiteren Diskussions- und Klärungsbedarf gegenüber Themen wie „struktureller Antisemitismus“ und „Anschlussfähigkeit von Antisemitismus“ und anderer offener Fragen, die aufgeworfen wurden. Dazu werden wir in den kommenden Monaten einen gründlichen Diskussionsprozess organisieren – konstruktiv und mit Respekt für unterschiedliche Ansichten. Der nächste Schritt ist ein Workshop im Januar.
3. Wir lehnen alle Versuche von Antisemiten und Neonazis ab, die mit sog. „Querfrontstrategien“ zielgerichtet versuchen, Anschlussstellen an die globalisierungskritische, die Friedens- und andere soziale Bewegungen zu finden.
4. Im Umgang mit diesen hochkomplexen und äußerst sensiblen Thema haben wir in Deutschland eine besondere Verantwortung, die sich als unausweichliche Konsequenz des faschistischen Sonderwegs Deutschlands 1933-45 ergibt. Wir können aus der deutschen Geschichte nicht einfach austreten.
5. Wir sind uns auch darüber einig, dass eine solche Herausforderung nicht bewältigt werden kann, wenn wir uns von Karikaturen einer Kritik, wie sie von einigen der sog. „Antideutschen“ kommt, unter Druck setzen lassen.
6. Grundlage der Position von Attac Deutschland zum Palästina-Problem sind die in der Attac-Erklärung von 2002 festgesetzten Ziele, das internationale Recht und die Ablehnung des Versuchs der führenden Staaten der Welt, den Prozess neoliberaler Globalisierung auch militärisch durchzusetzen und abzusichern. Der Kampf gegen die neoliberale Globalisierung und der Wille, „die Zukunft unserer Welt wieder gemeinsam in die Hände zu nehmen“, sind mit dem Kampf für den Frieden, für

die Menschenrechte und für das politische Selbstbestimmungsrecht der Palästinenserinnen und Palästinenser untrennbar verbunden.

7. Die ständige Negierung der Rechte der Palästinenserinnen und Palästinenser durch die israelische Regierung drückt sich u.a. in der fortwährenden Besatzung, den wiederholten Bombardements der Lager, der systematischen Zerstörung ziviler Einrichtungen und dem aktuellen Mauerbau aus. Wir sind jeden Tag entsetzt, wie der Staat Israel die Verfolgung und Unterdrückung der Palästinenserinnen und Palästinenser weiter verschärft und wie die mehrfache Verurteilung seiner Politik durch die UNO folgenlos bleibt.
8. Wir anerkennen das Recht der Palästinenserinnen und Palästinenser auf Widerstand. Doch wir lehnen die entsetzlichen Selbstmordattentate ab, und verurteilen entschieden deren Instrumentalisierung. Auch sie verhindern ein friedliches Zusammenleben zwischen Israelis und Palästinensern. Unser Beitrag in Deutschland zur Beendigung der Selbstmordattentate und zur Verhinderung einer Dominanz von fundamentalistisch-religiösen und antidemokratischen Positionen besteht darin, diejenigen aktiv zu unterstützen, die eine Beendigung der Besatzung mit demokratischen Mitteln erreichen wollen.
9. Unsere Haltung in der Palästina-Frage beruht auf folgenden Grundsätzen:
  - Einhaltung sämtlicher Palästina-Resolutionen, die bislang von der UNO verabschiedet wurden. Diese fordern den Rückzug Israels aus allen seit 1967 besetzten Gebieten, das prinzipielle Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge, den Abbau der israelischen Siedlungen in den palästinensischen Gebieten und die Lösung der Jerusalemer-Frage.
  - Unterstützung des Rechts von Israelis und Palästinenser auf lebensfähige Staaten mit international garantierten Grenzen.
  - Solidarität mit den israelischen und palästinensischen Friedensbewegungen.

Aachen, 19. Oktober 2003

## Podiumsdiskussion: Felicia Langer

### **Aus einer Rede von Felicia Langer in Wien im September 2002**

*Ähnliche Ausführungen machte F.Langer in Aachen, diese wurden leider nicht aufgezeichnet.*

(...)Der weltweit bekannte Dichter Mahmoud Darwish, ein Goethe der Palästinenser, wurde gefragt, warum so viele Palästinenser bereit sind, sich in die Luft zu sprengen und zu sterben. Es sind Hunderte, unter ihnen Frauen, nicht nur die Fundamentalisten, die Hamas-Leute. Das ist eine neue Situation. Mahmoud Darwish antwortete, dass das Problem der neuen Beziehung der Palästinenser zum Tod nur gelöst werden kann, wenn man ihnen **die Pforte zum Leben öffnet**. Man muss den Palästinensern die Pforte zum Leben öffnen! Und wir haben die Pforte zum Leben zugesperrt, hermetisch abgeriegelt! Das ist die Antwort. Das ist auch die Antwort der Friedensbewegung in Israel, derjenigen, die heute nicht da sind.

(...) **Zum Terror möchte ich noch folgendes sagen:** Ein Journalist in Hebron sagte nach der ersten Invasion, es sei Sharon gelungen, die nächste Generation von Selbstmordattentätern heranzuzüchten. Das heißt, jede Aktion, jede Hinrichtung durch die israelische Armee ist eine Provokation, die die Gewaltspirale weiterdreht, wenn wir das Wichtigste – die Räumung der besetzten Gebiete – nicht tun. **Wir sind seit 35 Jahren Besatzer und wir zahlen auch mit Blut dafür. Aber am meisten zahlen die Palästinenser.** Es gibt UNO-Resolutionen, die verlangen, dass die Gebiete zu räumen sind. Die *UNO-Resolution 242*, die es seit 35 Jahren gibt, sagt klar, dass *Landerwerb durch Krieg unzulässig* ist und die *Gebiete geräumt werden müssen*. **Die Palästinenser sind zum Kompromiss bereit, auf nur 22% des historischen Palästina neben Israel einen Staat zu errichten.** Und was ist unsere Antwort? *Wir haben den Schlüssel zum Frieden.*

Ich möchte Ihnen noch sagen, warum das alles möglich ist. Es ist möglich, weil der Boss in Washington sitzt. Dort sitzt der Weltsheriff, wir sind der regionale Sheriff. ... In unserer Heimat ist alles entweder „American made“ oder „American paid“. Die Verteilung der Pflichten ist folgende: Die Amerikaner liefern oder bezahlen die Waffen – F 16, verschiedene schreckliche Waffen, die man gegen Zivilisten einsetzt. **Der amerikanische Steuerzahler bezahlt, um das zu zerstören, was die EU-Steuerzahler gebaut haben.**

(...) Sie haben auch die Verhandlungen von Camp David erfahren. **Es gibt eine Legende über Camp David.** Nämlich die, dass wir den Palästinensern alles versprochen haben, dass wir, das heißt Barak, eine wunderbare Initiative starteten und dass unsere Vorschläge fast großzügig waren, und die Palästinenser haben das abgelehnt. Die Wahrheit ist, dass das, was wir, die Israelis, in Camp David vorschlugen, für die Palästinenser unannehmbar war.

Fast alle Siedlungen bleiben, wir werden sie annektieren. Das Jordantal soll für Jahre gepachtet werden, danach Jerusalem. Nur ein paar Ortschaften werden palästinensisch, der Rest ist israelisch. Die Grenzübergänge werden unter israelischer Kontrolle sein. Das Westjordanland wird durch Siedlungen zerteilt. Und die Flüchtlingsfrage ist überhaupt keine Frage mehr. Das heißt also, es gibt keinen Palästinenser, der so einen Vorschlag akzeptieren konnte. Und die Palästinenser haben gesehen, dass man verhandelt und

gleichzeitig unterdrückt, dass man verhandelt und lügt, dass man verhandelt und schikaniert, denn die Bewegungsfreiheit war gleich Null. Das alles war ein Nährboden für den Aufstand.

Der Terror ist völkerrechtswidrig. Man muss ihn beenden und verurteilen. Ich habe zum Beispiel jahrelang als Israelin Tausende Palästinenser verteidigt, aber nie einen Palästinenser, der einen Terrorakt begangen hatte. (...) **Aber ein Aufstand als letztes Mittel gegen Besatzung entspricht dem Völkerrecht.** Unsere Friedenskräfte Gush Shalom, Frauen in Schwarz, Fraueninitiativen für den Frieden und Menschenrechtsorganisationen sind derselben Auffassung. Was kam danach? Unsere Friedenskräfte, die konsequent sind, nicht Peace Now aber Peace Block und die anderen, nicht viele, aber doch ein wesentlicher Teil der Bevölkerung haben gesagt, dass die Palästinenser für Gerechtigkeit und Freiheit kämpfen. Sollen wir die Okkupation bestehen lassen? Die Besatzung tötet uns! Gehen wir weg! Es muss ein palästinensischer Staat neben Israel bestehen, die Flüchtlingsfrage muss in einer gerechten Weise gelöst werden.

Aber Barak hat anders gehandelt. Er wollte mit Gewalt diesen Aufstand zermürben. Und Sie wissen, dass der Aufstand am Anfang, sicher zwei Monate lang, kein bewaffneter war, so wie die erste Intifada. Aber Barak antwortete mit soviel Gewalt und Tötung von Menschen, dass diese, aufgewühlt, mit Hass und Rachegefühlen, sagten, dass sie getötet würden, obwohl der Aufstand gewaltlos oder fast gewaltlos verlief. So würden auch sie mit Waffen gegen Israel kämpfen.

(...) Was bedeuten die Straßensperren in den besetzten Gebieten? Ich habe das Buch „Quo Vadis“ meiner Enkelin Naomi gewidmet. Warum Naomi? Sie war am Anfang der Intifada elf Monate alt. Ich habe ihr das Buch gewidmet im Namen der Säuglinge, die an den Straßensperren starben, weil man nicht in ein Krankenhaus gelangen konnte. **Als Jüdin und Israelin, als Überlebende des Holocaust (indirekt, denn direkt ist mein Mann Überlebender), habe ich die Lehre aus dem Holocaust gezogen. Ich habe die Pflicht dazu. Meine Lehre daraus ist Menschlichkeit.**

(...)Ich möchte Ihnen noch über einen Teil meines Lebens und was ich damals gesehen habe erzählen. 1967, als ich mein Büro eröffnete und anfangs als Jüdin und Israelin Palästinenser zu verteidigen, hörte ich das erste Mal: „Sie ist eine Jüdin, aber eine gute Jüdin.“ Ich habe das andere Gesicht meines Volkes gezeigt und ich habe die ganze Palette der Unterdrückung dieser Jahre gesehen. *Ich habe die Wunden von Folterungen, die Zerstörung von Häusern, die Vertreibung von Menschen, die Zerstörung von Bäumen gesehen. Ich habe die Kolonisierung der besetzten Gebiete gesehen.*

Kommen wir zur Lösung. **Die Lösung ist klar: Zwei Staaten für zwei Völker.** Danach könnte eine Föderation möglich sein. Aber die Lösung kann nicht sein, dass ich einen oder zwei Meter zurückgehe und die Straßensperren und die Siedlungen bleiben, die Unterdrückung bleibt. (...) Was die Palästinenser verlangen ist völkerrechtlich total einfach. **Selbstbestimmungsrecht!**

### **Die Verantwortung der Deutschen**

Gegen Ende ihrer Rede las sie aus ihrem Buch „Brücke der Träume“ vor (Sie berichtet über den Verlauf einer

Diskussionsveranstaltung): Zu guter Letzt kam die Frage aller Fragen, die bei jeder Veranstaltung gestellt wird: Wie können wir, die Deutschen, mit unserer Vergangenheit und unserer Schuld den Juden gegenüber, es wagen, Israels Taten zu kritisieren? Ich beantwortete sie besonders ausführlich, gerade weil sie von entscheidender Bedeutung ist. (...)

**In der Tat sind die Deutschen, gerade wegen ihrer Vergangenheit, dazu verpflichtet, sich überall einzumischen, wo Menschenrechte verletzt werden.** Sie haben schon einmal geschwiegen, wenn auch in einer anderen Zeit und unter anderen Umständen. Das Schweigen angesichts von Unrecht hat vor allem dann, wenn es den Opfern helfen könnte, die Stimme zu erheben, einen Beigeschmack von Mittäterschaft.

Wir, die Israelis, die Juden, können keinerlei Recht beanspruchen, als Opfer von gestern Täter von heute zu sein. Das Testament unserer Toten, der Toten des Holocaust, macht eine klare Aussage. Wir haben auch kein Recht, die Schuldgefühle der Deutschen zu funktionalisieren, so wie Israel das tut, und sie, was unsere Taten angeht, zum Schweigen zu verurteilen, damit wir ungestört, jeder Einmischung und Kritik entzogen, die Palästinenser unterdrücken können. Wer behauptet, dass man die Menschenrechtsverletzungen Israels, die dem Völkerrecht zuwiderlaufen, nicht anprangern dürfe - also etwas nicht tun dürfe, was die Menschenrechtsorganisationen in Israel und in der Welt schon seit Jahren tun -, weil das Antisemitismus sei, wer das behauptet, der lügt wissentlich, frech und erpresserisch, um die Stimmen der Kritik zum Schweigen zu bringen.

Substanzlose Anschuldigungen wie diese müssen mit allem Nachdruck zurückgewiesen werden, ebenso die Einschüch-

terung, eine Kritik an Israels Verhalten könnte den Applaus der falschen Seite herbeiführen.

Die Deutschen müssen ihre Verpflichtung, die aufgrund ihrer Vergangenheit im Vergleich mit anderen Völkern doppelt und dreifach wiegt, ganz entschieden wahrnehmen und gegen jedes Anzeichen von Rassismus,

Menschenrechtsverletzungen, Antisemitismus oder Fremdenhass, in welcher Form auch immer, ankämpfen. Darin ist auch eine äußerst klare Botschaft an jene „falsche Seite“ enthalten. Denn nicht diese ist es, welche Menschen mit Gewissen ihre Position diktiert. Die Reaktion der „falschen Seite“ wird immer so geartet sein, Menschen von der Unterstützung einer gerechten Sache, wo auch immer, abzuhalten. Wir Israelis und Juden haben auch kein Recht, die Deutschen wegen ihrer Vergangenheit über Generationen hinweg für untauglich zu erklären, ihren Standpunkt in Fragen der Moral zu äußern, oder aber sie kollektiv eines quasi angeborenen Antisemitismus zu bezichtigen. Das ist Rassismus, und dieser bleibt hässlich wie jede andere Form von Rassismus, auch wenn seine Vertreter die Opfer von gestern sind.

Die besten unserer Töchter und Söhne in Israel und außerhalb verurteilen die Unterdrückung und wenden sich an die Gemeinschaft der Welt, inklusive der Deutschen, ihre Solidarität mit den Opfern auszudrücken.

**Freundschaft mit Israel, ja, aber eine kritische Freundschaft, andernfalls ist sie reiner Betrug. Solidarität ist die schönste Blume der Menschheit, sagten die Frauen Guatemalas - und ich ebenso.“**

Aus: Felicia Langer

Brücke der Träume - Eine Israelin in Deutschland

## **Podiumsdiskussion: Thomas Seibert, Medico International**

Medico international ist seit 1968 engagiert in der solidarischen Unterstützung von sozialen Bewegungen des globalen Südens, in Mittel- und Lateinamerika, in Afrika und Asien, im Mittleren und Nahen Osten. Seit den frühen 80er Jahren in Israel-Palästina, lange mit Schwerpunkt in den palästinensischen Lagern im Libanon, auch deshalb, weil wir den Oslo-Prozess von Anfang an als völlig unzureichend abgelehnt haben. Auf dringliche Anfrage unserer Partnerorganisationen leisten wir erst seit ein paar Jahren finanzielle und politische Hilfe auch im Autonomiegebiet.

(...) Wir haben uns stets als Teil der internationalen Solidaritätsbewegung gegen koloniale und postkoloniale Herrschaft und Ausbeutung verstanden und verstehen uns zugleich als Teil der weltweiten Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung. Wir sind deshalb Mitgliedsorganisation von attac.

In diesem Sinne haben wir im zurückliegenden August ein internationales Seminar des israelisch-palästinensischen „Alternative Information Center“ in Bethlehem mitfinanziert, das den Titel trug: „Ein Mittlerer Osten ohne Krieg ist möglich: Der palästinensische Kampf und die Globalisierung“.

Warum diese Vorrede? Ich wollte klar machen, vor welchem Erfahrungshintergrund ich spreche und zum Krieg in Israel-Palästina Stellung nehme.

Um diese Erfahrung jetzt auf den Punkt zu bringen:

Ich bzw. wir sind der Überzeugung, dass der israelisch-palästinensische Konflikt in seinem Wesen ein kolonialer Konflikt ist. **Wir lehnen jede Form kolonialer Herrschaft**

**und Ausbeutung ab und fordern deshalb das Ende der Besatzung der Autonomiegebiete, den Rückzug der israelischen Armee, den sofortigen Stopp des Mauerbaus, die Auflösung der israelischen Siedlungen im Autonomiegebiet und die symbolische Anerkennung des Rückkehrrechts der palästinensischen Flüchtlinge im Libanon.**

Wir sind der Überzeugung, dass, wenn man von Israel-Palästina spricht, man zuerst von diesen Forderungen und von der Gewalt des israelischen Staates sprechen muss, gegen die sich diese Forderungen richten.

Unsere über 30 jährige Erfahrung in der solidarischen Unterstützung anticolonialer sozialer Bewegungen hat uns aber auch **schmerzlich die Grenzen der Solidarität gelehrt.**

Wir haben erleben müssen, wie Befreiungsbewegungen in Angola und Mosambik, die wir in ihrem Kampf unterstützten, an die Macht gelangt Diktaturen errichteten, unter denen die Menschen dort noch heute leiden. Wir haben die Beziehungen zur heute ebenfalls autoritär regierenden Ex-Befreiungsbewegung Namibias abgebrochen, als wir erfuhren, welchen Terror sie in ihrem eigenen Lager gegen die eigenen Leute verübt hat. (...)

Mit einem Satz: Aus dem Widerstand gegen koloniale Herrschaft und Ausbeutung und der Solidarität mit Menschen, die gegen sie um ihre Rechte kämpfen, kann nicht umstandslos eine Unterstützung von Institutionen, Organisationen und Bewegungen abgeleitet werden, die sich als „antikolonial“ bezeichnen.



Im Gegenteil: Nicht selten gilt es, Menschen nicht nur gegen ihre primären Unterdrücker, sondern auch gegen ihre vorgeblichen Befreier zu verteidigen.

**(...)Die gegenwärtige Intifada ist auch, aber nicht nur ein Befreiungskampf von Palästinenserinnen und Palästinensern gegen die israelische Besatzung.**

Sie ist auch ein Kampf, in dem Palästinenser von anderen Palästinensern unterdrückt, ja sogar in Leib und Leben geopfert werden, und sie ist ein Kampf, von dem eine unerträgliche Gewalt gegen unschuldige Menschen in Israel ausgeht. Die Selbstmordattentate werden in ihrem spezifischen Grauen, ihrer inakzeptablen Brutalität verfehlt, wenn sie – was immer wieder geschieht – als Verzweiflungstaten einzelner Menschen gedeutet werden. Sie entspringen vielmehr einer **systematisch angewandten und durchorganisierten Strategie**, hinter der eben nicht nur die im Übrigen von vielen Palästinensern unterstützten islamischen Organisationen Hamas und Dschihad stehen, sondern auch große Teile des militanten Flügels der Al-Fatah als der größten palästinensischen Befreiungsorganisation. Der Terror der Selbstmordattentate ist über lange Zeit von der dominanten Kräfte der palästinensischen Autonomiebehörde wenigstens in Kauf genommen worden.

Das lässt vielen Menschen in Palästina und Israel keine Ruhe, und es kann von uns nicht ignoriert werden.

Sicher: **Die Gewalt in Israel-Palästina ist von einer extremen Asymmetrie gezeichnet**, einer Asymmetrie, die sich auch an der blutigen Mathematik der Opferzahlen ablesen lässt. **Trotzdem gibt es in diesem Konflikt auch eine Symmetrie: Nicht im Ausmaß der Gewalt, wohl aber in der Logik ihrer Anwendung.** Israelische Armee und palästinensische Guerilla über einen Terror aus, in dem es nur noch um die Traumatisierung und Demütigung des jeweiligen anderen geht, und es ist dieser Terror, der einer demokratischen Lösung des Konfliktes im Wege steht.

Selbstverständlich müssen die palästinensischen Forderungen erfüllt werden. Doch die Politik der Mehrheit der palästinensischen Nationalbewegung ist nicht geeignet, diese Forderungen durchzusetzen. Dem müssen wir ins Auge sehen.

Man muss und kann hier konkret werden.

**Das Scheitern** der in ihrer Mehrheit nicht-religiösen, bürgerlichen-nationalistisch oder von links her inspirierten, palästinensischen Nationalbewegung der 60er, 70er und 80er Jahre hat diese **Nationalbewegung** und mit ihr die ganze Gesellschaft massiv verändert.

**Linke Organisationen** – die kommunistische Partei, die PFLP und die DFLP – sind heute ein Schatten ihrer selbst.

Die **bürgerliche Nationalbewegung der Al-Fatah** und die von ihr dominierte Autonomiebehörde unterstehen dem autoritären Netz ihres lange Jahre ins libanesische und später tunesische Exil vertriebenen alten Kommandanten. Sie bilden eine in weiten Teilen korrupte Elite, die sich vor allem der ausländischen Ressourcen bemächtigt, die ins bitter arme Palästina strömen. Diese Elite ist ein Trauerspiel, das auch in vielen anderen Ländern des verelendeten Südens gespielt wird – vor allem am Erhalt der eigenen Pfründe interessiert.

Mit massiver Unterstützung aus den zumeist autoritären Staaten des arabischen bzw. islamischen Raums haben **Hamas und Dschihad** das Vakuum besetzt, das der Zerfall der emanzipatorischen Kräfte der Nationalbewegung hinterlassen hat. Hamas ist zuerst eine soziale Bewegung, die sich durch eine in die gesamte palästinensische Gesellschaft ver-

zweigte Struktur von zivilgesellschaftlichen und karitativen Organisationen Anerkennung und Unterstützung erworben hat. Die Geschenke des Islamismus aber sind vergiftete Geschenke – davon können die Frauen und die Jugendlichen Palästinas traurige Geschichten erzählen, Geschichten, die mich jedenfalls nicht weniger empören als die alltägliche Erniedrigung der Palästinenserinnen und Palästinensern durch die israelische Besatzung.

Und wenn ich an die tausenden jungen Menschen denke, die von Hamas, Dschihad und vom militanten Flügel der Fatah zur Fußtruppe ihrer reaktionären und antiemanzipatorischen Politik gemacht werden, erfüllt mich das mit Zorn nicht nur über die Gewalt des israelischen Staates, die diese Menschen zur Hamas führt, sondern auch mit Zorn über ihre religiöse, militärische und politische Führer, denen ich jede Solidarität verweigere.

Sich trotzdem für die palästinensischen Forderungen einzusetzen heißt folglich, **die Friedens- und Demokratisierungsbewegungen in Palästina und Israel zu unterstützen**, die in beiden Gesellschaften heute nur Minderheiten bilden. Heißt die Menschen zu unterstützen, die in Israel und Palästina heute zwischen den Fronten kämpfen, weil sie sich für die legitime Forderungen der Palästinenserinnen und Palästinenser einsetzen und sich zugleich für umfassende Entmilitarisierung und Demokratisierung in Israel und in Palästina einsetzen, gegen die Gewalt des israelischen Staates und die Gewalt der Mehrheit der palästinensischen Nationalbewegung.

Das Verhältnis beider Gewalten ist – ich sagte es schon extrem asymmetrisch, und ohne das Ende der Besatzung, den Rückzug der Armee, die Beendigung des Mauerbaus, die Auflösung der Siedlungen und die symbolische Anerkennung des Rückkehrrechts & generell die Anerkennung des Unrechts der Nakba, der Vertreibung, kann es weder Frieden noch Demokratie geben.

Doch auch nicht ohne ein Ende der militarisierten Intifada, ohne Bekämpfung der islamistischen Gewalt nicht nur der Selbstmordattentate, sondern auch der islamistischen Gewalt deren Opfer vornehmlich palästinensische bzw. arabische Frauen und Jugendliche sind, d.h. der Gewalt des islamischen Patriarchats.

Frieden und Demokratie wird es auch nicht mit dieser Autonomiebehörde geben. Deshalb **fordern** unsere Partner von der Union des palästinensischen medizinischen Hilfskomitees und viele andere Organisationen die Demokratisierung Palästinas, konkret heute die Wahl eines palästinensischen Ministerpräsidenten nicht durch die korrupten Organe der Autonomiebehörde, sondern durch die Bürgerinnen und Bürger im Autonomiegebiet selbst, **in freier, allgemeiner und direkter Wahl.**

**Frieden und Demokratie im Nahen Osten fordern schließlich auch die Anerkennung des Menschheitsverbrechens des Holocaust.** Diese letzte Forderung wird nicht von uns an die Palästinenserinnen und Palästinenser herangebracht, sie wird von Menschen in Palästina selbst erhoben, beispielsweise vom kürzlich verstorbenen Edward Said, der zugleich entschieden für die Rechte der Palästinenser eintrat. Selbstverständlich entscheiden die Palästinenser selbst über ihre Politik. Nicht ausgeschlossen, dass in freier, allgemeiner und direkter Wahl auf den Block aus militanter Fatah, Hamas und Dschihad die Mehrheit der Stimmen fallen wird, wie ja auch auf Sharon eine Stimmenmehrheit gefallen ist.

**Wir entscheiden über Form und Inhalt unserer konkreten Solidarität.** Die meine und die von medico gilt den mutigen Palästinenserinnen und Israelis, die zugleich pro-palästinensisch und pro-israelisch sind – für Frieden, Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Israel und Palästina, gegen Krieg, Besatzung, gegen den Siedlerkolonialismus und gegen die terroristische Gewalt, natürlich nicht zuletzt, gegen die kapitalistische Globalisierung, deren Verelendungsdynamik auch zu den Gründen des Krieges in Israel-Palästina gehört.

**Und: Wir entscheiden über unser Verhältnis zu Holocaust und Antisemitismus in Deutschland.** Deshalb ist es unsere Aufgabe, **unsere Worte so zu wählen, dass Rechten, Rassisten und Antisemiten der Anschluss verwehrt ist.** Die Regel dafür ist einfach: Gelingt es ihnen, sich uns anzuschließen, dann haben wir ein Problem, und wir müssen dann dafür eine Lösung finden. Das ist ohne Genauigkeit nicht zu haben, auch ohne lange Diskussionen nicht, für die ich uns die notwendige Offenheit und Achtsamkeit auch auf scheinbar harmlose Redewendungen wünsche. Der millionenfache Tod der Lager, vergessen wir das nie, ist ein Meister aus Deutschland, und das von ihm verursachte Grauen, das zum Grauen im Nahen Osten einen wesentlichen Teil beigetragen hat und noch immer beiträgt, wurde in deutscher Sprache gedacht, geplant und planmäßig durchgeführt. Was in dieser Sprache anklingt, auch was da nebenher mit anklingt, ist und bleibt vom Holocaust gezeichnet.

Das alles klingt kompliziert und sieht einfache Lösungen, auch einfache Parteinahme aus der „richtigen Seite“ der Front nicht vor. Einfacher aber ist emanzipatorische Politik nicht zu haben, nicht für die Palästinenserinnen und Palästinenser unter der erniedrigenden israelischen Gewalt, nicht für die Israelis, deren Gesellschaft sich auch unter dem Druck des islamistischen Terrors hinter der reaktionären Politik Sharons sammelt, und nicht für uns.

Dass eine Lösung weit weg zu sein scheint, entbindet uns aber nicht von der Suche nach ihr, und in dieser Suche sind Identitätsbegriffe wie „das palästinensische Volk“, oder „die Intifada“ oder gar – so wörtlich vor einer Woche auf einem Treffen des Frankfurter Friedensbündnisses „die bewaffneten Kräfte des palästinensischen Volkes“ wenig hilfreich.

Worauf also, zum Schluss, solidarisch sich beziehen?

Es gibt – in Israel-Palästina – wie anderswo Kämpfe gegen Krieg und Besatzung und für Demokratisierung auf allen Seiten. Die Menschen, die sie ausfechten, finden sich in Israel-Palästina zwischen den Fronten, verfolgt von israelischer Besatzung, doch angegriffen auch von islamistischer Reaktion und militarisiertem Nationalismus. Die globalisierungskritische Bewegung sollte diese Menschen als Teil ihrer selbst begreifen und daraus politische, aber auch in materieller Hinsicht alle Konsequenzen ziehen.

Thomas Seibert, Okt.2003 (Ich danke Jan Sievers für seine Mithilfe)

S. auch [www.medico.de](http://www.medico.de)

---

**Christina Pfestroff**

## **Unilaterale Aussetzung des EU-Israel-Assoziierungsabkommens gefordert.**

Seit mehr als sieben Jahren gewährt die EU Israel so genannte Präferenzbegünstigungen beim Export von Waren in EU-Mitgliedsstaaten. So können israelische Anbieter beispielsweise Weine, Gebäck, Blumen, Gemüse und Trockenfrüchte - aber auch Maschinenbauteile - zu günstigen Zolltarifen in die Europäische Union einführen. Rechtsgrundlage dafür ist ein 1995 mit Israel geschlossenes Assoziierungsabkommen, wie es die EU im Rahmen der euro-mediterranen Partnerschaft (»Barcelona-Prozeß«) mit fast allen Mittelmeer-Anrainerstaaten geschlossen hat.

Artikel 2 dieses Abkommens verlangt von allen Partnern der EU allerdings die Respektierung von Menschenrechten und demokratischen Prinzipien. In all diesen Abkommen ist die so genannte Menschenrechtsklausel als »wesentlicher Bestandteil« definiert. Die Verletzung von Artikel 2 stellt damit einen Rechtsgrund für die sofortige vollständige oder teilweise unilaterale Aussetzung des entsprechenden Abkommens dar.

**Das Europäische Parlament hat am 10. April 2002 eine Resolution verabschiedet, die die Aussetzung des Assoziierungsabkommens mit Israel verlangt. Bislang ist die EU nicht ihrer Rechtspflicht nachgekommen, auf Israels langjährige Praxis der Nichtkooperation hinsichtlich bindender völkerrechtlicher Standards durch unilaterale Maßnahmen zu reagieren.**

Seit der Ratifizierung des Abkommens bescheinigen die israelischen Zollbehörden systematisch Produkten, die aus den illegalen israelischen Siedlungen in der Westbank kommen, einen Warenursprung in Israel und bringen sie so in den Genuß der Präferenzbedingungen. Obwohl die Europäische Kommission seit langem von der unrecht-

mäßigen Zertifizierung dieser Produkte mit dem zollrechtlich maßgeblichen »Made in Israel« weiß, hat sie bisher keine Wege und Umwege gescheut, um zu vermeiden, die Handelsbestimmungen des Assoziierungsabkommens mit Israel korrekt umzusetzen. Damit die EU Streit mit der israelischen Regierung vermeiden konnte, haben die Zollbehörden der Mitgliedsstaaten jahrelang zusehen müssen, wie sich immer mehr erstaunliche Unregelmäßigkeiten und problematische Präzedenzfälle anhäufen konnten.

Israels Politik der Verweigerung, an der Umsetzung internationaler Rechtsstandards mitzuwirken, ist das eine Problem. Das andere ist die erstaunliche Toleranzschwelle ihrer europäischen Partner, die gegenwärtige Haltung und Praxis der israelischen Regierung hinzunehmen. Dieses Verhalten der Europäischen Union widerspricht der Pflicht ihrer Mitgliedsstaaten, die grundlegenden Menschenrechte der palästinensischen Bevölkerung zu schützen. Sie alle sind nämlich Vertragsparteien der internationalen Völkerrechtskonventionen, insbesondere der Vierten Genfer Konvention zum Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten von 1949. Dadurch haben sie eine Rechtspflicht, die Einhaltung des humanitären Völkerrechts unter allen Umständen zu sichern.

Eine tolerante Haltung gegenüber Israels gegenwärtiger Politik untergräbt in wachsendem Ausmaß die Möglichkeiten der EU, sich wirksam für den unbedingten Schutz des humanitären Völkerrechts für alle Völker einzusetzen. Dieses Verhalten bringt die Europäische Union in einen zweifelhaften Ruf und verstärkt das Bewußtsein von Verlassenheit und Verzweiflung bei der palästinensischen Bevölkerung.

*Anm. der Redaktion: Dieser Artikel aus den Jungen Welt ist vor mehr als einem Jahr erschienen (6.5.2002), hat leider an Aktualität nichts verloren.*

# Michael Schneider

## Seit wann ist Okkupation zu relativieren?

### EINSEITIGE WAHRNEHMUNG EINES "ASYMMETRISCHEN KONFLIKTS"

#### Auch das deutsch-jüdische Verhältnis blockiert eine Verständigung zwischen Israelis und Palästinensern

Aus: Freitag Nr.40, 26.09.03

Soeben hat die EU auch den politischen Arm der Hamas auf die Liste der Terror-Organisationen gesetzt; doch dass es sich bei der gezielten Liquidierung von Hamas-Funktionären durch die israelische Armee um eine neue Qualität des Staatsterrorismus handelt, kommt EU-Politikern nicht in den Sinn, geschweige denn über die Lippen. Nach der Ankündigung des Kabinetts Sharon, Jassir Arafat ins Exil zu zwingen, droht die Lage in den Autonomiegebieten vollends außer Kontrolle zu geraten.

"Es gilt, diese ›falsche Symmetrie‹, die Israelis und Palästinenser auf eine Stufe stellt, sowie die Ideen von den ›Extremisten auf beiden Seiten‹ zu kritisieren", schreibt der französische Publizist Alain Gresh, Chefredakteur von *Le Monde diplomatique*, über die verzerrte Wahrnehmung eines Konfliktes, den er mit vollem Recht einen "asymmetrischen Konflikt" nennt. "Diese Sicht wird manchmal von guten Gefühlen gespeist und vom ehrlichen Wunsch nach einem Frieden auf der Grundlage von zwei nebeneinander bestehenden Staaten. Aber dies berücksichtigt weder die asymmetrische Lage beider Völker noch die Leiden, die 35 Jahre Besatzung hervorbringen. Über zwei Drittel der Palästinenser, die in der Westbank und im Gazastreifen leben, haben ihr Leben lang die Präsenz einer ausländischen Streitmacht erfahren. Alle wurden gedemütigt, zu Hunderttausenden wurden sie verhaftet, Tausende wurden gefoltert. Andere sind gestorben, verletzt oder für immer behindert. Die Anerkennung dieses grundlegenden Unterschieds zwischen Besatzern und Besetzten ist ein Grundprinzip jeder Solidarität. Dies bedeutet wiederum nicht, dass die Sorgen und Leiden der Israelis nicht berücksichtigt werden sollten, die - selbst wenn sie die starke Seite in dieser Gegnerschaft darstellen - in ständiger Angst leben."

#### Kollektivstrafe für ein vogelfreies Volk

In ihrem jüngsten Buch *Gaza. Tage und Nächte in einem besetzten Land* schildert Amira Hass, israelische Journalistin und Tochter einer Familie, die den Holocaust überlebt hat, wie sie erst in Gaza, später in Ramallah jahrelang Tür an Tür mit Palästinensern wohnte und die täglichen Demütigungen durch die Besatzungsmacht, aber auch die systematische Misshandlung palästinensischer Gefangener erlebte. In der Abriegelung des Gaza-Streifens, begründet mit Sicherheitsinteressen, sieht sie eine "Kollektivstrafe", die zur **Verarmung** großer Teile der Bevölkerung und zum Kollaps der Wirtschaft geführt hat: Palästinenser können ihre Arbeitsplätze in Israel nicht erreichen, in Gaza produzierte Waren können nicht ausgeliefert werden, den versprochenen "Korridor" ins Westjordanland gibt es nicht. In Gaza selbst ist die Versorgung mit Wasser und Strom oft unterbrochen, die extrem ungerechte Steuerpolitik bewirkt, dass die Palästinenser für die eigene Unterdrückung zahlen.

Den **Geburtsfehler des Friedensprozesses** sieht Amira Hass darin, dass - während sich die Palästinenser einen eigenen Staat, Freizügigkeit und verbesserte Lebensbedingungen erhofften - Israels Politik unvermindert auf den Ausbau der

Siedlungen gerichtet war: "Die Blöcke jüdischer Siedlungen und das Netzwerk der neuen Straßen sind der Nagel zum Sarg eines zusammenhängenden palästinensischen Staates, welche Form er auch immer annehmen mag."

Die israelische Autorin Tanya Reinhart, Linguistik-Professorin in Tel Aviv, führt in ihrem eben erschienenen Buch *Operation Dornenfeld* die unerbittliche Logik dieser **Expansionspolitik** noch weiter aus. Vor allem widerlegt sie eine zentrale israelische Propagandalüge, die längst zum Common Sense der westlichen Öffentlichkeit geworden ist: die Behauptung, Arafat sei schuld am Scheitern der Camp David-Gespräche im Juli 2000.

Während Israels damaliger Premier Barak die eigenen großen Siedlungsblöcke nicht antasten, sondern sie sogar noch um palästinensische Gebiete erweitern wollte, stimmte er in Camp David scheinbar zu, Ost-Jerusalem zur Hauptstadt eines künftigen Palästinenser-Staates zu erklären. In Wirklichkeit handelte es sich um das an Ost-Jerusalem angrenzende Dorf Abu-Dis, das den arabischen Namen für Jerusalem, nämlich El-Ouds tragen sollte - ein Trick, doch Arafat akzeptierte. Der entscheidende Punkt, der die Verhandlungen dennoch scheitern ließ, war das Ansinnen Baraks, beide Seiten müssten ein "endgültiges Abkommen" unterzeichnen - für die Palästinenser unannehmbar, weil sie damit ihre Ansprüche auf die UN-Resolutionen 194 und 242 von 1948 beziehungsweise 1967 aufgegeben hätten. Erstere garantiert das Rückkehrrecht palästinensischer Flüchtlinge, letztere fordert den Abzug der israelischen Armee aus den im Sechs-Tage-Krieg besetzten Gebieten. Nach Camp David standen die Palästinenser als "friedensunwillige Extremisten" da, die jeglichen Kompromiss verweigern. Dabei hatten sie das **Äußerste an Kompromissfähigkeit** gezeigt, indem sie einem palästinensischen Staatsgebiet von **nur 22 Prozent** des ursprünglichen britischen Mandatsgebietes Palästina zugestimmt hatten. Was erwarten die Besatzer eigentlich noch von den Besetzten?

Wer wollte bei dieser Faktenlage ernstlich bestreiten, dass der virulente **Kern** des gesamten Konfliktes die seit 35 Jahren anhaltende israelische **Besatzungs- und Siedlungspolitik** ist, die in diversen UN-Resolutionen verurteilt wurde? Dass folglich das Haupthindernis des Friedensprozesses nicht bei den Besetzten, sondern bei den Besatzern liegt, bei ihrer notorischen Weigerung, den notwendigen Preis für den Frieden zu zahlen? Wenn dem aber so ist, dann gibt es nur einen Weg zur Lösung des Konfliktes: Die Internationale Gemeinschaft übt verschärften politischen und wirtschaftlichen Druck auf den militärisch haushoch überlegenen Partner dieses "asymmetrischen Konfliktes" aus und nutzt - wenn dieser nicht nachgibt - alle **Sanktionsmöglichkeiten**, die auch sonst gegen Staaten eingesetzt werden, wenn sie sich bindenden UN-Resolutionen fortgesetzt verweigern.

Statt sich einer solchen Konsequenz zu stellen, sieht Westeuropa der mörderischen Eskalation des Konfliktes in vornehmer diplomatischer Zurückhaltung lieber zu.



Schließlich handelt es sich nicht um irgendein Land, gegen das man im Falle anhaltender Völker- und Menschenrechtsverletzungen sofort Sanktionen verhängen würde, sondern um Israel, das aufgrund eines singulären Verbrechens, des Holocausts, einen **Sonderstatus** genießt. Und wer, gar noch als Deutscher, sei er Politiker, Journalist oder Intellektueller, es wagt, die israelische Politik gegenüber den Palästinensern offen zu kritisieren, wer etwa fordert, die deutschen Waffenexporte nach Israel zu stoppen, der gerät hierzulande sofort unter Antisemitismus-Verdacht.

### **Jüdischer Staat und deutscher Philosemitismus**

Damit sind wir bei einem anderen Aspekt der Blockade des Friedensprozesses: dem deutsch-jüdischen Verhältnis, das trotz aller Versöhnungs- und "Normalisierungs"-Versuche noch immer **hochgradig belastet**, ja, in einem paranoiden Zirkel förmlich gefangen ist. Natürlich lastet auf dem Israel-Palästina-Konflikt die Erinnerung an den Holocaust. Sowohl die israelischen als auch die europäischen und deutschen Stellungnahmen sind durch dieses monströse Verbrechen geprägt. Dass die Israelis wie auch die in Deutschland lebenden Juden besonders empfindlich auf jegliche Form des Antisemitismus reagieren, ist aus historischen Gründen nachvollziehbar. Doch die Behauptung, mit der sich als erster Henrik M. Broder hervortat und die seither zum Standard-Argument vieler deutscher Publizisten gehört, dass der "linke Antisemitismus" heute das Gewand des Antizionismus angelegt habe, ist eine böswillige Unterstellung und politisch kontraproduktiv, weil damit die öffentliche Debatte um die Palästinenser-Politik Israels von vornherein blockiert und **zum Tabu erklärt** wird. Gewiss pflegen sich heute etliche Antisemiten und Holocaust-Leugner hinter dem Antizionismus zu verstecken. Doch der unvermeidliche Beifall von der falschen Seite entledigt nicht der politischen Pflicht, die gebotene Auseinandersetzung mit der **zionistischen Ideologie**, die den historischen Anspruch Israels auf Judäa und Samaria - sprich: auf die besetzten Gebiete - aus dem Alten Testament ableitet, öffentlich zu führen, und dies auch in Deutschland.

Hier setzt eine längst verinnerlichte **Denkblockade** ein. Bekanntlich leiden nicht nur die Kinder und Nachfahren der Holocaust-Opfer an einem Verfolgungstrauma, das ihnen gleichsam reflexhaft gebietet, jedwede Kritik an der Politik des Staates Israels als Infragestellung seiner Existenz zu deuten und diese sogleich als "antisemitisch" oder "anti-jüdisch" zu verdächtigen; auch die Kinder der Tätergeneration leiden offenbar an einem Schuldkomplex, den sie durch einen moralisch unanfechtbaren **Philosemitismus** und eine hundertprozentige Identifikation mit dem Staate Israel zu kompensieren suchen. Dabei war es gerade Adorno, der den nach 1945 verordneten deutschen Philosemitismus mit größter Skepsis betrachtete. Das betonte "Lob der Juden" und ihrer kulturellen Leistungen war ihm stets verdächtig, weil es ihm allzu sehr nach Kompensation und Rationalisierung der verdrängten antisemitischen Affekte schmeckte: "Lobreden auf die Juden, welche diese als Gruppe absondern, geben selber dem Antisemitismus allzu viel vor", heißt es in Erziehung zur Mündigkeit.

Auch waren - und sind es immer wieder - namhafte jüdische Philosophen, Historiker und Schriftsteller, die den Zionismus als nationalistiche Ideologie und Staatsform vehement kritisieren. So hat der jüdische Philosoph Ernst Tugendhat für Die Zeit vom 22. Februar 1991 (Der Golfkrieg, Deutschland

und Israel) die Deutschen nachdrücklich davor gewarnt, den Argumenten des offiziellen Israel blindlings zu folgen. Seine Hauptthese ist, dass die Deutschen ihre historische Schuld an den Juden nicht bewusst und nicht rational aufgearbeitet haben und dass sie deshalb auch vor den Forderungen des zionistischen Staates, die nicht mit dem Interesse des jüdischen Volkes an guter Nachbarschaft mit den arabischen Völkern identisch sind, fast automatisch "einknicken". "Wird die Schuld, die man empfindet, nicht bewusst aufgearbeitet ..., dann hat das zur Folge, dass man sich zu seinem Gegenüber so verhält, dass man alles tut, was er glaubt, was man zu tun hätte. **Man gibt also die Autonomie des eigenen Urteilens preis**, und das Gegenüber hat so die Chance, die eigene Schuld zu manipulieren. Es gibt Menschen und auch Staaten, die auf dem irrationalen Schuldgefühl eines anderen virtuos wie auf einem Klavier spielen können. So tun es auch die Israelis mit den Deutschen." Hätte ein nicht-jüdischer Deutscher diese Sätze geschrieben, man hätte gewiss nicht gezögert, ihn mit der bewährten Keule des "linken Antisemitismus" zum Verstummen zu bringen.

In seinem jüngsten Buch *Zweierlei Israel* wirft der bekannte israelische Historiker Moshe Zuckermann der offiziellen israelischen Politik die "Zionisierung und Instrumentalisierung der Shoah" vor: "Es ist im Zionismus, wie er sich nach 1945, besonders nach 1948 entwickelte, angelegt, dass die Shoah zionisiert wurde ... Den Zionismus der sozialistischen Ideale gibt es nicht mehr. Es gibt das Klein-Israel von 1967 nicht mehr, weil es die grüne Grenze auch im Bewusstsein nicht mehr gibt. Der **Zionismus** ist aus einer Befreiungsbewegung zu einer expansionistischen Bewegung, zu einer **kolonialen Bewegung** geworden, die noch immer den Namen des Zionismus trägt, aber mit der Ursprungsidee des Zionismus nichts mehr zu tun hat ... Mittlerweile sind die Hauptträger des Zionismus die Siedler, und so apostrophieren sie sich auch: Wir sind heute die eigentlichen Pioniere."

### **Ihr wollt das größere Israel? Kein Problem. Schafft die Demokratie ab**

Im Mai kritisierte Zuckermann in einem Interview (\*) auch die verharmlosende deutsche Sicht auf die israelische Okkupationspolitik, die selbst von vielen deutschen Linken relativiert werde: "Ich glaube, dass die Leute hier in Deutschland sehr abstrakt über Israel reden und **weniger die Realität wahrnehmen** ... Seit wann sind Okkupationen zu relativieren? In dem Moment, wo ein Land sich expansionistisch gebärdet, sei es aus kolonialistischen oder imperialistischen Motiven, sei es aus vorgeblichen Sicherheitsgründen, muss das aus linker Position heraus verurteilt werden. Ich bin auch der Meinung, dass wir nicht nur jetzt, sondern schon 1948 den Palästinensern eine große Katastrophe beigebracht haben: die Nakba, die große Katastrophe. Da kann kein Deutscher hingehen und sagen: So schlimm ist es nicht gewesen. Die Katastrophe des anderen kann doch nicht relativiert werden."

Bis heute wird die Nakba vom israelischen Staat geleugnet, in seinen Schulbüchern ist nicht etwa von "Vertreibung", sondern von "Flucht der Araber" nach 1948 die Rede, und die Geschichte des Volkes Zion wird der heranwachsenden Generation nach wie vor in religiöser Überhöhung und orthodoxer Mythisierung dargeboten: "Von der Diaspora zur Auferstehung" und so weiter, wie die israelische Autorin Kli Zisapel beim jüngsten Trilateralen Deutsch-Israelisch-

Palästinensischen Autorentreffen in Idar-Oberstein ausführte (s. Freitag v. 19. 9. 2003). In einem autobiografischen Text stellte sie dar, wie sehr das zionistische Weltbild noch heute Alltag und Erziehung der jungen Generation bestimmt: "Ich konnte mir überhaupt nicht vorstellen, dass auch die Geschichte, die ich zum Abitur paukte, Propaganda genannt werden könnte ... Es scheint mir, dass meine Unschuld auf einmal geschändet wurde, dass ich eines Tages aufgewacht bin und festgestellt habe, dass ich Bürgerin eines verbrecherischen Staates bin und Tochter eines sündigen Volkes ... Ich nahm sie das erste Mal erst vor zehn Jahren wahr, diese Last auf meinem Rücken. Wie ist das möglich? Die Verbrechen, die Israel gegenüber den Palästinensern begeht, dauern ja schon ein halbes Jahrhundert an ...George Steiner behauptet, dass der jüdische Intellektuelle zwei Möglichkeiten hätte: seinen Status als kritischer Humanist zu bewahren oder in Israel zu leben und sich in den Nationalstaat zu integrieren. Das ist die Wahl zwischen ›der Heimat und dem Text‹. Ich wähle nicht. Ich befinde mich zwischen dem Hammer und dem Amboss."

Auf meine Frage, ob denn die junge Generation der Israelis zum Ausgleich mit den Palästinensern auf der Grundlage zweier koexistierender Staaten bereit sei, sagte Frau Zisapel: "Die meisten wollen den Frieden, aber den Preis dafür wollen sie nicht zahlen!"

Aber - und dies sollte endlich auch der Westen begreifen - es wird keinen Frieden geben, solange Israel den Preis dafür nicht zahlen will. Es gibt **keinen Mittelweg** zwischen Krieg und Frieden, zwischen israelischer Besatzung und palästinensischer Autonomie, zwischen Siedlungspolitik und

staatlicher Koexistenz, wie Avraham Burg, Knesset-Abgeordneter der Arbeitspartei, in einem leidenschaftlichen Plädoyer ausführte: "Der Premierminister sollte den Bürgern folgendes sagen: Die Zeit der Illusionen ist vorbei, die Zeit der Entscheidungen ist angebrochen... Zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer gibt es keine klare jüdische Mehrheit mehr. Und darum, Mitbürger, ist es nicht möglich, das Ganze zu bewahren, ohne einen Preis dafür zu zahlen. **Wir können nicht eine palästinensische Mehrheit unter unserem Stiefel halten und uns zugleich einbilden, die einzige Demokratie im Nahen Osten zu sein.** Es kann keine Demokratie geben ohne gleiche Rechte für alle, die hier leben, Araber wie Juden. Wir können nicht die Gebiete behalten und eine jüdische Majorität erhalten - nicht mit Mitteln, die menschlich sind, moralisch und jüdisch. Ihr wollt das größere Land Israel? Kein Problem. Schafft die Demokratie ab. Lasst uns ein effektives System der Rassentrennung einführen, mit Straf- und Internierungslagern. Ihr wollt eine jüdische Majorität? Kein Problem. Entweder ihr setzt die Araber in Eisenbahnwaggons und Busse, auf Kamele und Esel und werft sie raus - oder Ihr sondert euch vollständig von ihnen ab, ohne Tricks und Kniffe. Es gibt keinen Mittelweg. Wir müssen unsere Siedlungen abreißen und eine international anerkannte Grenze ziehen zwischen dem Heim der jüdischen Nation und dem Heim der palästinensischen Nation."

(\*) siehe "ak" vom 16. Mai 2003

Michael Schneider ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von ATTAC D

## Sophia Deeg

### Vorschlag zur Positionierung von ATTAC Deutschland

*Sophia Deeg ist Mitglied von Attac München. Wir veröffentlichen Auszüge einer Vorlage, die im Anschluss an den Workshop Frieden für Israel und Palästina auf der attac-Sommerakademie 08/03 überarbeitet wurde.*

#### Innerisraelischer Widerstand

Der militaristische Charakter Israels wird von einer wachsenden Minderheit gerade junger Israelis abgelehnt, die den Dienst in der Armee aus diesem und anderen grundsätzlichen kritischen Erwägungen heraus verweigern. Die Kritik betrifft auch das Janusgesicht der israelischen Demokratie, die für die jüdischen Bürger des Staates gilt, nur eingeschränkt aber für die (immerhin rund 20%) arabischen Israelis. Obwohl zur Zeit in der israelischen Gesellschaft ein rassistischer Diskurs vorherrscht, stellt sich eine bedeutende Minorität der Israelis außerhalb dieses Konsens; sie wollen nicht Bürger eines Staates sein, der elementarste demokratische, menschen- und völkerrechtliche Grundsätze missachtet. Sie sehen darüber hinaus mit großer Sorge, dass ihre "Heimstatt" durch die auf militärische Gewalt und auf Unterdrückung basierende Politik ihrer Regierung alles andere als sicher ist. Sie sehen die Selbstmordattentate auf israelische Zivilisten als Folge dieser Politik. Sie wollen mit den Palästinensern gleichberechtigt zusammenleben und halten dies auch für durchaus möglich, wenn sich die Politik Israels und das Selbstverständnis des Staates grundlegend ändern, d.h.

wenn er sich nicht mehr als jüdischer Staat, sondern als Staat seiner BürgerInnen definieren würde. Dafür sehen sie allerdings derzeit kaum Anzeichen, schätzen andererseits die Gefahren, die für die Palästinenser und für die Menschen der gesamten Region von der Neuordnung des Nahen Osten im Sinne einer totalen und gewaltsamen Unterwerfung unter US- (und untergeordnet: europäische) Hegemonie, als so bedrohlich an, dass ihre Priorität im gemeinsamen Widerstand - von Palästinensern und Israelis - gegen die Besatzung liegt. Dabei hoffen sie - Israelis und Palästinenser - auch auf die Unterstützung der internationalen Zivilgesellschaft, wie sie uns Europäern beispielsweise auf dem Europäischen Sozialforum in Florenz eindringlich versichert haben. Denn solange die US-Administration, engstens verquickt mit der Petro- und der Rüstungslobby, die israelische Regierung im Namen der gemeinsamen Ambitionen in der Region annähernd bedingungslos unterstützt und ihre Verbrechen gegen die palästinensische Bevölkerung deckt, sind die israelisch-palästinensischen Friedenskräfte schwach. Ebenso wenig Hoffnung können sie in die europäische und insbesondere die deutsche Nahostpolitik setzen, die den amerikanisch-israelischen Vorgaben gehorsam zu folgen pflegt. Hier sollten Überlegungen von Attac ansetzen, mit welchen Kräften in Palästina und Israel Zusammenarbeit und Solidarität angezeigt ist, wenn man "mit Israel solidarisch" sein will. Dabei sollte auch nicht übersehen werden, mit welcher Entschlossenheit, welchem

Mut und unter wie großen persönlichen Opfern Israelis Widerstand leisten, wenn sie beispielsweise grundsätzlich den Dienst in der Armee verweigern und dafür Gefängnis und gesellschaftliche Stigmatisierung auf sich nehmen.

Die skizzierten Positionen finden sich in Israel bei der Friedensgruppe *Gush Shalom*, bei manchen Intellektuellen wie Ilan Pappé oder Moshe Zuckermann, in der israelisch-palästinensischen Linkspartei *ODA*, der israelisch-palästinensischen AktivistInnengruppe *Ta'ayush*, bei der *Koalition der Frauen für einen gerechten Frieden*, beim israelischen Komitee gegen die Häuserzerstörung (ICAHD), bei KriegsdienstverweigererInnengruppen wie *New Profile* oder *Yesh Gvul* und anderen. (Sie alle bezeichnen sich im Unterschied zu anderen Israelis, die glauben, Frieden sei auch ohne Gerechtigkeit zu haben, als "anticolonial". (...))

### **Die arabischen Regimes - Instrumente von Manipulation und Beherrschung**

In der arabischen Welt finden die Palästinenser keine wirksame Unterstützung, wie sehr sich auch die Menschen in den arabischen Ländern den Palästinensern emotional verbunden fühlen. Doch sie leben alle, genau wie die Palästinenser in der Westbank und Gaza selber, unter undemokratischen Regimes, zumeist Geschöpfen der USA und jedenfalls in tiefer Abhängigkeit von ihr. Diese Regime haben weder die Interessen der eigenen Bevölkerung noch die der Palästinenser im Auge. Ein demokratischer Palästinenserstaat ist keineswegs in ihrem Sinne, weil er ihre Herrschaft bedrohlich in Frage stellen würde.

Die Einsetzung und Aufrechterhaltung der arabischen Regimes, auch das des "palästinensischen Gebildes", liegen im Interesse der USA sowie Europas und auf der Linie ihrer Bestrebungen, die arabischen Länder mit ihren Ressourcen (vor allem dem Öl) und ihrer geostrategischen Bedeutung zu kontrollieren. Diesem Interesse dient auch der "strategische Brückenkopf Israel" im Nahen Osten. Jegliche Ansätze einer Demokratisierung oder Selbstbestimmung der Bevölkerung dieser Region sind immer vereitelt worden. Dem diente einerseits die dulddende Förderung der Islamisten durch den Westen in diesen Ländern (so der Hamas durch Israel), andererseits die Unterstützung der korrupten Regimes, die jegliche demokratische Entwicklung verhindern, wobei sie finanziell, militärisch und geheimdienstlich eng mit den USA bzw. Israel und Europa zusammenarbeiten. Von der Eroberung und Besetzung des Irak durch die Koalition der Willigen und Regimewechseln im Irak und oder Palästina (so der Einsetzung von Abu Mazen/Dahlan) ist keine Veränderung im Sinne einer Demokratisierung und Selbstbestimmung zu erwarten, weil und solange es Pläne aus den USA, von Israel oder Europa ("von außen" und "von oben", ohne Einbeziehung der betroffenen Gesellschaften) sind.

Dieses Modell der Manipulation und Beherrschung lag auch dem Oslo-Abkommen zugrunde, bei dem sich Israel bewusst an die seinerzeit (Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre, 1. Golfkrieg) politisch und finanziell geschwächte PLO und an Arafat als Verhandlungspartner hielt. Dieser Partner war bereit, alle elementaren palästinensischen Forderungen (s.o., UN-Resolutionen) zur Disposition zu stellen, wenn man ihm und seinen Getreuen dafür die Ausübung der Macht in Gaza und der Westbank überließ. Diese Machtausübung bestand

vor allem in der Verfügung über die reichlich fließenden Gelder aus Europa und von anderswo und in der Macht über die eigene Bevölkerung.

Auch Rabin, Peres, Barak und der Arbeitspartei ging es nie um Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe und ein faires Abkommen, sondern lediglich darum, die in vieler Hinsicht für Israel (auch moralisch) kostspielige Kontrolle und Verwaltung der besetzten Gebiete in die Hände einer willfähigen palästinensischen Behörde zu legen, um selbst von dieser Belastung befreit zu sein. Dies lässt sich am Wortlaut der Oslo-Abkommen ablesen, die alle für die Palästinenser elementaren Aspekte im Unverbindlichen belassen, sowie auch an der entsprechenden Politik Israels in den Jahren des sogenannten Friedensprozesses (zum Beispiel am zunehmend vorangetriebenen Siedlungsbau) und an der Politik der palästinensischen Autonomiebehörde (PA), die nicht nur, wie längst bekannt, korrupt gewirtschaftet hat, sondern fast nichts im Sinne einer ordentlichen Verwaltung, Verbesserung der Versorgung etc. der Bevölkerung in der Westbank und Gaza getan hat. Vielmehr hat die PA in enger Absprache mit den israelischen Sicherheitsbehörden und finanziert vor allem durch die EU, den Aufbau diverser Geheimdienste und Polizeikräfte betrieben, womit mehrere Ziele bis 2000 relativ erfolgreich verfolgt wurden: Viele Familien hatten ein gewisses Einkommen und waren versorgt. Ihre Abhängigkeit und relative Loyalität der PA gegenüber war sichergestellt. Vor allem aber gelang es, sowohl extremistische und gewaltbereite Kritiker des Osloprozesses als auch die demokratisch gesonnenen Kritiker der PA einzuschüchtern und zu verfolgen sowie die demokratischen Strukturen, die vorhanden oder im Entstehen begriffen waren, zu zerstören bzw. außer Kraft zu setzen. Bei der Bewerkstelligung dieser Aufgabe funktionierte während all der Jahre die Zusammenarbeit mit israelischen und amerikanischen Geheimdiensten vorzüglich und war im Rahmen der Road Map problemlos wiederzubeleben.

Diese repressive Politik der PA, zusammen mit derjenigen Israels, die alle Hoffnungen der Menschen in Palästina enttäuschte, konnte nur die gewaltbereiten Kräfte in der palästinensischen Gesellschaft stärken, während sie die gemäßigten, konstruktiven Kräfte schwächte. Dennoch kann man davon ausgehen, dass die gemäßigten, demokratischen Kräfte in der Westbank und Gaza nach wie vor den Mainstream ausmachen. Man vermutet, dass bei Wahlen die Islamisten nicht mehr als 20-22% der Stimmen auf sich vereinigen könnte.

### **Palästinensische Alternativen**

Die politischen Wurzeln derjenigen Personen und Gruppierungen, die einem linken bis bürgerlichen demokratischen Spektrum zuzurechnen sind, reichen zurück in die erste Intifada, die ja stark basisdemokratisch geprägt war. Oder aber sie setzen sich aus Menschen zusammen, die Anfang bis Mitte der 90er Jahre in der Hoffnung aus dem Exil zurückkehrten, ihre meist hohe Qualifikation in den Aufbau eines demokratischen, selbstbestimmten und prosperierenden Palästina einbringen zu können.

Die erste palästinensische Verhandlungsdelegation, die mit israelischen Vertretern in Madrid und dann in Washington zusammentraf, bestand aus VertreterInnen aus der Westbank und Gaza, die mit der Intifada verbunden und allgemein in der palästinensischen Gesellschaft verwurzelt und anerkannt



waren und sind, z.B. Haider Abdel Shafi, Hanan Ashrawi oder Mustafa Barghouti. Diese Delegation wurde durch zunächst geheime Verhandlungen der "Tunesier" (Arafat nahestehend) mit israelischen Regierungsvertretern in Oslo hintergangen und schließlich abgelöst. Sie hatte, anders als die Osloer Delegation, weder das Rückkehrrecht der Flüchtlinge, noch die zahlreichen anderen durch internationales Recht und UN-Resolutionen verbürgten palästinensischen Ansprüche von vornherein abgeschrieben, weshalb Israel diese Verhandlungen scheitern ließ und sich eine Delegation aussuchte, die leicht zu manipulieren war.

Die VertreterInnen der Madrider Delegation und andere aus ihrem Umkreis wurden 1994 zahlreich in den Legislativrat (das palästinensische Parlament) gewählt, der in der Folge aber durch die PA systematisch in seinen gesetzgebenden und kontrollierenden Funktionen boykottiert wurde. (So hat sich Arafat z.B. beharrlich geweigert, die vom Parlament verabschiedete Verfassung zu ratifizieren.)

Die palästinensischen Persönlichkeiten und Kräfte, die mit den entsprechenden antikolonialistischen israelischen Strömungen (s.o.) und mit der globalisierungskritischen Bewegung zusammenarbeiten, waren zum Teil an der ersten Intifada beteiligt, manche an den Madrider Verhandlungen und sind in palästinensischen Parteien wie der links-sozialdemokratischen PPP oder in Menschenrechtsorganisationen oder NGOs, vor allem zur medizinischen Versorgung der Bevölkerung, organisiert. Sie haben auch während der Jahre des sogenannten Friedensprozesses immer wieder versucht, sich zu Wort zu melden, um ihr Konzept einer Demokratisierung der palästinensischen Gesellschaft und eines politischen Widerstandes gegen die Besatzung in Palästina und international zu Gehör zu bringen. Sie wurden jedoch für dieses Aufbegehren gegen die PA brutal verfolgt und mundtot gemacht und international nicht wahrgenommen. Im Sommer 2002 traten sie erneut als politische Alternative in Erscheinung, als sie "Almubadara" ("Die Initiative") ins Leben riefen und in der palästinensischen Gesellschaft darüber eine Diskussion in Gang setzten. Al Mubadara ist wieder ein Konzept zur basisdemokratischen Mobilisierung der palästinensischen Gesellschaft gegen die Besatzung und zum Aufbau demokratischer staatlicher Strukturen. Derzeit entstehen wohl auch wieder wie in der ersten Intifada Volkskomitees, also basisdemokratische Strukturen, beispielsweise in den Flüchtlingslagern, um das Überleben, den Widerstand und die politische Willensbildung von unten zu organisieren.

Diesen alternativen palästinensischen Strömungen wird von der europäischen und amerikanischen Politik keine Beachtung geschenkt, was nicht verwunderlich ist, da sie deren Zielsetzungen (der Manipulation und Beherrschung) in Israel/Palästina und im Nahen Osten nicht entsprechen.

Auch die Medien und die Öffentlichkeit in Europa und den USA sind nur schwer, jenseits der bekannten Klischees von "Islamismus", "Terror" und "Arafat", für die ganze palästinensische politische Realität und den gemeinsamen zivilgesellschaftlichen Widerstand zu interessieren, den es inzwischen gibt: von Palästinensern und Israelis, zusammen mit der globalisierungskritischen Bewegung. Für attac als Teil der Bewegung liegt es nahe, sich hier zu engagieren.

## Die Bewegung der Bewegungen und Israel/Palästina

(...) Im Aufruf der Sozialen Bewegungen, der auf dem 2. Weltsozialforum in Porto Alegre (2/2002) entstanden ist heißt es unter anderem: "Die Ereignisse des 11. September haben eine dramatische Wende eingeleitet. Nach den terroristischen Anschlägen, die wir ohne jeden Vorbehalt verurteilen, so wie wir alle Angriffe gegen Zivilisten überall auf der Welt verurteilen, haben die USA mit ihren Alliierten einen gewaltigen militärischen Gegenschlag eingeleitet. Im Namen des 'Krieges gegen den Terror' werden überall auf der Welt Bürgerrechte und politische Rechte in Frage gestellt. (...) Wir stehen am Anfang eines permanenten globalen Krieges (...). Die Opposition gegen diesen Krieg ist eines der konstitutiven Elemente unserer Bewegung. (...) Die Destabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens hat zugenommen, sie liefert den Vorwand für eine verschärfte Unterdrückung des palästinensischen Volkes. Wir halten es für dringend notwendig, in Solidarität mit dem palästinensischen Volk und seinem Kampf um Selbstbestimmung aktiv zu werden (...). Diese Frage ist von vitaler Bedeutung für die kollektive Sicherheit aller Völker dieser Region." (nachzulesen unter: [www.forumsocialmundial.org.br](http://www.forumsocialmundial.org.br))

(...)Die "**andere internationale Gemeinschaft**", die **globalisierungskritische Bewegung** sah sich in der Verantwortung. So sind **seit 2001 kontinuierlich internationale AktivistInnen** in den besetzten Gebieten, insgesamt einige Tausend, um:

- die Bevölkerung vor Übergriffen der Armee zu schützen;
- den laut internationalem Recht legitimen Widerstand gegen die Besatzung sowie die basisdemokratische Selbstorganisation der Bevölkerung zu schützen und zu ermöglichen;
- als ZeugInnen über die Verhältnisse zu berichten, nachdem die Medienpräsenz durch die Repressionen von Armee und Grenzbehörden immer geringer wird;
- durch diese unmittelbare, aktive Solidarität mit den Menschen unter der Besatzung ihnen Mut zu machen, sie in ihrem Widerstand zu unterstützen, sie in ihrer Würde und Menschlichkeit anzuerkennen;
- der Perspektivlosigkeit, Verzweiflung, die eine kleine Minderheit unter den jungen Palästinensern zu Selbstmordattentaten auf unbeteiligte israelische Zivilisten treibt, die Erfahrung der internationalen Solidarität entgegenzusetzen.

Auf dem **Europäischen Sozialforum in Florenz im November 2002** zeigte sich, wie breit die Bewegung der "Zivilen Missionen zum Schutz der palästinensischen Bevölkerung" (französische Bezeichnung) aus der Mitte der globalisierungskritischen Bewegung bereits war, dass sie aus annähernd allen europäischen Ländern und dort aus verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen (Gewerkschaften, kirchliche Kreise, Betriebe, Universitäten, alternative Bauernvereinigungen, *attac* u.v.a.m.) kamen. Es zeigte sich auch, dass es sich dabei um eine Bewegung handelt, die in der Zielsetzung und der inhaltlichen Begründung mit AktivistInnen / Gruppen / NGOs aus der palästinensischen und der israelischen Gesellschaft übereinstimmt und zusammenarbeitet. Vertreter dieser **israelischen und palästinensischen Kräfte nahmen am 1. europäischen Sozialforum teil und**

**traten als Repräsentanten einer Bewegung gegen die Besatzung und für eine gemeinsame israelisch-palästinensische Perspektive** auf. Wiederholt betonten sie, dass sie auf die Solidarität der europäischen globalisierungskritischen Bewegung angewiesen sind. Konkret befürchten sie - und dies ist durch die Roadmap keineswegs ausgeräumt - eine noch martialischere israelische Entrechtungs-, Dezimierungs-, Aushungerungs- und Vertreibungspolitik gegenüber der ihr ausgelieferten palästinensischen Bevölkerung und für Israel eine weitere Militarisierung der Gesellschaft und Zerstörung der demokratischen Kultur, weiter zunehmenden Rassismus sowie weiteren Sozialabbau und eine verschärfte Polarisierung in Arm und Reich.

#### **Das Friedenskonzept der globalisierungskritischen Bewegung in Bezug auf Israel / Palästina:**

Konkret stellte Michel Warschawski vom AIC (Jerusalem) auf dem 3. Weltsozialforum in Porto Alegre (1/03) einige Grundprinzipien für eine Friedensbewegung im Sinne und im Rahmen der globalisierungskritischen Bewegung vor. (...) Michel Warschawski schlägt "demokratische Strategien" vor, bei denen den "Unterdrückten", den "demokratischen Kräften innerhalb des unterdrückenden Lagers" und "den weltweiten demokratischen Bewegungen" bestimmte Aufgaben zufallen. Ziel dieses gemeinsamen Vorgehens: "Den Angreifer zwingen, seine Angriffe zu beenden und die Einhaltung der Rechte der Angegriffenen zu akzeptieren."

Konkret bedeutet dies **für die Palästinenser**, dass "sie nicht nur das Recht, sondern die Pflicht" haben, "gegen ihre Unterdrückung Widerstand zu leisten", und zwar "mit allen für geeignet gehaltenen Mitteln". Allerdings schließt eine demokratische Konzeption "immer aus, dass auf einem legitimen Weg zum Erreichen der Freiheit unschuldige Zivilisten getroffen werden".

**Für die Israelis**, die sich für einen Frieden auf der Grundlage von Rechten einsetzen, bedeutet dies: Sie sollten auf die öffentliche Meinung in Israel einwirken und "aktive Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung" und "zivilen Widerstand in Israel selbst organisieren" und sich auch international für die Rechte der Palästinenser einsetzen.

**Für die internationalen Bewegungen** stellt Michel Warschawski vier Prioritäten fest:

- "Mobilisierung einer internationalen Massenbewegung gegen den Irakkrieg (und die weltweite us-britische Kriegstaktik)";
- "Stärkung und Koordination internationaler ziviler Missionen zum Schutz der palästinensischen Bevölkerung"
- "international koordinierte Kampagnen für u.a. "die Aussetzung von Handelsabkommen mit Israel", "ein Ende der Siedlungspolitik und der Besatzung";
- "Druck auf die Regierungen, um eine internationale Friedenskonferenz auf der Grundlage der UN-Resolutionen durchzusetzen".

Die Positionierung von *attac*-Deutschland **im Rahmen der internationalen Bewegung gegen Krieg und Besatzung und für einen Frieden auf der Grundlage von Rechten** liegt auf der Hand, zumal andere nationale *attac*-Gruppen sich längst aus den dargelegten Überlegungen und Erfahrungen heraus als Teil dieser Bewegung betrachten und entsprechen agieren.

Es mag manchen dennoch nicht einleuchten, warum sich *attac* ausgerechnet zum israelisch-palästinensischen Konflikt positionieren sollte, schließlich gibt es auch sonst "viel Elend und Unrecht auf der Welt".

Sobald wir uns dem Zusammenhang von neoliberaler Globalisierung und Krieg zuwenden, kommen in der Tat auch andere Konflikte in den Blick. Ihre Bedeutung soll nicht geschmälert werden, wenn wir (wie die weltweite globalisierungskritische Antikriegsbewegung auch) eine besondere Verantwortung in Bezug auf den israelisch-palästinensischen Konflikt postulieren. Dazu ist Folgendes festzuhalten:

- Es handelt sich um einen Konflikt, bei dem seit Jahrzehnten und in einem unerhört gesteigerten Maß seit drei Jahren systematisch, kontinuierlich und in massiver Form Völker- und Menschenrechte verletzt werden, Rechte, die die Grundlage einer universalen politischen Zivilisation bilden und für uns alle einen hohen Wert darstellen.

- Der Staat, der in dieser Weise Völkerrecht und internationale Abkommen verhöhnt (man denke nur an die über 70 UN-Resolutionen, die Israel nicht umzusetzen bereit ist), ist uns Europäern sehr nahe: historisch, geographisch, wirtschaftlich, kulturell und politisch.

- Die Unterstützung dieses Staates, vor allem wirtschaftlich, diplomatisch und militärisch durch die Bundesrepublik ist besonders intensiv. Die Unterstützung der für Frieden und Gerechtigkeit eintretenden Kräfte innerhalb der israelischen Gesellschaft durch uns, ihre potentiellen Partner, findet dagegen nicht statt. Indem wir uns nicht positionieren, auch als *attac*, positionieren wir uns sehr wohl: Wir unterstützen eine ganz bestimmte Politik, eine andere nicht.

- In Bezug auf den israelisch-palästinensischen Konflikt wird (durch Medien, Politik) das international anerkannte Recht auf Widerstand diffamiert, indem man den palästinensischen Widerstand mit Terror gleichsetzt. Auch wenn einzelne Palästinenser zu Mitteln eines falsch verstandenen "Widerstandes" greifen, die zu verurteilen sind, bedeutet dies nicht, dass die Palästinenser kein Recht hätten, sich gegen die Besatzung, **die** Manifestation von Gewalt und Unrecht, zu wehren. Dieses Recht wird von der globalisierungskritischen Bewegung anerkannt. Die Anerkennung der Legitimität des Widerstandes und die aktive Solidarität mit der Bevölkerung, die unter der Besatzung lebt, hat nachweislich dazu geführt, dass in der palästinensischen Gesellschaft eine Besinnung auf ihre Stärke stattgefunden hat. Ihre Stärke besteht einzig und allein darin, dass sie das Recht auf ihrer Seite hat. Unsere Verantwortung liegt darin, sie in dieser Überzeugung und entsprechendem politischen Handeln zu unterstützen.

- In der palästinensischen und der israelischen Gesellschaft gibt es bereits Kräfte, die sich seit Jahren und zum Teil gemeinsam für eine gerechte Lösung einsetzen, und die zunehmend mit der Bewegung der Sozialforen verbunden sind. Das ist ein Glücksfall und gibt Anlass zur Hoffnung, dass ein Frieden von unten, eine gemeinsam gestaltete Zukunft möglich ist. Es ist auch ein großes Verdienst dieser Israelis und Palästinenser, denen wir unsere Solidarität nicht länger verweigern sollten.

## Uri Avnery Die prächtigen 27

(...)Die Gush Shalom-Bewegung (zu der ich gehöre), veranstaltete eine öffentliche Tagung in Tel Aviv und lud eine Gruppe Professoren und Personen der Öffentlichkeit ein, um darüber zu diskutieren, ob unsere Armee Kriegsverbrechen begehe. Der Star des Abends war der Oberst Yigal Shohat, ein Kriegsheld, der während des Yom-Kippur-Krieges über Ägypten abgeschossen wurde. Ein hingebungs-voller ägyptischer Arzt amputierte sein Bein. Nach seiner Rückkehr studierte er Medizin und wurde selbst Arzt.

Mit einer vor Bewegung zitternder Stimme las er laut einen persönlichen Appell an seine Kameraden, die Piloten der Luftwaffe, vor und bat sie, Befehle zu verweigern, über denen die „schwarze Flagge der Illegalität“ weht (ein Ausdruck, der vom Militärtribunal im Zusammenhang mit dem Kafr Kassem-Massaker vor Gericht (1957) geprägt wurde). Zum Beispiel Befehle, über palästinensischen Wohngebieten Bomben abzuwerfen, um „gezielte Tötungen“ durchzuführen. Die Rede verursachte ein großes Echo. Aber dem Armeekommando gelang es, den „Schaden unter Kontrolle“ zu halten. (...)

Es schien so, als hätte sich Shohats Aufruf in dünne Luft aufgelöst – aber nun erweist es sich, dass dem nicht so war. Die Saat ging langsam auf. Besonders nachdem ein Pilot eine Ein-Tonnen-Bombe über einem Wohngebiet in Gaza abgeworfen hatte, um einen Hamas-Führer zu treffen. Er tötete noch 17 andere, Männer, Frauen und Kinder, die sich in der Nähe befanden. Viele Piloten kämpften seitdem mit ihrem Gewissen. Jetzt hat das Gewissen von 27 gewonnen.

Nach israelischer Mythologie sind die Kampfpiloten die Elite der Elite. Viele von ihnen sind Kibbuzmitglieder, die früher als die Aristokratie Israels angesehen wurden. (...)Die Piloten werden von Jugend an dahin erzogen, zu glauben, wir hätten immer recht und unsere Gegner seien üble Mörder; Armeekommandeure sich niemals irrten, ein Befehl ein Befehl sei, und wir niemals die Frage Warum? stellen sollten. (...) Die Kandidaten für das Flugtraining werden sorgfältig geprüft. Das Militär wählt solide, disziplinierte Jugendliche, auf die man sich verlassen kann, was den Charakter und ihre Ansichten betreffen. Zionisten und Söhne von Zionisten.

Dazu kommt, dass die Luftwaffe ein Clan, eine Sekte, ist, deren Mitglieder absolut loyal gegenüber der Luftstreitmacht und zu einander sind. Niemals gab es öffentlichen Streit oder Anzeichen einer Meuterei innerhalb der Luftwaffe.

All dies erklärt, warum die Piloten so lange mit sich selbst gekämpft haben, bevor sie in sich die geistige Kraft fanden, solch einen außergewöhnlichen, moralisch mutigen Schritt zu tun, den Brief zu veröffentlichen.

(...) So etwas hat sich nie zuvor in Israel ereignet. Wegen der besonderen Rolle der Luftstreitkräfte hat diese Verweigerung ein viel lauterer Echo gefunden als die Verweigerungsbewegung der Infanteriesoldaten, die etwa 500 Soldaten umfasst und sich dann bis heute so gehalten hat.

Das Armee-Establishment, die wirkliche Regierung Israels, spürt die Gefahr und reagierte, wie sie nie zuvor reagiert hat. Es begann mit einer wilden Kampagne der Diffamierung, der Hetze und des Rufmordes. Die Helden von gestern wurden über Nacht zu Volksfeinden. Alle Teile der Regierung – vom Ex-Präsidenten Ezer Weitzman bis zum Staatsanwalt, vom Außenminister bis zu den Politikern der Labour- und Meretz-Partei – wurden aktiviert, um die Meuterei der Piloten zu brechen. Der Gegenangriff wurde von den Medien angeführt. Niemals zuvor haben diese ihr wahres Gesicht so deutlich gezeigt wie dieses Mal. Alle Fernseh-Kanäle, alle Radio-stationen und alle Zeitungen – ohne Ausnahme! – offenbarten sich als Diener und Sprecher des Armeekommandos. Auch die liberale Ha'aretz widmete ihre Titelseite einem wilden Angriff auf die Piloten, ohne einem anderen Gesichtspunkt Raum zu geben.

(...) Außer einem einzigen Interview auf Kanal 2 wurde den Verweigerern nicht die Möglichkeit gegeben, ihren Standpunkt zu vertreten und gegenüber ihren Verleumdern Rede und Antwort zu stehen.

Zweifellos ist das Establishment besorgt. Vielleicht gelingt es ihm dieses Mal noch, die Ausbreitung des Protestes zu verhindern und andere potentielle Meuterer abzuschrecken, indem sie Furcht, erzeugen, diffamieren und mit Strafen drohen. Die Botschaft der 27 aber kann nicht mehr ausstrahlt werden.

Dieser Einsatz der Flieger hat dem Staat Israel mehr gedient als irgendeiner der Hunderte von Einsätzen im Laufe ihres Militärdienstes. Eines Tages wird Israel erkennen, was sie diesen tapferen 27 zu verdanken hat.

(Aus dem Englischen übersetzt: Ellen Rohlf's, vom Verfasser autorisiert) <http://www.uri-avnery.de> erstellt am 27.09.2003

### **Siebenundzwanzig Piloten der israelischen Luftwaffe, davon neun aktive, haben in einem Brief an die israelischen Tageszeitung Ha'aretz erklärt:**

*„Wir, ehemalige und aktive Piloten, die dem Staate Israel gedient haben und noch dienen, sind dagegen, rechtswidrigen und unmoralischen Angriffsbefehlen des Typs zu folgen, wie Israel sie in den [besetzten] Gebieten ausführt... Wir, für die die IDF [die israelischen Verteidigungsstreitkräfte] und die Luftwaffe einen integralen Bestandteil ihres Seins darstellen, weigern uns, weiter unschuldige Zivilisten zu treffen ... Die fortgesetzte Besetzung verletzt zutiefst die Sicherheit des Landes“ und sein moralisches Rückgrat.*

Hauptmann Jonatan, der Sprecher der Gruppe, erklärte: „Wir sind alle treue Bürger des Staates Israel. Wir haben diesen Schritt unternommen, nachdem wir gründlich nachgedacht und unsere Seelen erforscht haben. Als Offiziere und Piloten wurde uns die schwere Verantwortung übertragen, ein äußerst wirkungsvolles Kriegsgerät zu steuern. Als Leute, die den Moralvorschriften der Israelischen Verteidigungsarmee und des Staates Israel gemäß erzogen wurden, haben wir beschlossen ... dem Befehl zu folgen, der uns zwingt, keinen Befehl auszuführen, der offenkundig rechtswidrig ist.“

Quelle: Amos Harel, Ha'aretz Correspondent and Haaretz Service: Halutz: Pilots refusing to serve in territories will face law. Last Update: 25/09/2003 17:53 <http://www.haaretz.com/hasen/spages/343998.html> [www.SteinbergRecherche.com](http://www.SteinbergRecherche.com)



## Yigal Bronner

# Die Wahrheit über die Mauer

**ZNet 05.10.2003** (...) Israels politische Parteien - das ganze Spektrum, von Meretz bis Likud - überschlagen sich mit Bekundungen ihrer Unterstützung für den "Zaun". Folglich findet eine der dramatischsten geopolitischen Veränderungen in der Geschichte der Region in Abwesenheit jeglicher öffentlicher Debatte statt. Wir müssen innehalten und den Nebel der Mauer-Lügen durchdringen.

Die erste Lüge steckt schon in der Bezeichnung "Trennungszaun": eine Vorstellung, die der erschöpften und besorgten israelischen Öffentlichkeit das Versprechen suggeriert, die Palästinenser, samt aller Probleme, die wir im Umgang mit ihnen haben, würden einfach "hinter dem Zaun" verschwinden. Wir hier, sie dort - und Friede uns allen. Aber der Zaun steht keineswegs für Trennung zwischen Palästinensern und Israelis - ganz im Gegenteil. Die jetzt im Bau befindliche Mauer führt dazu, dass Israel einen prozentual beträchtlichen Teil der Westbank annektiert. Hunderttausende Palästinenser werden somit auf der westlichen, also der israelischen, Seite der Mauer verbleiben - und auf der östlichen, der palästinensischen, Seite, dafür tausende jüdische Siedler. Separation ist das jedenfalls nicht.

Zweite Lüge: der Zaun konstituiert eine Grenze, auf deren östlicher Seite jener "Palästinenserstaat", über den Sharon so gerne redet, gegründet werde. Wir sprechen aber nicht von einem einzelnen Zaun vielmehr von zwei Mauern - mindestens. Die eine - auf westlicher Seite - wird dem Gebiet der Palästinenser möglichst viele Kilometer wegstehlen, entlang der 'Grünen Linie', während durch die zweite Mauer - die östliche - abgelegene Siedlungen, wie Ariel oder Kiryat Arbah, annektiert werden.

Zwischen den Mauern liegen verschiedene Arten von Hindernissen, Zäune und Gräben. Eine derartige Installation wird die bevölkerungsreichen Westbank-Zentren also irreversibel in isolierte Menschenkäfige verwandeln. Was hier entsteht, ist kein Staat vielmehr eine hingeworfene Ansammlung von Ghettos.

Nehmen wir zum Beispiel Jerusalem. Die Mauer, wie sie hier gebaut wird, ist nicht identisch mit der Trennlinie zwischen den jüdischen und den palästinensischen Stadtvierteln. Die palästinensischen Viertel werden durch sie allesamt in zwei Hälften geteilt - dadurch würden weit mehr als 100 000 Palästinenser annektiert. Hinzu kommt: Hunderttausende Palästinenser würden außerhalb des Zauns landen - die Mehrzahl von ihnen Einwohner Jerusalems mit gültigen israelischen Papieren, Leute, deren ganze Existenz von der Stadt abhängt u. mit ihr verbunden ist. Diese Menschen werden gehindert sein, in die Stadt zu kommen und wären somit abgeschnitten von ihrer Erwerbsquelle, von ihren Ausbildungszentren u. ihren Krankenhäusern. (...)

Wobei wir bei der dritten Zaun-Lüge wären. Auch hier ist ein Blick auf die Situation Jerusalems lehrreich. Während der derzeitigen Intifada war Ost-Jerusalem die ruhigste palästinensische Region. Die Mauer, die mitten durch Straßen und Familien schneiden wird, wird jedoch viele Menschen hervorbringen, die nichts mehr zu verlieren haben. Und sind erst zehntausende Palästinenser an Israel angeschlossen, werden sie gleichzeitig abgetrennt sein von ihren Brüdern - während die (jüdischen) Siedler zunehmend bestrebt sind, die Oberhand zu gewinnen (in Har Homa, Jabel Mukkaber, Ras el Amud, Sheikh Jarrakh sowie im muslimischen Viertel der

Altstadt, etc. sind sie ja bereits). Auch das Projekt der Zerstörung palästinensischer Häuser wird einen massiven Schub erfahren, und die Regierung wird alles in ihrer Macht Stehende tun, um die palästinensischen Bürger rauszuwerfen. Was wir hier sehen, ist ein großes Fass Dynamit. Denn anstatt Ramallah und Bethlehem von Jerusalem weiter zu entfernen, wird die Mauer diese Orte in die Stadt importieren.

Klar ist auch, diese Probleme werden sich nicht auf Jerusalem beschränken. Und natürlich gibt es auch Regionen - wenn auch wenige - in denen der Bauverlauf des Zauns mit der 'Grünen Linie' übereinstimmt, ohne palästinensisches Gebiet bzw. dessen Bewohner zu annektieren. Ein Beispiel hierfür sind Tulkarm und Kalkilyah.

Aber wer die Illusion hegt, dieser Zaun werde Sicherheit bringen, macht sich etwas vor. Die Anhänger des Zauns pflegen ständig auf das Beispiel Gazastreifen zu verweisen. Ein faszinierendes Beispiel - in der Tat. Das umzäunte Gaza befindet sich praktisch hinter Schloss und Riegel - und das wegen einer Hand voll (jüdischer) Siedlungen, die zusammen einen beträchtlichen Teil des Lands kontrollieren. Es ist so friedlich dort, dass die israelische Armee (IDF) ständig nach einer Großinvasion ruft. Und die Airforce greift die Gegend kontinuierlich mit Granaten an. Die Sicherheit durch den Zaun wissen vor allem die (israelischen) Menschen in Sderot u. Ashkelon zu schätzen, die mit selbstgebastelten Raketen (aus Gaza) angegriffen werden - eine bekannte Tatsache. Denn solange die Okkupation währt, werden die Menschen von Gaza Widerstand leisten. Und es ist nur eine Frage der Zeit, bis sie bessere Waffen entwickelt haben und noch geschickter sind, sich durch oder unter den Zäunen durchzugraben bzw. über sie hinwegzusteigen.

Die Regierung Sharon missbraucht die Urängste des israelischen Volks in puncto Sicherheit bzw. den Wunsch der Mehrheit nach einer politischen Trennung von den Palästinensern, um ein System der Zäune zu errichten. Dieses System wird aber keine Trennung bringen, es wird keine Grenze schaffen und letztendlich auch keine Sicherheit bringen.

Was wir mit diesem "Zaun" wieder einmal sehen, ist ein typisches, durchkalkuliertes "scharonitisches" Täuschungsmanöver. Der wirkliche Zweck dieser Mauern liegt ganz woanders. Die Mauern sind gemeint als neue Schicht - vielleicht als ultimative - der komplexen Kontroll-Matrix israelischer Besatzung; diese Kontroll-Matrix besteht aus den Siedlungen, den Straßen, den Straßensperren, Ausgangssperren, Abriegelungen u. brutaler militärischer Gewalt. Zweck der Mauern, die Sharon jetzt errichten lässt, ist es, den israelischen Klammergriff um das Land, das Israel 1967 eroberte, irreversibel zu machen. Die Mauern sind der finale Sargnagel der Zwei-Staaten-Lösung. In anderthalb Jahren wird es für uns ein Erwachen geben - in einer drastisch veränderten Realität: Zwischen Jordan und Mittelmeer wird sich ein brutaler Staat erstrecken - ein Staat aus abgeriegelten Pferchen, gegen den die südafrikanische Apartheid rein gar Nichts war. Es wird nicht weniger Gewalt geben sondern mehr. Der Hass wird weiter zugenommen haben und auch der Rassismus. Wo das alles endet - darüber nachzudenken wäre einfach zu schrecklich.

*Yigal Bronner lehrt an der Universität von Tel Aviv 'Südasiatische Studien' und ist Aktivist bei 'Ta'ayush - arabisch-jüdische Partnerschaft'.*

## Stoppt den Mauerbau

### Internationaler Aktionstag am 09. November 2003 (in Deutschland am 29. November)

Die Kampagne, die vom Netzwerk der Palästinensischen Umwelt-NGOs PENGON (Palestinian Environmental NGOs Network's) - [www.pengon.org](http://www.pengon.org) koordiniert wird, spricht sich aus für

1. die sofortige Beendigung des Mauerbaus, 2. den Abbau aller Teile der Mauer und der bereits dafür gebauten Zäune,
3. die Rückgabe des Landes, das für den Mauerbau konfisziert wurde und
4. die Entschädigung für die in diesem Zusammenhang entstandenen Einkommensverluste und für zerstörtes Land und Eigentum

Weiterführende Informationen: [www.stophthewall.org](http://www.stophthewall.org), [www.newprofile.org](http://www.newprofile.org),

**Friedensinitiative Frauen in Schwarz (Wien)**, e-mail: [womeninblack-vienna@gmx.at](mailto:womeninblack-vienna@gmx.at)

**Multimediale Informations-Ausstellung über die Mauer u.a.m. ab dem 9. November in Zürich.** [www.palaestina.ch](http://www.palaestina.ch) .  
**Koordinierung der Kampagne in Deutschland und Infos:** [www.freepalestine.de](http://www.freepalestine.de)

### Die Stimme der Gerechtigkeit

Wir, die Unterzeichner, sind empört und erschrocken über die Apartheidmauer, die vom Staat Israel in den besetzten palästinensischen Gebieten gebaut wird, und rufen die Führer des Quartetts auf, all ihren Einfluss zu nutzen, um den Weiterbau des monströsen Projektes sofort zu beenden.

Unter dem Vorwand der Sicherheit, fährt Israel fort, seine langfristige Politik der Besatzung, der Vertreibung und Diskriminierung, die auf ethnische Reinigung hinausläuft, fortzuführen. Das bedeutet auch die Zerstörung der materiellen Basis für das Überleben und die Entwicklung der palästinensischen Gesellschaft als Ganzes.

Das Leben hinter der Apartheid-Mauer wird unerträglich: die Palästinenser werden in eingemauerten Ghettos gefangen sein, ohne die grundlegenden Menschenrechte, eines großen Teil ihres Landes, der Wasserressourcen und allgemein ihrer Lebensgrundlagen beraubt.

Die Mauer wird auf die Zukunft kommender Generationen einen Schatten werfen. Ein freier, lebensfähiger und souveräner palästinensischer Staat wird unmöglich werden. Außerdem wird die Mauer Israel nicht mit Sicherheit versehen, weil hinter der Mauer der palästinensischen Ghettos Zorn und Frustration zunehmen werden.

Sicherheit für Israel wird nur dann erreicht werden, wenn auch das palästinensische Volk Freiheit und Sicherheit erlangen.

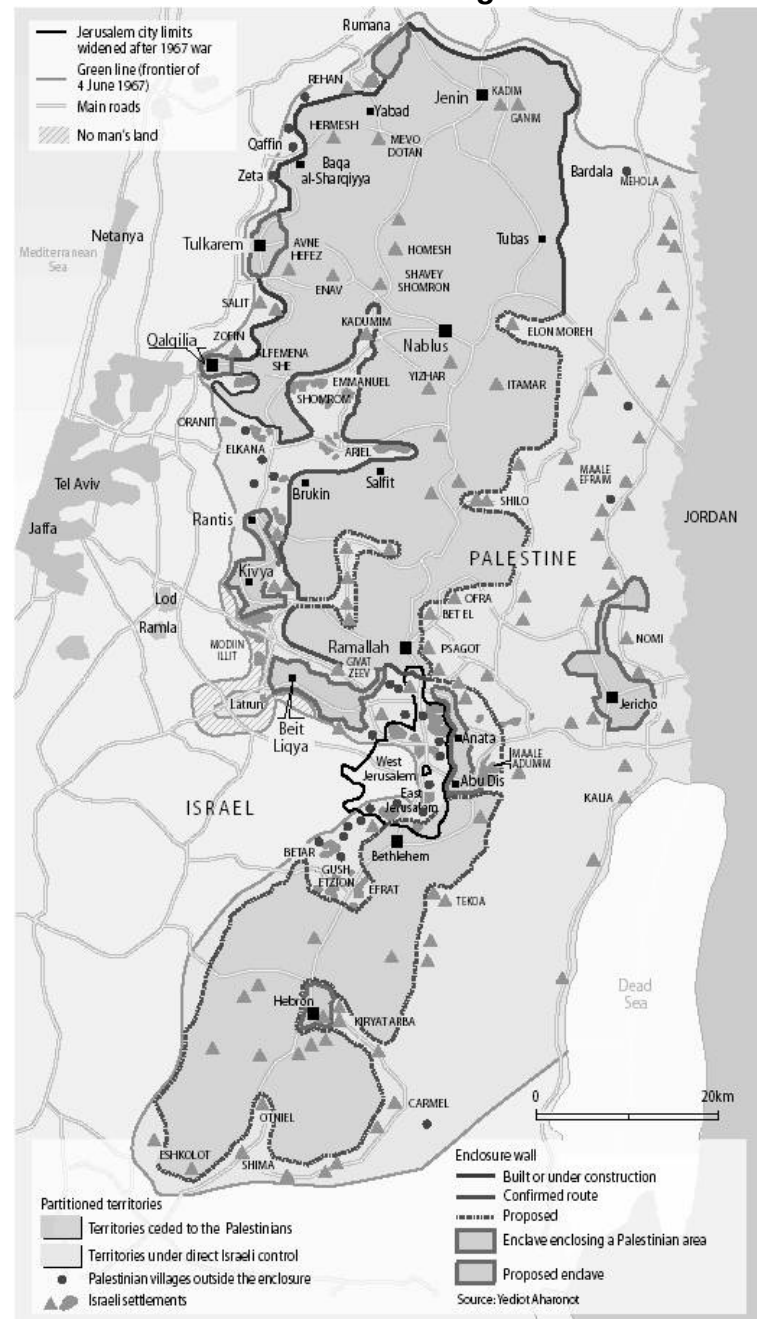
Unsere Stimme ist die Stimme der Völker der Welt. Zu Beginn dieses Jahrtausends sprachen wir uns klar und vernehmlich gegen Krieg und Besatzung aus. Heute erheben wir unsere Stimme noch einmal, jetzt gegen diese Apartheid-Mauer, die ein „Kriegsverbrechen“ und ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ darstellt.

Wir bitten Sie dringend, sich uns in unserer Forderung für die Aufrechterhaltung des internationalen Rechts anzuschließen. Helfen Sie mit, auf die israelische Politik einzuwirken, damit der Bau der monströsen Mauer sofort eingestellt und die bereits bestehenden Anlagen abgebaut werden. Setzen Sie sich mit uns für ein Ende der Besatzung ein und für die Rückgabe des Landes der Westbank an seine palästinensischen Besitzer.

<http://www.stophthewall.org/il/petition/german.html>

Eine weitere Unterschriftensammlung wurde von den „Frauen in Schwarz“ initiiert (Adresse s. oben)

### Die Mauer muss weg!



Quelle: Le Monde diplomatique (English edition)

Karten und Bilder der Mauer: [www.pengon.org](http://www.pengon.org),  
<http://www.steinbergrecherche.com>

# Edward Said

## Eine Road Map wohin?

Geschrieben am 3. Juni 2003

(...) Bushs Vision (das Wort hat in diesem Friedensplan, der doch so entschlossen, definitiv sein soll, einen seltsamen, träumerischen Klang) soll realisiert werden durch die Umstrukturierung der Palästinensischen Autonomiebehörde, die Beseitigung aller Gewalt und Hetze gegen die Israelis und die Einrichtung einer Regierung, die die Forderungen Israels und des so genannten Quartetts erfüllt, das für den Plan verantwortlich ist (USA, UN, EU und Russland). Israel verpflichtet sich seinerseits, die humanitäre Situation durch die Abmilderung von Restriktionen und die Aufhebung von Ausgangssperren zu verbessern, wobei jedoch nicht festgelegt wurde, wo und wann.

**Phase eins** sieht auch die Räumung von 60 Bergsiedlungen vor (die sogenannten „nicht genehmigten Außenposten“, die gebaut wurden, seit Sharon im März 2001 an die Macht kam), obwohl nichts über den Abriss der anderen gesagt wird, die auf der West Bank und in Gaza etwa 200 000 Siedler ausmachen, gar nicht zu reden von den zusätzlichen 200 000 im annektierten Ost-Jerusalem.

**Phase zwei**, die als Übergang bezeichnet wird, konzentriert sich auf ziemlich seltsame Weise auf die „Option der Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit vorläufigen Grenzen und Zeichen der Souveränität“ - wovon nichts spezifiziert wird - und soll in einer internationalen Konferenz zur Beurteilung und anschließenden „Schaffung“ eines palästinensischen Staates gipfeln, wiederum mit „vorläufigen Grenzen“.

**Phase drei** soll den Konflikt vollständig beenden, ebenfalls mittels einer internationalen Konferenz, deren Aufgabe es sein wird, die allerheikelsten Fragen zu lösen: Flüchtlinge, Siedlungen, Jerusalem, Grenzen. Israels Rolle besteht bei alldem darin zu kooperieren: **Die wirkliche Last wird den Palästinensern auferlegt**, die immer wieder in Vorlage treten müssen, während die **Militärbesatzung** mehr oder weniger **bestehen** bleibt, wenn auch in den wichtigsten im Frühjahr 2002 besetzten Gebieten in abgemilderter Form. Es ist kein Beobachtungselement vorgesehen, und die irreführende Symmetrie der Planstruktur überlässt es weitgehend Israel, was - wenn überhaupt - als nächstes geschehen soll. Was die Menschenrechte der Palästinenser betrifft, die gegenwärtig weniger ignoriert als unterdrückt werden, so enthält der Plan keine spezifische Abhilfe: Anscheinend ist es Israel überlassen, ob es so weitermacht wie bisher oder nicht.

### Echte Hoffnung?

Dieses Mal, so sagen alle üblichen Beobachter, bietet Bush echte Hoffnung auf eine Lösung in Nahost. Kalkuliert vom Weißen Haus gestreute Gerüchte sprachen von einer Liste möglicher Sanktionen gegen Israel, falls Sharon zu unnachgiebig sein sollte, dies wurde jedoch rasch dementiert, und bald war nicht mehr die Rede davon. Ein zunehmender Medienkonsens präsentiert den Inhalt des Dokuments – weitgehend bekannt aus früheren Friedensplänen - als das Resultat von Bushs wieder gefundenem Selbstvertrauen nach seinem „Triumph“ im Irak. Wie bei den meisten Diskussionen über den palästinensisch-israelischen Konflikt

bestimmen manipulierte Klischees und weit hergeholt Annahmen, und weniger die Realitäten von Macht und gelebter Geschichte, den Fluss der Debatte.

Skeptiker und Kritiker werden als anti-amerikanisch abgetan, während gleichzeitig ein ansehnlicher Teil der organisierten jüdischen Führungsriege die Road Map anprangert, da sie zu viele israelische Konzessionen erfordere. Aber die etablierte Presse erinnert uns ständig daran, dass Sharon von einer „Besatzung“ gesprochen hat, was er bis jetzt noch nie zugegeben habe, und sogar seine Absicht angekündigt hat, die israelische Herrschaft über 3,5 Millionen Palästinenser zu beenden. Aber ist er sich eigentlich dessen bewusst, was er beenden will?

Der *Haaretz*-Kommentator Gideon Levy schrieb am 1. Juni, Sharon wisse, genau wie die meisten anderen Israelis, gar nichts über das Leben mit einer Ausgangssperre in Gemeinden, die seit Jahren belagert sind.

Was weiß er über die Demütigung der Checkpoints oder darüber, wie Menschen gezwungen sind, unter Lebensgefahr über Straßen aus Geröll und Schlamm zu fahren, um eine Frau, die in den Wehen liegt, ins Krankenhaus zu bringen?

Über das Leben kurz vor dem Verhungern?

Darüber, wie es ist, wenn ein Zuhause abgerissen wird.

Über Kinder, die sehen, wie ihre Eltern mitten in der Nacht geschlagen und gedemütigt werden?

Ebenfalls beklemmend ist das Fehlen der riesigen „Trennungsmauer“, die Israel jetzt auf der West Bank baut, in der Road Map: 347 Kilometer Beton von Nord nach Süd, von denen 120 bereits errichtet wurden. **Die Mauer** ist acht Meter hoch und zwei Meter dick; die Kosten werden auf \$1,6 Millionen pro Kilometer geschätzt. Die Mauer teilt nicht einfach nur Israel von einem angenommenen palästinensischen Staat auf der Basis der Grenzen von 1967: Sie verleibt sich in Wirklichkeit neue Gebiete palästinensischen Landes ein, manchmal fünf oder sechs Kilometer auf einem Abschnitt. Sie ist umgeben von Schützengräben, Elektrodraht und Befestigungsgräben; es gibt in regelmäßigen Abständen Wachtürme. Fast ein Jahrzehnt nach dem Ende der südafrikanischen Apartheid erhebt sich diese entsetzliche rassistische Mauer, und man hört kaum einen Ton von der Mehrheit der Israelis oder von ihren amerikanischen Verbündeten, die, ob es ihnen gefällt oder nicht, das meiste davon bezahlen werden. Die 40 000 palästinensischen Bewohner der Stadt Qalqilya wohnen auf der einen Seite der Mauer, das Land, das sie bearbeiten und von dem sie eigentlich leben, liegt auf der anderen. Man schätzt, dass fast 300 000 Palästinenser von ihrem Land getrennt sein werden, wenn die Mauer fertig ist - voraussichtlich während die USA, Israel und die Palästinenser endlose Monate lang über das Prozedere streiten. Die Road Map sagt nichts dazu, auch nicht darüber, dass Sharon kürzlich einer Mauer auf der Ostseite der West Bank zugestimmt hat, die, falls sie gebaut wird, die Menge palästinensischen Territoriums, das für Bushs Traumstaat zur Verfügung steht, auf etwa 40 Prozent des Gebiets reduzieren wird. Genau das hat Sharon die ganze Zeit gewollt.



## Kein besiegtes Volk

Israels massiv modifizierte Akzeptanz des Plans und das offensichtliche Engagement der USA dafür basieren auf einer unausgesprochenen Prämisse: **dem relativen Erfolg des palästinensischen Widerstands**. Das stimmt, ob man einige der Methoden jetzt bedauert oder nicht. Das stimmt trotz der exorbitanten Kosten und des schweren Tributs, den dieser Widerstand einer weiteren Generation von Palästinensern auferlegt, die sich weigerte, angesichts der überwältigenden Überlegenheit israelisch-US-amerikanischer Macht aufzugeben.

Alle möglichen Gründe wurden für das Erscheinen der Road Map genannt:

dass 56 Prozent der Israelis dahinterstehen,  
dass Sharon sich endlich der internationalen Realität gebeugt hat,  
dass Bush den arabisch-israelischen Deckmantel für seine anderweitigen militärischen Abenteuer braucht,  
dass die Palästinenser endlich zur Vernunft gekommen sind und Abu Mazen präsentiert haben (Abbas' viel gebräuchlicherer Nom de Guerre sozusagen) und so weiter.  
Einiges davon stimmt, aber ich behaupte trotzdem, **ohne die hartnäckige Weigerung der Palästinenser, zu akzeptieren, dass sie „ein besiegtes Volk“ seien, wie der israelische Stabschef sie kürzlich beschrieb, gäbe es keinen Friedensplan**.

Und doch hat jeder Unrecht, der glaubt, die Road Map böte auch nur annähernd so etwas wie eine Lösung oder sie würde die zentralen Fragen anpacken. Wie so vieles im gegenwärtigen Friedensdiskurs bürdet sie Zurückhaltung und **Verzicht** und Opfer **voll und ganz den Palästinensern** auf und verkennt die Dichte und schiere Schwerkraft der palästinensischen Geschichte. Wer die Road Map liest, findet ein Dokument ohne Situationsbezug, das Zeit und Ort völlig ignoriert.

## Hartnäckige Parteilichkeit

Die Road Map ist eigentlich **nicht** so sehr ein **Friedensplan**, als vielmehr **ein Plan zur Befriedung**: Es geht darum, Palästina als Problem ein Ende zu machen. Daher die Wiederholung des Begriffs „Performance“ in der hölzernen Prosa des Dokuments - mit anderen Worten das Verhalten, das man von den Palästinensern erwartet. Keine Gewalt, kein Protest, mehr Demokratie, bessere Führer und Institutionen - all dies **basierend auf der Vorstellung, dass das grundlegende Problem die Heftigkeit des palästinensischen Widerstands ist, und nicht etwa die Besatzung**, die dazu geführt hat.

Nichts Vergleichbares wird von Israel erwartet, außer, dass die kleinen Siedlungen, die ich oben erwähnt habe, die so genannten „illegalen Außenposten“ (eine völlig neue Klassifizierung, die den Eindruck erweckt, einige israelische Implantate auf palästinensischem Land wären legal), aufgegeben und, ja, die großen Siedlungen „eingefroren“, aber keinesfalls geräumt oder abgerissen werden müssen. Kein Wort wird gesagt über das, was die Palästinenser seit 1948 und dann wieder seit 1967 durch Israel und die USA erlitten haben.

Nichts über die Rückentwicklung der palästinensischen Wirtschaft. Die abgerissenen Häuser, die entwurzelten Bäume, die Gefangenen (mindestens 5 000), die Politik der gezielten Morde, die Schließungen seit 1993, die in großem Stil zugrunde gerichtete Infrastruktur, die unglaubliche Zahl der Toten und Verstümmelungen - all dies und mehr wird mit keinem Wort erwähnt.

Die trotzige Aggression und die hartnäckige Parteilichkeit der amerikanischen und israelischen Teams sind bereits wohlbekannt. Das palästinensische Team ist wenig vertrauenserweckend, zumal es aus recycelten und alternden Weggefährten Arafats besteht. Die Road Map scheint Yasir Arafat sogar noch einmal neuen Schwung gegeben zu haben, mögen sich Powell und seine Assistenten auch noch so bemühen, ihn nur nicht zu besuchen. Trotz der dummen Politik Israels, zu versuchen, ihn zu demütigen, indem sie ihn in einem übel zerbombten Gelände einschließen, hat er die Dinge immer noch in der Hand. Er bleibt Palästinas gewählter Präsident, er bestimmt über die palästinensische Haushaltskasse (die Kasse quillt nicht gerade über), und was seinen Status betrifft, so kann niemand aus dem gegenwärtigen „Reform“-Team dem Alten in Punkto Charisma und Macht das Wasser reichen.

## Nicht aussichtslos

Es ist vielleicht weltfremd, wenn ich das sage, aber selbst wenn die unmittelbaren Aussichten aus palästinensischer Sicht düster sind, so sind sie doch **nicht** komplett **aussichtslos**. Ich möchte auf die erwähnte Hartnäckigkeit zurückkommen und die Tatsache, dass die palästinensische Gesellschaft - verwüstet, fast abgewirtschaftet, trostlos in so vielerlei Hinsicht - wie Hardys Drossel in ihrem zersauten Gefieder immer noch in der Lage ist, ihre Seele der wachsenden Schwermut entgegenzuschleudern. Keine andere arabische Gesellschaft ist so wild und auf gesunde Weise ungebärdig, und keine hat mehr zivile und soziale Initiativen und funktionierende Institutionen aufzuweisen (einschließlich eines wunderbar vitalen Musikkonservatoriums). Die Palästinenser in der Diaspora engagieren sich, obwohl sie meist unorganisiert sind und in einigen Fällen ein erbärmliches Leben des Exils und der Staatenlosigkeit führen, dennoch energisch für die Probleme ihrer Schicksalsgemeinschaft, und alle, die ich kenne, versuchen ständig, die gemeinsame Sache irgendwie voranzutreiben. Nur ein winziger Bruchteil dieser Energie hat jemals den Weg in die Palästinensische Autonomiebehörde gefunden, die mit Ausnahme der höchst umstrittenen Person Arafats für die Schicksalsgemeinschaft seltsam marginal geblieben ist. Aktuelle Umfragen zufolge haben Fatah und Hamas zusammen die Unterstützung von etwa 45 Prozent der palästinensischen Wähler, die restlichen 55 Prozent entfallen auf recht unterschiedliche, sehr viel hoffnungsvoller aussehende politische Formationen.

## Neue Graswurzelbewegung

Insbesondere eine fand ich signifikant (und ich habe mich ihr angeschlossen), da sie jetzt die einzige echte Graswurzelbewegung darstellt, die sich sowohl von den religiösen Parteien und ihrer fundamental sektiererischen Politik fernhält als auch von dem traditionellen Nationalismus, den Arafats alte Fatah-Aktivistinnen (im Unterschied zu den jungen)

anzubieten haben. Sie heißt National Political Initiative (NPI), und ihr Leiter ist Mostapha Barghuti, ein in Moskau ausgebildeter Arzt, der bisher vor allem als Direktor des beeindruckenden Village Medical Relief Committee tätig war, ein öffentlicher medizinischer Dienst, der mehr als 100 000 Palästinensern in den Dörfern Gesundheitsfürsorge gebracht hat. Barghuti, ein ehemaliger Anhänger der Kommunistischen Partei, ist ein leiser Organisator, der die vielen hundert physischen Hindernisse überwunden hat, welche die Bewegungsfreiheit oder Auslandsreisen der Palästinenser behindern, um fast jede unabhängige Persönlichkeit und Organisation von Gewicht hinter einem politischen Programm zu versammeln, das Sozialreform ebenso wie Befreiung über doktrinäre Linien hinweg verspricht. Barghuti hat eine beneidenswert gut geführte Solidaritätsbewegung aufgebaut, die den Pluralismus und die Koexistenz übt, die sie predigt. Die NPI begnügt sich nicht damit, sich über die richtungslose Militarisierung der Intifada zu empören. Sie bietet Trainingsprogramme für die Arbeitslosen an und einen Sozialdienst für die Mittellosen mit der Begründung, dass dies eine Antwort sei auf die gegenwärtigen Umstände und den israelischen Druck. Vor allem versucht die NPI, die kurz davor steht, eine anerkannte politische Partei zu werden, die palästinensische Gesellschaft zu Hause und im Exil für freie Wahlen zu mobilisieren - authentische Wahlen, die palästinensische statt israelischer oder US-amerikanischer Interessen repräsentieren. Genau diese Authentizität scheint dem Weg, den Abu Mazen eingeschlagen hat, zu fehlen.

Im Fall der NPI ist die Vision kein künstlich hergestellter, provisorischer Staat auf 40 Prozent des Landes, mit Aufgabe der Flüchtlinge und Verbleib Jerusalems bei Israel, sondern ein souveränes Staatsgebiet, befreit von der Militärbesatzung durch Massenwirkung unter Einbeziehung von Arabern und Juden, wo immer möglich. Weil die NPI eine authentische palästinensische Bewegung ist, sind Reform und Demokratie Teil ihrer täglichen Praxis geworden. Es haben bereits Organisations-Meetings stattgefunden, und viele weitere sind im Ausland und in Palästina geplant, trotz der schrecklichen Reisebeschränkungen. Es ist ein gewisser Trost, dass parallel zu den andauernden formalen Verhandlungen und Debatten eine ganze Reihe informeller, bisher jedoch nicht einbezogener Alternativen existieren, deren wichtigste Bestandteile jetzt die NPI und eine wachsende internationale Solidaritätskampagne sind.

[Edward Said](#)s Bücher sind u.a.

*Orientalismus*

*Kultur und Imperialismus*

*Das Ende des Friedensprozesses - Oslo und danach, Am falschen Ort.*

*Autobiografie, Reflections on Exile, Freud and the Non-European*

und, mit Daniel Barenboim, *Parallels and Paradoxes: Explorations in Music and Society.*

Übersetzung: Karin Ayche, coorditrad@attac.org

## Edward Said Grundlagen des Zusammenlebens

„Solange die jüdische Tragödie nicht als unmittelbare Ursache der palästinensischen Katastrophe gesehen wird – als ihre gewissenmaßen „notwendige“ (wenn auch nicht absichtlich herbeigeführte) Ursache -, solange werden wir weiter als zwei Gemeinschaften nebeneinander leben müssen, die unfähig sind, sich über das ihnen jeweils widerfahrene Leid auszu-tauschen.“(...)

Zu verstehen, was den Juden in Europa unter den Nazis widerfahren ist, heißt, das Universelle einer menschlichen Erfahrung unter schrecklichen Bedingungen zu verstehen. Es bedeutet Mitleid, menschliche Sympathie und tiefsten Abscheu vor der Vorstellung, Menschen aus ethnischen, religiösen oder nationalistischen Gründen zu töten.

Ich knüpfe an ein solches Verstehen, an solches Mitleid keine Bedingungen: Man empfindet sie um ihrer selbst willen und nicht, um politischen Profit daraus zu ziehen. Einem solchen Fortschritt im Be-

wusstsein der Araber sollte gleichwohl mit der gleichen Bereitschaft zu Mitleid und Verständnis seitens der Israelis wie auch ihrer Unterstützer begegnet werden, die alle möglichen Ausflüchte vorbringen und jede Verantwortung zurück-weisen, wenn es Israels zentrale Rolle bei der historischen Enteignung unseres Volkes geht. Das ist beschämend.“ (...) Wir müssen unsere Geschichte zusammen denken, so schwierig das sein mag, damit es eine gemeinsame Zukunft geben kann. Und diese Zukunft muss Araber und Juden in gleicher Weise einschließen, frei von allen Vorstellungen, die darauf abzielen, die eine oder andere Seite zu missachten oder theoretisch oder politisch auszuschließen. Darin besteht die eigentliche Aufgabe. Der Rest ist dann vergleichsweise einfach.“

**Aus dem Buch „Das Ende des Friedensprozesses, Oslo und danach“**

Peter Schäfer, Ramallah

## Palästinenser, Amerikaner und heimatlos

### Zum Tod von Edward Said, dem palästinensischen Intellektuellen, 25.09.03

Seine Identität blieb ihm oft selbst rätselhaft. Edward Said war Palästinenser, Amerikaner und heimatlos. Er arbeitete als Professor für English und Comparative Literature an der Columbia-Universität und war dem Kampf gegen den Kolonialismus verpflichtet. Vor allem aber ist er als Kritiker der herrschenden Weltordnung bekannt geworden (The Edward Said Archive).

"Edward Said war für die arabischen Amerikaner, die Araber im Nahen Osten und in der ganzen Welt eine herausragende Figur", so Mary Rose Oakar, Präsidentin des Anti-Discrimination Committee (ADC) in den USA in einem Nachruf. Said gab den Palästinensern eine Stimme, geliebt von den Unterdrückten und gehasst von den Mächtigen.

Edward Wadi' Said kam 1935 in Jerusalem im damaligen britischen Mandatsgebiet Palästina zur Welt und wuchs in Ägypten auf. Sein Vater schickte ihn zum Studium in die USA, mit 35 war er Professor. Bereits Anfang der siebziger Jahre nahmen Überlegungen Suids Form an, die den europäischen und nordamerikanischen Blick auf die arabischen Völker verändern sollten und 1978 als Buch veröffentlicht wurden. "Orientalismus", die unzweifelhaft einflussreichste Arbeit Suids, erzählt die Geschichte der europäischen Aufklärung und Moderne neu. Er beschreibt die Entstehung der Wahrnehmung des "Orients" und der "Orientalen" vor dem Hintergrund der kolonialen Realität und zeigt, wie das kulturelle Herrenmenschentum in Forschung und Geschichtsschreibung der imperialen Mutterländer auch heute noch unser Bild von den arabischen Völkern bestimmt. "Orientalismus" wurde zum Ausgangspunkt eines ganzen Forschungszweigs. Der "Orientalist" als Wissenschaftler mit Spezialgebiet wurde als rassistischer Pflücker entlarvt. Die Demaskierung der vulgärwissenschaftlichen Veröffentlichungen Peter Scholl-Latours und Gerhard Konzelmanns in Deutschland ist Teil dieser Entwicklung, die heute allerdings wieder in die Vergessenheit gerät.

#### "Gewalttätige" Palästinenser

Nigel Parry, der sich Mitte der neunziger Jahre am Aufbau des palästinensischen Internet beteiligte und heute Electronic Intifada mitgestaltet, sieht Suids Forderung als eine "Permission to Narrate", die Erlaubnis zum Berichten für die Palästinenser an. Israel versagt den Palästinensern nicht nur ihr Selbstbestimmungsrecht und kontrolliert nicht nur alle Lebensbereiche der Menschen unter seiner Besatzung. Sie erhielten auch lange nicht den Raum zur Darstellung ihrer eigenen Wahrnehmung des Konflikts.

Das Internet brachte zwar eine Verbesserung, die Informationslage wird aber immer noch stark von der israelischen Seite dominiert, auch in Deutschland. Ein regelmäßiger Vergleich von Ha'aretz Online mit den Meldungen der Nachrichtenagenturen, auf Yahoo! beispielsweise, zeigt, wie das Gros der leicht zugänglichen Informationen über den Nahostkonflikt zustande kommt. Fortschrittliche Ha'aretz-Journalisten machen selbst immer wieder auf den Einfluss des Militärs auch in ihrem Organ aufmerksam. Die Pressemeldungen der Armee werden oft als neutrale Nachrichten übernommen, ohne Quellenangabe oder Recherche. Dasselbe

gilt oft für die Gewichtung der israelischen Medien. Palästinensische Tote sind weniger wichtig. Palästinenser sind "extremistisch" und "gewalttätig", eine Zuschreibung, die eher zum Zwölfjährigen passt, der seine Mitschüler bedroht. Palästinenser scheinen den Tod verdient zu haben.

Wenn ein "bewaffneter Palästinenser" - bereits diese Definition klingt unmoralischer als "israelischer Soldat" - gegen jüdische Siedler auf seinem eigenen Land vorgeht, wird das schnell als ungerechtfertigter "Angriff" erkannt. Wenn aber die israelische Armee gegen von ihr gesuchte Palästinenser vorgeht, in dicht besiedeltem palästinensischen Gebiet, wird das dem israelischen Sicherheitsbedürfnis angerechnet, Tote inklusive. Den israelischen (und palästinensischen) Medien als Teil einer Konfliktpartei kann der Vorwurf der einseitigen Berichterstattung nur schwer gemacht werden. Auf den internationalen Agenturen, die sich der neutralen Berichterstattung verschrieben haben, lastet allerdings mehr Verantwortung.

Dies war das Credo Edward Suids. Das Publikum hat den Fokus der Informationslieferanten übernommen. Die westlichen Korrespondenten für Israel und die palästinensischen Gebiete, zumindest die mit Festanstellung, leben in Israel und fahren nur in Ausnahmefällen in die besetzten Gebiete. Die Konsumenten empfinden das offenbar als Normalzustand. Einseitige, pro-israelische Berichterstattung wird dem Journalisten mit Adresse in Tel Aviv nicht vorgeworfen. Im Gegensatz dazu scheint ein Wohnsitz in Ramallah, Dschenin oder Gaza automatisch zu "pro-palästinensischer Fehlinformation" zu verleiten.

#### Kritik an arabischen Regimes

Von 1977 bis 1991 war Edward Said unabhängiges Mitglied im Palästinensischen Nationalrat, dem palästinensischen Parlament im Exil, und unterstützte Jassir Arafat als "Kopf einer authentisch nationalen, breiten Bewegung, mit dem legitimen Ziel der Selbstbestimmung für die Palästinenser". Er kritisierte die von Israel dominierten Verhandlungen von Madrid, eine rein palästinensische Delegation war nicht zugelassen, und überwarf sich mit Arafat endgültig, nachdem dieser 1993 die Osloer Autonomieverträge mit Israel unterschrieb. Sie gaben den Palästinensern, nach Ansicht Suids, zu wenig Territorium und zu wenig Kontrolle darüber. Die spätere Entwicklung gab ihm Recht. Israel verdoppelte in den sieben Friedensjahren die jüdische Bevölkerung in den besetzten Gebieten und schränkte die Mobilität der Palästinenser immer mehr ein. Er kritisierte den autoritären Führungsstil Arafats und die undemokratischen Verhältnisse in seinem Herrschaftsbereich.

Said verfasste regelmäßig Abrechnungen mit arabischen Regimen in der ägyptischen Wochenzeitung Al-Ahram. "Edward Said zu lesen macht traurig und ängstlich", schrieb ein Leser im Juni. Der Autor öffnete ihm die Augen darüber, wie stark sich die arabischen Herrscher an der "Dominanz des Westens" und der Unterdrückung ihrer eigenen Bevölkerungen beteiligen.

Diese Anklagen bleiben nun aus. Edward Said verstarb am Donnerstag 25.9. in New York an Leukämie.



## Der bi-nationale Staat : "Da wird der Wolf beim Lamm wohnen"

"Am Ende werden wir das Ziel erreichen: in Frieden nebeneinander zusammenleben."

(...)Kein Wunder, dass in diesen dunklen Zeiten die bi-nationale Idee in manchen linken Kreisen ihren Kopf wieder erhebt. Es ist eine schöne und noble Idee, die vom Glauben an die Menschheit erfüllt ist. Sie ist aber eine Idee für die messianische Zeit. Wenn sie eine realistische Chance hätte, dann vielleicht nach zwei oder drei Generationen. Vorläufig wäre es eine Flucht aus der Wirklichkeit, sogar eine gefährliche, wie wir sehen werden.

Gemäß der bi-nationalen Idee wird das Territorium zwischen Mittelmeer und dem Jordan – Palästina/ Israel – wieder einen Staat bilden wie zu Zeiten des Britischen Mandates vor 1948. Israelis und Palästinenser, Juden und Araber werden als gleichberechtigte Bürger zusammenleben. Die genaue Art des Regimes – bi-national oder nicht national – ist zweitrangig. Alle Bürger werden für dasselbe Parlament und dieselbe Regierung wählen, in derselben Armee und Polizei dienen, dieselben Steuern zahlen, ihre Kinder in dieselbe Schule schicken, dieselben Schulbücher benutzen. Wahrlich, eine attraktive Idee!

Es mag seltsam erscheinen, dass diese idealistische Vision gerade jetzt wieder auftaucht, nachdem sie überall in der Welt fehlgeschlagen ist. Die multinationale Sowjetunion ist verschwunden, und nun ist sogar die multinationale russische Föderation in Gefahr, auseinander zu brechen (s. Tschetschenien). (...)Und die Liste ist lang: Indonesien, die Philippinen und viele andere Länder, ganz zu schweigen von unserm Nachbarn, dem Libanon.

Aber man muss gar nicht so weit weg sehen. Es genügt unsere eigene Realität. Die unmittelbaren Wurzeln des israelisch-palästinensischen Konfliktes liegen mehr als 100 Jahre zurück. Eine fünfte Generation ist in diesen hineingeboren worden, und ihre ganze psychische Welt ist von ihm geprägt worden. Im Grunde ist es ein Zusammenprall zwischen der zionistischen Bewegung und der arabisch-palästinensischen Nationalbewegung. Nach einhundert Jahren ist die Kraft des Zionismus keineswegs erschöpft. Sein Hauptschub - Expansion, Besetzung und Besiedlung - ist in vollem Schwung. Auf palästinensischer Seite vertieft sich der Nationalismus (einschließlich der islamischen Version) und wächst von einem Märtyrer zum nächsten. Man muss schon viel Vertrauen haben, um zu glauben, dass diese beiden nationalistischen Völker den Kern ihrer Hoffnungen aufgeben und sich von der totalen Feindseligkeit ab- und zum totalen Frieden hinwenden, ihre nationalen Narrative aufgeben und bereit sind, zusammen als Bürger – jenseits von Nationalität - zusammenzuleben.

(...) Man muss drei wichtige Fragen stellen:

1. Werden beide Seiten diese Lösung akzeptieren?
2. Kann ein bi-nationaler Staat funktionieren?
3. Wird er den Konflikt beenden?

Meine Antwort auf alle drei Fragen ist ein uneingeschränktes „nein“.

Es gibt keine Chance, dass die gegenwärtige israelische Post-Holocaust-Generation oder die folgende diese Lösung akzeptiert, die absolut mit dem Mythos und Ethos Israels zusammenprallt. Das Ziel der Gründer des Staates Israel war, dass die Juden – oder ein Teil von ihnen – endlich ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen konnten. Ein bi-nationaler Staat bedeutet, dieses Ziel aufzugeben und den Staat Israel praktisch zu demontieren. Die Juden würden zu der traumatischen Erfahrung eines Volkes ohne einen Staat in der ganzen Welt zurückkehren - mit allen seinen Nachteilen. Und dies nicht als Ergebnis einer vernichtenden militärischen Niederlage, sondern aus freier Wahl. Das ist unwahrscheinlich.

Und wie steht es damit auf palästinensischer Seite? Einige Palästinenser reden tatsächlich sehnsüchtig von einem bi-nationalen Staat. Aber ich glaube, dass dies wenigstens für einige von ihnen nur ein Kodewort für die Eliminierung des Staates Israel ist und für einige andere eine Flucht aus der bitteren Wirklichkeit in den Traum der Rückkehr in ihre Häuser und Dörfer der Vergangenheit. Die große Mehrheit der Palästinenser möchte endlich in einem eigenen Nationalstaat leben, einem Staat, der ihre nationale Identität ausdrückt, unter ihrer Flagge und ihrer Regierung – so wie andere Völker. Die Chance, dass die beiden Völker die bi-nationale Idee in absehbarer Zukunft akzeptieren, liegt tatsächlich sehr fern.

Würde solch ein Staat – falls er zustande käme – funktionieren können? (...) Um angemessen zu funktionieren, müssen zwei Bedingungen erfüllt werden: entweder verzichten beide Seiten auf ihre nationale Identität, oder sie müssen gleichstarke wirtschaftliche und politische Macht haben. Genau das Gegenteil ist in diesem Land der Fall. Es gibt eine weit auseinander klaffende Ungleichheit zwischen Israelis und Palästinensern - in fast jeder Hinsicht. Die Verschiedenheit ist enorm. In einem gemeinsamen Staat – sollte er errichtet werden – würden die Juden die Wirtschaft und die meisten anderen Aspekte des Staates beherrschen und alles versuchen, diese Situation zu bewahren. Zu diesem Zeitpunkt würde ein bi-nationaler Staat ein Besatzungsregime mit anderen Vorzeichen sein, das eine Realität von Ausbeutung und wirtschaftlicher, kultureller und wahrscheinlich auch politischer Unterdrückung nur schwach verbergen kann. Die Situation der arabischen Bürger in Israel ist nach 55 Jahren keineswegs ermutigend.

Deshalb glaube ich nicht, dass solch eine Lösung, falls sie überhaupt möglich wäre, diesen Konflikt beenden würde. Sie würde ihn nur auf eine andere Spur setzen, die sich womöglich noch schlimmer und gewalttätiger gestalten würde.

All dies ist den Anhängern der bi-nationalen Idee natürlich bekannt. Um dem Widerspruch zwischen ihrer Vision und der Realität zu entfliehen, haben sie folgende Theorie entwickelt: Zu Beginn wird der gemeinsame Staat tatsächlich so etwas wie ein Apartheidstaat sein. Aber die Situation wird

sich nach und nach verändern. Mit der Zeit werden die Araber die Mehrheit in diesem Staat werden. Schon jetzt leben zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan 5,4 Millionen Juden und 4,6 Millionen arabische Palästinenser. Die arabische Geburtenrate wird bald das Verhältnis ändern. Die palästinensische Mehrheit wird um Gleichheit kämpfen. Die Welt wird dies unterstützen, wie sie den südafrikanischen Kampf gegen die Apartheid unterstützt hat. So werden wir einen realen Staat der Gleichheit erreichen. Das ist Wunschdenken. Die weißen Rassisten Südafrikas wurden von der ganzen Welt gehasst. Anders als die jüdischen Israelis hatten sie keine mächtige Lobby. Die amerikanischen Juden haben eine immense politische, wirtschaftliche und Medienmacht, und sie werden diese noch lange Zeit behalten. Israel wird sich weiter auf die durch den Holocaust hervorgerufenen Schuldgefühle der christlichen Welt verlassen – und wird dies noch lange Zeit tun. Gleichzeitig werden die Araber immer mehr zum Schreckgespenst der westlichen Welt. Es wird für internationalen Druck immer schwieriger, die jüdische Gemeinschaft zu beeinflussen, die den bi-nationalen Staat dominieren wird. Es wird einige Generationen dauern. Und in der Zwischenzeit geht die Expansion der Siedlungen unbarmherzig weiter. In einem bi-nationalen Staat ist es jedem Juden natürlich erlaubt, überall zu siedeln, wo er oder sie es wünscht. Die Palästinenser werden weiterhin wirtschaftlich erfolglos bleiben. Die Kluft zwischen beiden Völkern wird größer.

Vermutlich wird der Machtkampf in einem bi-nationalen Staat schwere Gewalttätigkeiten verursachen, genau wie in Südafrika. Die Folgerung ist: für zwei Völker sind zwei Staaten notwendig. Dies wird die nationalen Gefühle der beiden Völker in vernünftige, konstruktive Kanäle lenken, was Koexistenz, Kooperation und schließlich eine wirkliche Versöhnung möglich macht.

Die unabhängige politische Struktur eines Staates Palästina wird internationale und nationale Barrieren gegen die Gefahr zur Verfügung haben, dass sein bei weitem mächtigerer Nachbar seine wirtschaftliche Macht dazu verwenden würde, das palästinensische Volk auszubeuten oder sogar zu vertreiben. Das palästinensische Volk wird zu guter Letzt das Gefühl einer soliden Basis haben, so wie die Juden nach der Errichtung des Staates Israel.

Die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, dass selbst dies äußerst schwierig zu erreichen ist. Wir müssen noch viel gegenseitige Ängste, Hass, Mythen und Vorurteile überwinden, um dies zu ermöglichen. Aber die, die bei diesen Hindernissen verzweifeln und deshalb dem bi-nationalen „Evangelium“ anhängen, gleichem einem Athleten, der einen 100m-Lauf nicht zu Stande bringt und sich deshalb für einen Marathonlauf anmeldet.

Es liegt sogar eine große Gefahr darin, allein diese Idee zu propagieren. Ein Sprichwort sagt: „Das Vollkommene ist der Feind des Guten.“ Nur die Erwähnung einer bi-nationalen Vision würde die große Mehrheit der Israelis aufschrecken,

die sich jetzt langsam der Akzeptanz einer Zwei-Staaten-Lösung nähern; es würden die meist tief sitzenden existentiellen Ängste hochkommen und sie in die Arme der extremen Rechten stoßen. Es würde der Rechten eine mächtige Waffe in die Hand geben: „Was haben wir euch gesagt? Das wirkliche Ziel der Anhänger der Zwei-Staaten-Lösung ist, den Staat Israel nach und nach zu demolieren!“

Einige der neuen Advokaten einer bi-nationalen Staaten-Lösung haben ein seltsames Argument. Sie sagen: „Sharon erklärt, dass er für die Zwei-Staaten-Lösung sei, aber er meint damit ein paar Enklaven, die etwa 50% der besetzten Gebiete ausmachen. Deshalb dürfen wir die Errichtung eines palästinensischen Staates nicht befürworten“. Die einfache Antwort ist: Sollten wir eine gute und positive Idee deshalb aufgeben, weil die Feinde des Friedens sie verdrehen und sie für ihre Zwecke zu missbrauchen versuchen? Logik würde das Gegenteil diktieren: Sharons Perversion der Idee entlarven und für einen palästinensischen Staat in den Grenzen von vor 1967 kämpfen.

Als wir in den frühen 50er-Jahren die Idee der zwei Staaten nach dem 48er-Krieg wieder erhoben, dachten wir nicht an „Trennung“. Auch heute verwerfen wir diesen Terminus absolut. Wir sprechen von zwei Staaten mit einer offenen Grenze zwischen ihnen, mit Bewegungsfreiheit für Menschen wie Waren (vorbehaltlich natürlich nach gegenseitiger Abmachung). Ich bin davon überzeugt, dass im Lichte der geographischen und politischen Fakten ein natürlicher Prozess zu einer organischen Verbindung führen wird, vielleicht eine Föderation und später im gegenseitigen Einvernehmen eine regionale Gemeinschaft wie die Europäische Union.

Am Ende werden wir das Ziel erreichen: in Frieden nebeneinander zusammenleben. Vielleicht wird eine spätere Generation eines Tages entscheiden, gemeinsam in einem Staat zu leben. Aber heute lenkt die Propaganda für diese Utopie die Aufmerksamkeit vom eigentlichen, unmittelbaren Ziel ab – zu einem Zeitpunkt, da die ganze Welt die Idee der „Zwei Staaten für zwei Völker“ akzeptiert hat. Diese ferne Utopie blockiert den Weg für eine Lösung, die in naher Zukunft erreichbar und äußerst notwendig ist, weil inzwischen neue „Tatsachen auf dem Boden“ geschaffen werden.

Ich bin davon überzeugt, dass das 21. Jahrhundert große Veränderungen in den Strukturen der Welt und der Lebensweise der menschlichen Gesellschaft mit sich bringen wird. Die Bedeutung des Nationalstaates wird nach und nach weniger. Eine Weltordnung, ein Weltgesetz und weltweite Strukturen werden eine zentrale Rolle spielen. Ich vertraue darauf, dass Israel aufrichtig am Marsch der Menschheit teilnehmen wird. Wir sollten nicht zögern. Aber es hat keinen Zweck, von der israelischen Öffentlichkeit zu erwarten, dass sie um 50 Jahre ihrer Zeit voraus ist.

Aus dem Englischen: Ellen Rohlf, vom Verfasser autorisiert.  
Quelle: [www.uri-avner.de](http://www.uri-avner.de)

**In Sand im Getriebe Nr 21 erschienen: Israel vor dem Scheideweg**

Israel und das neue Paradigma der Globalisierung / Antizionismus ist nicht Antisemitismus, Michael Warschawski / Europäische Juden fordern Sanktionen gegen Israel, März 2002/

Erklärung der „Europäischen Juden für einen gerechten Frieden“/Uri Avnery zur „Roadmap“

**In Sand im Getriebe Nr.14 erschienen: Die Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung und Palästina**

Beschluss der Hauptversammlung von ATTAC Frankreich, 30.11.2002

# Dominique Vidal

## Die Genfer Initiative

(Le Monde diplomatique 23. Oktober 2003) <http://www.monde-diplomatique.fr/dossiers/geneve/>

Am 4. November 1995 brach Yitzhak Rabin in Tel Aviv unter den Schüssen eines jungen rechtsextremistischen Juden zusammen. Dieser Mord war der Beginn eines wahrhaftigen Abstiegs in die Hölle für Palästinenser und Israeli. Repräsentative Persönlichkeiten der israelischen Linke und der Mehrheit der palästinensischen Kräfte haben beschlossen, 8 Jahre später, ebenfalls an einem 4. November, offiziell das Friedensabkommen zu unterzeichnen, das am 12. Oktober angekündigt wurde. Mit der Ambition, der gegenwärtigen Sackgasse zu entkommen und den Weg für eine endgültige Lösung des Konflikts zu ebnen.

Seine Wichtigkeit gewinnt das Ereignis durch seine Bedeutung: inmitten der Kriegseskalation (während der 2640 Palästinenser und 846 Israeli innerhalb von 3 Jahren getötet wurden), beweist ein Abkommen auf eindrucksvolle Weise, dass der Frieden möglich ist und dass die Israeli einen Partner haben, um über ihn zu verhandeln, ganz im Gegensatz zu den Behauptungen von Ehud Barak und Ariel Sharon.

Seine Bedeutsamkeit liegt auch an den Vermittlern: den treibenden Kräften Jossi Beilin und Yasser Abed Rabbo – unter Schirmherrschaft des schweizer Außenministeriums –, schlossen sich viele Persönlichkeiten an, die den Frieden zum Ziel haben. Vom früheren Arbeitspartei-Vorsitzenden Amram Mitzna bis zum früheren Präsidenten der Knesset Avraham Burg, über den General Amnon Lipkin-Shahak und die Schriftsteller Amos Oz und David Grossman sind alle Tendenzen der israelischen Linke vertreten. Genauso ist es auf palästinensischer Seite mit den ehemaligen Ministern Nabil Kassis und Hisham Abdel Razzak, die dieses Mal Verstärkung durch die Tanzim von Marwan Barghouti haben, repräsentiert durch Kadoura Fares und Mohammed Khourani – einzig fehlen die Islamisten.

Aber das Wesentliche steht natürlich im Text, der dem Leser in seiner kompletten Version (auf Englisch) mit zwei Karten vorliegt (<http://www.monde-diplomatique.fr/cahier/proche-orient/a10414>). Das Abkommen regelt tatsächlich, auf Basis der Vorschläge von Präsident Clinton (Dezember 2000) und der Taba-Gespräche (Januar 2001), alle offenen Fragen:

**Ziel:** Das endgültige Abkommen verpflichtet beide Parteien, auf weitere Forderungen zu verzichten. Es ersetzt alle vorhergehenden Resolutionen der Vereinten Nationen (UNO).

**Der palästinensische Staat:** Er wird gemäß den Grenzen von 1967, mit einigen Änderungen, neben Israel errichtet.

**Kolonien:** Gemäß der Vermittler gibt Israel 100% des Gazastreifens und 97,5% Westjordanlands zurück: Israel annektiert die übrigen 2,5%, um die Siedlungsblöcke in Gush Etzion (Süden von Westjordanland) und im Umkreis von Jerusalem zusammenzuschließen. Dafür werden die Kolonien Ariel (Norden), Efrat und Har Homa (Süden) Teil des palästinensischen Staates. Als Ausgleich für Gebiete des Westjordanlandes, die unter seiner Kontrolle bleiben, übergibt Israel an den Gazastreifen angrenzende Zonen im Negev.

**Jerusalem:** Die Stadt wird Hauptstadt des israelischen und des palästinensischen Staates. Die dortige Souveränität wird

auf Basis des Prinzips geteilt, das vom amerikanischen Präsidenten William Clinton vorgeschlagen wurde: alles jüdische ist israelisch, alles arabische, islamische und christliche ist palästinensisch. Der palästinensische Staat wird also die Alte Stadt, außer dem jüdischen Viertel und der Klagemauer, kontrollieren. Die Esplanade der Moscheen wird unter palästinensischer Souveränität stehen, mit freiem Zugang für alle anderen Konfessionen, überwacht von internationalen Streitkräften – aber den Juden wird es nicht gestattet, dort zu beten. Die archäologischen Ausgrabungen werden in dieser Stätte ebenfalls nicht autorisiert.

**Flüchtlinge:** außer einigen Zehntausend, denen es gestattet wird, nach Israel zurückzukehren, können sie ihr „Rückkehrrecht“ – fehlende Formulierung im Text des Abkommens – nur im Staat Palästina ausüben oder in einem anderen Staat der Region leben.

**Sicherheit:** die Palästinenser verpflichten sich, die terroristische Infrastruktur zu zerschlagen und den Terrorismus, sowie die Anstiftung zu Gewalt, zu bekämpfen. Der palästinensische Staat wird entmilitarisiert und die Grenzübergänge werden von internationalen Streitkräften überwacht.

„Wenn der Regierungschef sich entschließt, die Initiative von Genf umzusetzen, schrieb Amram Mitzna (1), wird er in die Annalen der Geschichte eingehen, wie jener, der Israel als jüdischen und demokratischen Staat gegründet hat. Dieses Ereignis wird noch wichtiger sein als die Unabhängigkeitserklärung von 1948, da es sich dabei um eine unilaterale Geste handelte, die nur von einigen Staaten der Welt anerkannt wurde.“

Diese Perspektive hat jedoch nicht Ariel Sharon inspiriert. Während der palästinensische Präsident Yasser Arafat, ohne das Abkommen als „offiziell“ zu betrachten, erklärte, „jede Anstrengung zu unterstützen, vor allem von Seiten der israelischen Gruppen, die für den Frieden der Tapferen sind, den wir mit meinem alten Partner Rabin begonnen hatten (2)“, sprach der israelische Regierungschef von einer „illusorischen Hoffnung“: Mit welchem Recht, fügte er hinzu, erlauben sich diese Leute der Linke Kompromisse vorzuschlagen, die Israel nicht bereit ist zu akzeptieren und auch niemals akzeptieren wird?“ Einige seiner Minister formulieren es noch heftiger und benutzen das Wort „Verrat“...Selbst der ehemalige Minister Ehud Barak stimmte in den Chor ein, der das Dokument als „illusorisch“ anprangert und es beschuldigt, „den israelischen Staat zu gefährden“ (sic)...

Für Mitzna kann „die panische Attacke des Regierungschefs und seiner Minister gegen die Arbeiterpartei, die Opposition und die Initiatoren dieses Dokuments folglich nur auf eine Art und Weise interpretiert werden: als Feigheit. Sie fürchten den Frieden, da das Wesen selbst dieser Leute der Ablehnung, die Provokation, die Einschüchterung und der Kampf ist. Und sie haben Angst. Denn zahlreich sind jene, die jetzt in der Lage sind zu verstehen, dass sie während der drei Jahre getäuscht wurden (3)“.

Nichts, das den amerikanischen Journalisten William Pfaff überraschen könnte. „Israel, erklärt er, muss zwischen drei



Möglichkeiten wählen. Die erste besteht darin, das Prinzip zu akzeptieren, auf dem der Plan von Genf basiert: Rückzug aus den 1967 besetzten Gebieten (mit bescheidenen Änderungen, die im Plan detailliert sind), Leben wie eine Demokratie an der Seite eines unabhängigen palästinensischen Staates. Die zweite ist die Aufrechterhaltung der militärischen Kontrolle in den Gebieten, während die gegenwärtige palästinensische Bevölkerung innerhalb von 8 Jahren die jüdische Bevölkerung zahlenmäßig überholen wird. In diesem Fall würde ein demokratisches Israel aufhören, ein jüdischer Staat zu sein oder der jüdische Staat würde aufhören, demokratisch zu sein, wenn er eine immer größer werdende arabische Mehrheit ohne zivile Rechte dominiert – falls er es kann. Die dritte Lösung ist jene, die offensichtlich von der Sharon Regierung, mit Zustimmung der Bush Regierung, gewählt wurde. Wie es Tony Judt von der Universität New York sagt, handelt es sich für Israel darum, „die erste moderne Demokratie zu werden, die eine ethnische Säuberung auf breiter Ebene als Staatsprojekt durchführt“ und dadurch dauerhaft „international ausgestoßen“ zu werden(4).

Auch wenn das Abkommen von Genf also einen potentiellen Wendepunkt darstellt, wird es nicht ausreichen, den Teufels-

kreis zu durchbrechen. Damit es Gestalt annehmen kann, muss die internationale Gemeinschaft die Bedingungen für seine Umsetzung schaffen. Schließlich haben die Vereinten Nationen, die am 29. November 1947 für eine Aufteilung Palästinas in einen jüdischen und einen palästinensischen Staat gestimmt haben, nichts gemacht, um ihren Plan vor dem Scheitern zu retten, noch haben sie die Region davor bewahrt, von einem Krieg zum nächsten zu gehen. Ein Grund mehr, dass sie von nun an die Kontrolle in den besetzten Gebieten sicherstellen und dort eine massive internationale Streitkraft einsetzen, die die Sicherheit der beiden Völker gewährt, und dass sie mit dem Abkommen von Genf zur Schaffung eines wirklich unabhängigen palästinensischen Staates an der Seite von Israel beitragen.

[Dominique.Vidal@Monde-diplomatique.fr](mailto:Dominique.Vidal@Monde-diplomatique.fr)

(1) In der Tageszeitung *Haaretz*, Tel-Aviv, 16. Oktober 2003.

(2) AFP, 14. Oktober.

(3) *Idem*, 13. Oktober.

(4) *The International Herald Tribune*, Paris, 18.-19. Oktober.

Übersetzung: Annette HEISS, [coorditrad@attac.org](mailto:coorditrad@attac.org)

Der Text des Genfer Abkommens ist unter <http://www.monde-diplomatique.fr/cahier/proche-orient/a10414> zu lesen

## Weitere Einschätzungen des Genfer Abkommens:

### Uri Avnery vergleicht die Genfer Initiative mit dem vor zwei Jahren erarbeiteten Friedensvorschlag von Gush Shalom:

„Beide Entwürfe basieren auf dem Prinzip von "zwei Staaten für zwei Völker" mit ihren Hauptstädten Jerusalem, einer Grenze auf der Basis der "Grünen Linie" (der Grenze vor dem Sechs-Tage-Krieg 1967), der Entfernung der Siedler aus den Palästinensergebieten und einer praktische Lösung des Flüchtlingsproblems.

Die Unterschiede bestehen hauptsächlich in Beilin-Abed-Rabbos Wunsch, die Pille für die Israelis soweit wie möglich zu versüßen. Wir schlugen zum Beispiel vor, die historische Wunde zu heilen und Israels Akzeptanz seiner Verantwortung für die Schaffung wenigstens eines Teils des Flüchtlingsproblems und seiner Anerkennung des Prinzips des Rechts der Rückkehr der Palästinenser in ihre Heimat zu erreichen. Wir glauben, dass eine solche Erklärung notwendig für die Reinigung der Wunde ist.

Die neue Initiative ignoriert bewusst diese schmerzliche prinzipielle Frage und befasst sich nur mit der praktischen Lösung. Beilin behauptet, dass die Palästinenser das Recht der Rückkehr in ihre Heimat de jure "aufgegeben"

haben- eine Aussage, welche die Palästinenser nur schwerlich schlucken werden.

Auch bei der Frage über Jerusalem versucht der neue Entwurf die Pille zu versüßen. Die Initiatoren vermeiden es klar zu sagen, dass die Palästinenser die "Souveränität" über ihren Stadtteil und den Tempelberg besitzen sollen. Die gesamten Paragraphen über Jerusalem sind ein bisschen unbeholfen, ein Versuch, so scheint es, sie der israelischen Öffentlichkeit schmackhafter zu machen.

Das Dokument zwingt der palästinensischen Souveränität einige Einschränkungen auf, die das Gefühl der Gleichheit beeinträchtigen können.

Es ist auch schwer zu sagen, ohne die detaillierten Landkarten gesehen zu haben, wie viel Beilin tauschen will. Es scheint so, als ob es einen gewissen Unterschied zwischen ihren und unseren Landkarten gibt.

Aber diese Unterschiede sind nicht wirklich wichtig. Die Leute, die dieses Dokument entworfen haben, wussten, dass sie nur einen Mustervertrag vorbereiteten. Er wird der Öffentlichkeit vorgestellt, um zu zeigen, dass Frieden möglich ist, dass er keine existenzielle Gefahr für Israel darstellt, dass es auf der anderen Seite einen Partner gibt und

dass etwas da ist, über das man reden kann. Sogar das Flüchtlingsproblem, das viele Israelis um den Verstand bringt, hört auf, so bedrohlich zu sein, wenn man es effektiv angeht. Es wird zu einem praktischen Problem mit praktischen Lösungen.“

(Znet, 19. Oktober 2003)

In der Nr.61 der **Palästina Nachrichten** wird die Frage aufgeworfen: **„Das Genfer Abkommen - Chance oder Farce?“**

Kritikpunkte sind u.a.:

- Die Souveränität des künftigen palästinensischen Staates ist sehr begrenzt.

- Das Rückkehrrecht wird nicht erwähnt. Dabei hatten im Sommer 2003 mehr als 95% der befragten Flüchtlinge betont „dass Israel erst die von der UN-Resolution 194 reklamierten Rechte prinzipiell anerkennen müsse. Auf dieser Grundlage sei man bereit, unter diversen Angeboten das persönlich bevorzugte zu wählen.“ Faktisch würde laut Umfrage nur ein Zehntel nach Israel zurückkehren wollen.

- Kein Wort über wichtige Fragen, z.B. über die Freilassung der Gefangenen, über die Wasserressourcen.

Quelle: <http://www.freunde-palaestinas.de>

## Einige Hinweise auf weitere Dokumente zur Situation in Palästina und Israel

Für die Sommerakademie von ATTAC D wurde ein umfangreicher Reader zusammengestellt:  
<http://www.attac.de/globkrieg/texte.html>

Eine kleine Auswahl an Internet-Adressen (s. auch die Hinweise auf den anderen Seiten):

### 1. Palästinensische Gruppen

<http://www.passia.org>  
<http://www.palaestina.ch/>  
<http://www.palaestina.org/> Generaldelegation Palästinas in Deutschland (auch Landkarten)  
<http://www.palaestinensische-gemeinde.at/>  
<http://www.palestinemonitor.org> (viele links und Karten)

### 2. Israelische und jüdische Gruppen

<http://www.gush-shalom.org> (isr. Friedensorganisation)  
<http://www.alternativenews.org> (AIC)  
<http://www.jewishfriendspalestine.org>

<http://www.jvjp.ch> (Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina, Schweiz)

<http://www.jewishvoiceforpeace.org>

<http://www.ICAHD.org> (The Israeli Committee against House Demolitions)

<http://www.btselem.org>

### 3. Rest der Welt

<http://www.fmep.org>

<http://www.dpfv.org> (Deutsch-Palästinensischer Frauenverein)

<http://www.freunde-palaestinas.de>

<http://www.friedensratschlag.de>

<http://www.friedensforum-duisburg.de>

<http://www.un.org> / <http://www.un.org/unrwa> (UNO)

<http://www.karmelitenorden.de/klosterspringiersbach.html>

<http://www.zmag.org>

<http://www.heise.de/tp/deutsch/special/ost/default.html> (Telepolis-Orient)

## 2. Europäisches Sozialforum in Paris

“Für ein anderes Europa – in einer anderen Welt”, 12.-15. November 2003

Die sozialen Bewegungen treten der neoliberalen und militärischen Globalisierung weltweit immer stärker entgegen. Nur fünf Wochen nach dem ersten Schweizer Sozialforum startet die zweite Ausgabe des Europäischen Sozialforums.

Die vom Europäischen Sozialforum (ESF/FSE) ausgehenden Proteste gegen den Irak-Krieg markieren einen ebensolchen Wendepunkt wie die Streikbewegungen gegen den Sozialabbau in Frankreich, Deutschland, Spanien, Italien, Griechenland und Österreich. Motiviert durch die Erfolge der globalisierungskritischen Bewegung gelang es zuletzt in Cancún die “Neuen Herrscher dieser Welt” in die Schranken zu weisen.

**So wie letztes Jahr in Florenz findet auch heuer wieder ein Europäisches Sozialforum (ESF/FSE) statt.**

**Es treffen sich in Paris-Saint Denis Zehntausende Menschen,** die sich gegen eine neoliberale, patriarchale, sexistische und rassistische Gesellschaftsordnung und für “ein anderes Europa in einer anderen Welt” engagieren. Dort werden Alternativen zum Euro-päischen Verfassungsentwurf und zur Militarisierung der EU ebenso diskutiert wie die Grundlagen einer auf sozialen Rechten basierenden partizipativen Demokratie. In Paris sollen gesamteuropäische Kampagnen und Aktionseinheiten gegen die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen und natürlichen Ressourcen ebenso vorangetrieben werden wie der Beitrag Europas zur internationalen Antikriegsbewegung. Es gilt, Alternativen zur gegenwärtigen Globalisierung und Möglichkeiten ihrer Durchsetzung zu erarbeiten.

Auch bei uns besteht heute mehr denn je Handlungsbedarf! Der Kampf gegen Sozialabbau kann nur in einem gesamteuropäischen Zusammenhang erfolgreich sein.

**Das zweite Europäische Sozialforum wird mit der Europäischen Versammlung für die Rechte der Frauen**

**beginnen,. Veranstaltungsorte sind Paris La Villette sowie Saint Denis, Ivry und Bobigny.**

**Am Sonntag, den 16. November, folgt das Treffen der Sozialen Bewegungen.**

Die fünf inhaltlichen Säulen des ESF sind:

- Gegen Krieg für ein Europa des Friedens und der Gerechtigkeit,
- Gegen Neoliberalismus, gegen Patriarchat, für ein Europa der sozialen und demokratischen Rechte,
- Gegen Profitlogik, für eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft, soziale Gerechtigkeit und Ernährungssicherheit,
- Gegen Liberalisierung, für ein Europa demokratischer Informationen, Kultur und Bildung
- Gegen Rassismus, Xenophobie und Ausgrenzung - für ein Europa, das offen gegenüber EmmigrantInnen, Flüchtlingen und Asylsuchenden ist.

Vormittags und abends finden Plenarversammlungen statt, welche simultan in Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch und Spanisch übersetzt werden. Am Nachmittag werden in Seminaren und selbstorganisierten Workshops Zusammenhänge beleuchtet und Handlungsstrategien entwickelt.

AktionskünstlerInnen, Theater, Musik und Filme sowie eine große Parade durch Paris am Samstag, den 15. November, werden die Untrennbarkeit und Vielfalt der Bewegung darstellen.

Die programmatischen und organisatorischen Vorbereitungen versprechen ein Forum, das mit seinem politischen, inhaltlichen und kreativen Potenzial an Porto Alegre und Florenz anschließt und so zum weiteren Kristallisationspunkt der Sozialen Bewegungen Europas wird.

Weitere Informationen: [www.fse-esf.org](http://www.fse-esf.org)

# Von Brasilien nach Indien

Indien eines der Länder, in denen die sozialen Bewegungen am zahlreichsten, aktivsten und lebendigsten sind. Dies ist einer der Gründe, warum sie hier so wenig bekannt sind: Denn auf dem indischen Subkontinent, mit seinen 1,2 Milliarden Einwohnern und 14 offiziellen Sprachen tendieren die Aktivisten zur Ansicht, dass sie genug Themen zu debattieren- und Gründe sich zu mobilisieren haben und sich nicht in die internationalen Debatten einzubringen brauchen. Dies ist der Fall beim Kampf gegen die Armut und gegen diverse Ausschlüsse: Indien teilt mit Brasilien und Südafrika das traurige Privileg, eines der Länder mit der größten sozialen Ungleichheit zu sein. Dazu kommt noch die Trennung zwischen den Kasten und zwischen Hinduisten und diversen ethnischen und religiösen Minderheiten.

Seit mehreren Jahren richtet sich deren Kampf auch gegen das, was die Inder den „Kommunitarismus“ nennen, der so etwas wie die sektiererische Tätigkeit eines fremdenfeindlichen, anti-muslimischen Hinduismus mit starken faschistischen Zügen ist; und der zurzeit mit der BJP an der Macht ist. Er war der Urheber der anti-muslimischen Ausschreitungen, so zum Beispiel 2002 im Bundesstaat Gudscharat; dort wurden 3000 Menschen massakriert.

Nach Jahrzehnten einer eigenen Entwicklung, tritt Indien heute in den Prozess der Globalisierung ein und die Multinationalen vervielfachen ihre Einmischungen in verschiedene Sektoren: In der Software-Entwicklung oder in Callcentern profitieren sie vom niedrigen indischen Lohnniveau. Für die Aktivisten war es also nicht länger möglich, isoliert zu bleiben und seit dem ersten WSF in Porto Alegre vermehren

die indischen Delegationen ihre Kontakte und Beziehungen zum Rest der Welt.

Die meisten Aktivisten stammen aus zwei großen Gruppierungen:

In der ersten sind Aktivisten aus Linksparteien versammelt: Sozialisten, die wiederum in verschiedene mittelgroße Gruppen unterteilt sind, Kommunisten, deren größte Partei die Marxistische KP ist, welche die Regierung in West-Bengalen stellt und es abgelehnt hat, sich zwischen Peking und Moskau zu entscheiden, als die KP Indiens noch unter sowjetischem Einfluss stand. Außerdem gibt es noch die extreme Linke der ehemaligen „Naxalisten“, Maoisten, die heute in mehrere Gruppen unterteilt sind. Alle organisieren sich in den sogenannten „Massenbewegungen“: Gewerkschaften, Bauernbewegungen, Jugend- oder Frauenbewegungen.

Die zweite große Gruppierung, oft „Volksbewegung“ genannt, oder auf Englisch „people’s movement“, hat ihre ideologischen Wurzeln meist bei Gandhi und hat diejenigen organisiert, die von „Massenbewegungen“ nicht berücksichtigt werden, zum Beispiel die Arbeitslosen und die Opfer der Staudämme, die die großen marxistischen Parteien bei ihrem Streben nach technologischer Entwicklung manchmal vergessen haben.

Dem WSF-Vorbereitungskomitee ist als erster Erfolg anzurechnen, dass sie diese beiden Gruppierungen mit unterschiedlichen Traditionen zusammen zu bringen wussten.

COURRIEL D'INFORMATION ATTAC Nr.442, 3.10.2003

Übersetzung: [cooridtrad@attac.org](mailto:cooridtrad@attac.org)

## 4. Weltsozialforum in Mumbai (Indien)

16.-21. Januar 2004

Bereits zum vierten Mal findet im Januar 2004 das Weltsozialforum statt.

Erstmals jedoch nicht in Porto Alegre (Brasilien) sondern in Mumbai (vormals Bombay, Indien)

Die Verlegung des Weltsozialforums nach Indien sei ein „sehr wichtiger und entscheidender Schritt, um die Suche nach Alternativen wirklich universell zu gestalten“, betont Eric Toussaint, Präsident des Komitees für die Schuldentstreichung der Dritten Welt (CADTM) und Mitglied des Internationalen Rates des Weltsozialforums (WSF).

Die „Asiatisierung“ des WSF führe automatisch zu einer neuen Wahrnehmung eines Prozesses, der sich bislang auf Lateinamerika und Europa konzentriert habe, so Toussaint. Er erinnert daran, dass mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Asien lebt. Länder wie Indien verfügten über starke soziale Bewegungen, darunter mitgliederstarke bäuerliche Organisationen.

Zu verstärken ist für Toussaint aber auch die afrikanische Präsenz.

Dies sieht auch Sergio Haddad so. Er ist Mitglied des Internationalen Rates und Präsident der Vereinigung brasilianischer NGO (ABONG), einer der acht Gründungsorganisationen des WSF. Den Transfer des Weltsozialforums 2004 nach Indien erachtet Haddad als „kreativen, innovativen und erneuernden Schritt“. Die letzte Sitzung des Internationalen Rates Ende Juni in Miami habe vieles geklärt. Es wurden zahlreiche Arbeitsgruppen definiert, welche die Vorbereitungen der nächsten internationalen Veranstaltungen erleichtern sollen.

Die Themenschwerpunkte des 4. WSF sind:

- Imperialistische Globalisierung
- Patriarchat
- Militarismus und Friede
- Säkularismus und Fundamentalismus
- Kastensystem und Rassismus (Unterdrückung, Ausschluß und Diskriminierung aufgrund von Herkunft und Arbeit)

Sergio Ferrari

Weitere Informationen: [www.wsfindia.org](http://www.wsfindia.org)

Es werden bis zu 100.000 Leute in Mumbai erwartet. Jede(r) die/der davon überzeugt ist, dass eine andere Welt möglich ist, ist zu diesem gemeinsamen Gedankenaustausch herzlich eingeladen. Deutschsprachiger Kontakt vor Ort: Katharina Lind [katharinalind@gmx.at](mailto:katharinalind@gmx.at)